

Volkswille

ORGAN FÜR DAS ARBEITENDE VOLK
MITTEILUNGSBLATT DER FREIEN GEWERKSCHAFTEN UND DER ARBEITER-SPORTVEREINE

Bezugspreis: Durch Boten halbmöndlich 1.20 RM., durch die Post monatlich 2.40 RM., Bestellgeld extra, im voraus zahlbar. Erscheint jeden Freitag vormittags. Preis der Einzelnummer 10 Rpf. Bankkonto: Städtische Sparkasse Gelsenkirchen. Postfachkonto: 5405 Dortmund. Hauptgeschäftsstelle, Verlag und Schriftleitung: Gelsenkirchen, Ringstraße 33. Fernruf Sammelnummer 25841

Anzeigenpreis im Verbreitungsgebiet 8 Rpf., außerhalb 12 Rpf., für 1 mm Raumböhe bei 27 mm Breite. Reklamen 1 mm Raumböhe bei 90 mm Breite 50 Rpf. Kleine Anzeigen 5 Rpf. Inzeratenannahme bis 19 Uhr. Bei gerichtlichen Klagen, Zwangsvergleichen und Konkursen erlischt jeder Rabattanspruch. Erfüllungsort und Gerichtsstand ist Gelsenkirchen

Nr. 193

Gelsenkirchen, Mittwoch, den 20. August 1930

12. Jahrgang

Wenn der Jungdo protestiert werden ehrliche Demokraten nicht aufgestellt

Berlin, 19. Aug. (Sig. Drahtber.) Der von den Demokraten im Wahlkreis Hesse als Reichstagskandidat für die Staatspartei in Aussicht genommene Rektor Reiber hat auf die ihm angetragene Kandidatur verzichtet. Diesem Verzicht geht eine Vorgeschichte voraus, die den Charakter der Deutschen Staatspartei im richtigen Lichte erscheinen läßt.

Reiber gilt seit langem als ehrlicher Demokrat und aufrechter Republikaner. Aus diesem Grunde hat der Jungdo gegen die Kandidatur Reibers protestiert und dem Aktionsausschuß der Deutschen Staatspartei in Hesse mitgeteilt, daß die Volkssinnliche Reichsvereinigung auf keinen Fall eine Liste billige, auf der Reiber stehe. Rektor

Reiber hat daraufhin erklärt, daß er auf die Spitzenkandidatur verzichte. Die Deutsche Staatspartei biete ihm keine Gewähr für eine wirklich demokratische Politik. Nach dieser Erklärung bereitete der Landesauschuß der hessischen Demokraten Reiber stürmische Ovationen.

Nach langem Hin und Her wurde dann schließlich der zweite Bürgermeister der Stadt Mainz, Dr. Ehrhardt, als Spitzenkandidat nominiert. Von ihm heißt es, daß er ein Demokrat vom Format des vielfachen Aufsichtsrates Fischer-Köln ist. So halfert die Deutsche Staatspartei einen ehrlichen Demokraten und überzeugten Republikaner nach dem andern ab.

Friedensvorschlag Ghandis an die englische Regierung

London, 19. Aug. (Sig. Drahtber.) Die Dienstag-Ausgabe des „Daily Telegraph“ enthält den Inhalt eines Briefes, den Ghandi dem indischen Vizekönig durch die Friedensvermittler hat überreichen lassen.

Der gefangene Führer der indischen Freiheitsbewegung erklärt darin, daß die Labour-Regierung nur über eine Minderheit im Parlament verfüge und es ihr deshalb gegenüber der Mehrheit der Opposition nicht möglich wäre, dem indischen Volke die Freiheit in Form des Dominionstatus zu gewähren. Ghandi ersucht den Vizekönig und die Labour-Regierung jedoch, das Dominionstatut von sich aus auf die Tagesordnung der britisch-

indischen Konferenz zu setzen und vorwärts zu treiben. Zum Beweis für den guten Willen der englischen Regierung verlangt er eine Amnestie für alle indischen politischen Gefangenen. Als Gegenleistung erklärt er sich bereit, sein Einverständnis zur Zurückziehung der Auforderungen zu den Gesetzesübertretungen zu geben.

Es fällt auf, daß der „Daily Telegraph“ seine Meldungen in einem Leitartikel kommentiert, in dem er die Regierung warnt, sich auf das „Ultimatum“ Ghandis einzulassen. Im Gegenzug dazu ist unter der Voraussetzung, daß der Inhalt des Briefes richtig wiedergegeben ist, festzustellen, daß damit endlich der Weg zu einem Uebereinkommen zwischen England und der indischen Freiheitsbewegung als durchaus gegeben erscheint.

Krise in Bayern

Die Notverordnung gefallen

München, 19. Aug. (Drahtber.) Der Staatshaushaltsausschuß des Bayerischen Landtages hat, im Anschluß an die kurze Volksitzung, die Anträge auf Aufhebung der Notverordnung und die Vorschläge zur Deckung des Defizits beraten. In der Abstimmung wurde der Antrag der Sozialdemokraten, die durch Beschluß des Gesamtministeriums eingeführte Schlachtsteuer nicht zu erheben, mit 15 Stimmen der Sozialdemokraten, Kommunisten, der Deutschen Volkspartei, des Bauernbundes und der Nationalsozialisten gegen die Deutschnationalen und die Bayerischen Volkspartei angenommen. Die Notverordnung der Regierung ist damit im Ausschuß gefallen, und die Aufhebung der Schlachtsteuer erneut beschlossen.

Nachdem im Staatshaushaltsausschuß die Schlachtsteuernotverordnung der Regierung abgelehnt worden ist, zeitigten auch die weiteren Abstimmungen über die neuen Deckungsvorschläge der Parteien zum Teil überraschende Ergebnisse. So wurde ein Bauernbündelantrag auf Kürzung der Beamtengehälter mit vier Stimmen des Bauernbundes, bei Stimmeneinstellung sämtlicher übrigen Parteien angenommen, obwohl die Regierung erklärt hatte, daß eine solche Kürzung verfassungsmäßig unzulässig ist, solange das Reich nicht eine Kürzung der Beamtengehälter beschlossen hat. Ein weiterer Antrag des Bauernbundes, die Ministerialzulagen der bayerischen Beamten ab 1. 9. aufzuheben, wurde bei Stimmeneinstellung der übrigen Parteien mit den Stimmen der Sozialdemokraten und des Bauernbundes ebenfalls angenommen. Weiter nahm der Ausschuß, der über vier Stunden tagte, einen Antrag der Bayerischen Volkspartei an, die Regierung zu ermächtigen, sofortige Maßnahmen zur Vereinfachung der Staatsverwaltung zu treffen. Ein sozialdemokratischer Antrag auf Abbau der freiwilligen Leistungen des Staates an die Kirchengemeinschaften wurde abgelehnt. Schließlich wurde noch ein Antrag der Deutschnationalen, die Aufwandsentschädigungen der Landtagsabgeordneten um 25 Prozent zu kürzen, für eine weitere Sitzung des Ausschusses morgen vormittag zurückgestellt.

Die Entscheidung über einen etwaigen Rücktritt der Regierung oder eine andere Entwicklung der politischen Lage kann erst heute Mittwoch vormittag fallen, an dem um 10 Uhr vormittags das Plenum des Landtages wieder zusammentreten wird.

Einheitsfront gegen die Sozialdemokratie

Im Wahlkreis Frankfurt (Oder) ist eine Einheitsfront gegen die Sozialdemokratie gebildet worden, die von der Staatspartei bis zur Volkskonservativen Partei reicht. Urheber dieser Front ist die Arbeitsgemeinschaft der Niederlausitzer Wirtschaft, die von dem Braunkohlenindustriellen Petschek beherrscht wird. Wie eng die Staatspartei bereits mit Petschek, dem Finanzier des Stahlhelms, verbunden ist, geht u. a. auch daraus hervor, daß sie ihre Büroräume in dem fast ausschließlich unter dem Einfluß von Petschek stehenden Braunkohlenyndikat, Berlin C., Bunsenstr. 2, untergebracht hat.

Wie hoch die Summen sind, die Petschek in den letzten Jahren dem Stahlhelm zur Verfügung gestellt hat, und welche Beträge er jetzt u. a. auch der Staatspartei ausbändigen wird, dürfte die Öffentlichkeit wahrscheinlich nie genau erfahren. Daß die Beträge aber in die Hunderttausende gehen, steht außer allem Zweifel. Das für den Stahlhelm bestimmte Geld wurde bzw. wird über den Deutschen Industrie-Braunkohlenverein, und zwar durch dessen Generaldirektor Dr. A. Pfaffschmidt gezahlt. Empfänger war aber ist im allgemeinen der Berliner Stahlhelmmajor Stephan. Petscheks Sympathien gehören dem Stahlhelm, weil er in ihm ein Gegengewicht gegen die freien Gewerkschaften sieht, ein williges Organ in den Händen des Unternehmertums bei der Abwehr berechtigter Forderungen der Arbeitnehmerschaft.

Mit diesem Petschek, dem Vater des bekannten Reptilienfonds beim Braunkohlenyndikat zur Unterstützung von Streikbrechern, von rechtsradikalen Verbänden und Gememördern, hat sich die Staatspartei auf Geheiß und Verderben verbündet. Sie wird und muß der Sklave dieses Unternehmers sein, weil sie sonst nicht leben kann.

Die Kopfsteuer

Von Dr. Erich Rinner

Die Bürgerblockregierung Brüning hat den Mut aufgebracht, die Kopfsteuer zum zweitenmal durch die neuen Notverordnungen einzuführen. Aber sie hat dabei den Versuch gemacht, dieser unförmlichen aller Steuern ein soziales Mäntelchen umzuhängen. Ursprünglich sollte die Kopfsteuer von allen Männern und Frauen mit demselben Satz erhoben werden. Die arme Heimarbeiterin, der schlecht bezahlte Landarbeiter, die niedrig entlohnenden Arbeiter und Angestellten in Industrie und Gewerbe sollten von ihren kargen Löhnen denselben Betrag entrichten, wie der Generaldirektor oder der Millionär.

Nachträglich hat man aber doch wegen dieser Ungeheuerlichkeit Bedenken bekommen. Aus Angst vor den Wählern ist jetzt die Abgabe gestaffelt worden. Das aber ist in einer Weise geschehen, durch die die Kopfsteuer nicht das geringste von ihrer Brutalität einbüßt. Die neue Notverordnung bestimmt, daß bis zu 8000 Mark Jahreseinkommen 6 Mark Kopfsteuer zu entrichten sind, zwischen 8000 und 25000 Mark Einkommen 12 Mark und so weiter bis zu den wenigen Rieseneinkommen von über 500 000 Mark, die jährlich 1000 Mark an Kopfsteuer entrichten sollen.

Die bürgerliche Presse behauptet jetzt, daß man infolge dieser Staffelform überhaupt nicht mehr von einer Kopfsteuer reden könne, sondern daß es sich um einen Zuschlag zur Einkommensteuer handle. Diese Behauptung ist eine dreifache Lüge. Gerade wenn man die Kopfsteuer in ihrer neuen Form als einen Zuschlag zur Lohn- und Einkommensteuer betrachtet, tritt ihr unsozialer Charakter besonders kraß hervor. Hierfür einige Beispiele:

Ein Familienvater mit zwei Kindern und dem lärglichen Jahreseinkommen von 1825 Mark hat jährlich 12 Mark Lohnsteuer zu zahlen. Er muß jetzt dazu für sich und seine Ehefrau eine Kopfsteuer von 9 Mark entrichten. Das ist also ein Zuschlag von 75 Prozent seiner bisherigen Lohnsteuer.

Der gutbezahlte Angestellte mit einem Einkommen von über 15 000 Mark jährlich hatte bisher eine Einkommensteuer von rund 1800 zu leisten. Er muß in Zukunft für sich und seine Ehefrau 18 Mark an Kopfsteuern zahlen. Für ihn bedeutet also die Kopfsteuer nur einen Zuschlag von 1 Prozent seiner Einkommensteuer.

Der Schwerverdiener mit einem Jahreseinkommen von 100 000 Mark unterliegt einer Einkommensteuer von jährlich 30 000 Mark. Seine Kopfsteuer macht dagegen für ihn und seine Ehefrau nur ganze 150 Mark im Jahre aus. Hier stellt somit die Kopfsteuer nur noch einen Zuschlag von einem halben Prozent zur Einkommensteuer dar!

So sieht dieser famose Zuschlag zur Einkommensteuer aus! Je höher das Einkommen ist, umso geringer wird der Zuschlag. Bei den kleinsten Einkommen bedeutet die Kopfsteuer fast eine Verdoppelung ihrer bisherigen Steuerlast; bei den hohen Einkommen ist die Mehrbelastung überhaupt nicht mehr fühlbar. Und das ist es gerade, was der Bürgerblock mit dieser Steuer bezwecken will: Nur die kleinen Einkommen sollen empfindlich getroffen werden, nur für die am geringsten bezahlten Arbeiter und Angestellten soll sie eine harte und drückende Mehrbelastung sein. Nur um den Schein zu wahren, zieht man überhaupt die wohlhabenden Schichten mit heran. Und trotz der Staffelform hat man es verstanden, die Kopfsteuer so einzurichten, daß die hohen Einkommen überhaupt nicht fühlbar getroffen werden.

Aber damit nicht genug. Dieser übersehn ausgefüllte „Zuschlag“ zur Einkommensteuer soll sogar von denen erhoben werden, die überhaupt keine Einkommensteuer zu zahlen haben. Auch die Einkommen unter 1200 Mark jährlich, die bisher keine Lohnsteuer und Einkommensteuer zu entrichten hatten, müssen in Zukunft Kopfsteuer zahlen. Die Regierung Brüning hat in diesen Fällen den Satz der Kopfsteuer großmütig von 6 Mark auf 3 Mark ermäßigt. Aber was bedeutet das?

Ein Invalidenrentner, der mit einer monatlichen Rente von 30 Mark kümmerlich sein Dasein fristet, muß 3 Mark

in Kopfsteuer entrichten. Da er nur 1 Mark für den Tag zu verzehren hat, raubt ihm die Kopfsteuer den Lebensunterhalt für drei Tage. Ein hochbezahlter Angestellter jedoch, der ein Monatseinkommen von 1800 Mark hat, also 60 Mark täglich verdient, braucht nur 12 Mark Kopfsteuer zu zahlen. Für ihn macht die Kopfsteuer also nur den fünften Teil eines Tagesverdienstes aus.

So wirkt die Steuer trotz der Staffelung! Es bleibt dabei, daß die Sozialrentner und die Erwerbslosen, die Kriegshesfähigen und die Unfallrentner mit dieser Steuer belastet werden, auch wenn ihr Einkommen noch so klein ist und nicht im entferntesten zum Lebensunterhalt ausreicht. Nur die Empfänger von Krisenunterstützung und die Wohlfahrtsrentner werden freigelassen, aber nur, weil man nicht die Männer und Frauen einer besonderen Gemeindesteuer unterwerfen konnte, die von der Gemeinde unterstützt werden. Vor diesem Widerspruch ist man doch zurückgeschreckt.

Die „Staffelung“ der Kopfsteuer ist ein würdiges Gegenstück zu der unsozialen Ausgestaltung der Reichshilfe und der Beihilfensteuer. Auch bei der Reichshilfe der Beamten ist der Zuschlag zur Lohn- und Einkommensteuer bei den kleinen Einkommen viel höher als bei den großen. Der Beamte mit 200 Mark Monatseinkommen muß einen Zuschlag von 90 Prozent entrichten, der Beamte mit 2000 Mark Einkommen aber nur einen Zuschlag von 20 Prozent. Ebenso ist es bei der Beihilfensteuer. Die ledigen Männer und Frauen mit geringem Einkommen müssen einen Zuschlag von mehr als 25 Prozent entrichten, die mit hohem Einkommen aber werden nur mit 10 Prozent Zuschlag belastet.

So zeigen alle steuerpolitischen Maßnahmen der Bürgerblockregierung den gleichen unsozialen und plutokratischen Charakter: drückendste Mehrbelastung der Schwachen und zugleich schonendste Behandlung der Leistungsfähigen. Der Bürgerblock mag sich drehen und wenden wie er will. Was er auch immer unternimmt aus Scham über die Brutalität seiner Maßnahmen, aus Angst vor der Abrechnung am Wahltag, es wird ihm trotz aller Heuchelei nicht gelingen, seine wahren Absichten zu verbergen. Die Wähler werden seine Absichten erkennen und werden dem Bürgerblock am 14. September die Antwort erteilen, die er verdient.

Eine schwere Geburt Sammlung der „gemäßigten Rechten“

Berlin, 19. Aug. (Eig. Drahtbericht.) In den letzten Tagen hat Scholz, der Führer der Deutschen Volkspartei, mit Vertretern der konservativen Volkspartei und der Wirtschaftspartei wiederholt über die Möglichkeit eines gemeinsamen Wahlschlusses und einer gemeinsamen Zusammenarbeit nach den Wahlen verhandelt. Man erwartet, daß am Mittwoch oder Donnerstag eine Verständigung über einen gemeinsamen Wahlschlusssatz zustande kommen wird. Außerdem ist beabsichtigt, schon jetzt eine Art Fraktionsgemeinschaft der drei Parteien für den neuen Reichstag festzulegen.

Wirth hats eilig Die Wahlreformberatungen im Kabinett beschleunigt

Berlin, 19. Aug. (Eig. Drahtbericht.) Das Reichskabinett hat am Dienstag in mehrstündiger Debatte mit dem Gesandten des Reichsinnenministeriums zur Wahlreform beschäftigt. Die Debatte soll am Mittwoch fortgesetzt und abgeschlossen werden. Der Gesandtenvortrag steht außer dem Verschwinden der Reichsliste und der Erhöhung der Zahl der Wahlkreise von 35 auf 162 u. a. nach der Schaffung von 32 Wahlverbänden vor, die wiederum in 12 Ländergruppen zusammengefaßt werden sollen. Ferner ist der Wegfall der amtlichen Stimmzettel in Aussicht genommen. Das bedeutet, daß künftig jede Partei, die sich um die Gunst der Wähler bewirbt, die erforderlichen Stimmzettel selbst zur Verfügung stellen muß.

Schließlich ist noch beabsichtigt, die Zahl der Stimmen, die zu einem Mandat erforderlich sind, von 60 000 auf 70 000 zu erhöhen. Dadurch wird der Reichstag bei der in den letzten Jahren zu verzeichnenden Wahlbeteiligung etwa 50 bis 60 Abgeordnete weniger zählen als bisher.

Auch die Einführung des Wahlzwanges spielt in den Beratungen des Kabinetts eine gewisse Rolle. Eine Mehrheit für diesen Gedanken dürfte sich jedoch innerhalb der Reichsregierung kaum ergeben.

Goebbels für Herrn von Hindenburg mit Reitpeitschen mißhandelt

Berlin, 19. Aug. (Eig. Drahtbericht.) In der Dienstag-Ausgabe des von der Nationalsozialistischen Opposition herausgegebenen Blattes „Der Nationalsozialist“ richtet Eugen Woskowsky an den Führer der Berliner Nationalsozialisten, den berühmten Goebbels, einen offenen Brief, in dem es u. a. heißt:

„Herr Dr. Goebbels, auch in der Berufungsinstanz im Hindenburgschen Verleumdungsprozeß haben Sie sich mit keinem Worte geäußert, wo, wann und warum Sie für Herrn von Hindenburg 14 Tage im belgischen Gefängnis gefesselt und dort mit Reitpeitschen mißhandelt worden sind. Um Ihnen eine letzte Gelegenheit zur Reue unter Eid zu geben, nehmen Sie folgendes zur Kenntnis: Ein Mensch, der wie Sie im vorliegenden Falle, so bewußt die Unwahrheit gesagt hat, heißt im gewöhnlichen Sprachgebrauch ein abgefeimter Lügner. An Ihnen ist es nun, in einem Verleumdungsprozeß gegen mich zu beweisen, wo, wann und warum Sie für Herrn von Hindenburg 14 Tage im belgischen Gefängnis gefesselt haben und dort mit Reitpeitschen mißhandelt worden sind.“

Die SPD.-Reichstagskandidaten

Wahlkreis 1 (Ostpreußen): Otto Braun, Friedrich Larßen, Karl Jäger, Werner Lufft, Artur Mertins, Marie Hartung.

Wahlkreis 2 (Berlin): Artur Crispian, Hugo Heimann, Alara Bohm-Schuch, Siegfried Aufhäuser, Carl Lütke, Dr. Julius Moser, Erich Lühbe, Franz Koch.

Wahlkreis 3 (Potsdam II): Franz Künzler, Dr. Kurt Löwenstein, Kurt Heinig, Marie Kunert, Georg Wendt, Fritz Schröder, Paul Beder.

Wahlkreis 4 (Potsdam I): Wiffell, Breitscheid, Marie Suchacz, Herman Müller-Lichtenberg, Fritz Ebert, David Stetter, Hermann Salomon.

Wahlkreis 5 (Frankfurt a. O.): Otto Bels, Oswald Schumann, Ernst Heilmann, Anton Reihner, Elise Nievera, Oskar Wegener.

Wahlkreis 6 (Pommern): Gustav Schumann, Otto Passch, Georg Schmidt, August Streufert, Frau Ziegau.

Wahlkreis 7 (Pommern): Paul Taubadel, Otto Buchwitz, Anna Remig, Emil Girbig, Herm. Kranold.

Wahlkreis 8 (Pommern): Stelling, Frida Hauke.

Wahlkreis 9 (Magdeburg): Weims-Magdeburg, Bender-Berlin, Baber-Magdeburg, Ferl-Magdeburg, Dr. Bader-Berlin, Sieger-Deffau, Frau Bieger-Bernburg.

Wahlkreis 10 (Magdeburg): Dr. Herß, Peters, Bergholz, Grober.

Wahlkreis 11 (Thüringen): August Frölich, Kurt Rosenfeld, Mathilde Bunn, Georg Dietrich, Paul Voigt, Dr. Aug. Siemsen.

Wahlkreis 12 (Thüringen): Frau Luise Schröder, Eggerstedt, Richter, Biesler.

Wahlkreis 13 (Schleswig-Holstein): Frau Luise Schröder, Eggerstedt, Richter, Biesler.

Wahlkreis 14 (Schleswig-Holstein): Alfred Hente, Oskar Hünlich, Herm. Tempel, Alwine Wellmann.

Wahlkreis 15 (Hannover): Peine-Berlin, Nowad-Harburg, Frau Schreiber-Krieger.

Wahlkreis 16 (Hannover-Braunschweig): August Breh-Hannover, Grotewohl-Braunschweig, Jannert-Hannover, Karsten-Peine, Schaffner-Hannover, Junke-Braunschweig, Schiller-Göttingen, Richter-Hildesheim.

Wahlkreis 17 (Westfalen-Nord): Carl Sebering, Carl Schred, Alfred Jansche, Julius Finte, Heinrich Draf, Anton Bytlik.

Wahlkreis 18 (Westfalen-Süd): Hufemann, Brandes, Berta Schulz, Hensler, Dettinghaus, Konrad Ludwig, K. Spiegel.

Wahlkreis 19 (Westfalen-Süd): Philipp Scheidemann, Franz Mey, Heinrich Beder.

Wahlkreis 20 (Rhein-Nach): Wilhelm Sollmann, Hans Böckler, Hans Kopperk.

Wahlkreis 21 (Rhein-Trier): Emil Kirchmann, Franz Grüber, Peter Brand.

Wahlkreis 22 (Düsseldorf-Ost): Heinrich Limberg, Bore Agnes, Robert Daum.

Wahlkreis 23 (Düsseldorf-West): Paul Gerlach, Johann Thabor, Alfred Schay.

Wahlkreis 24 (Oberbayern-Schwaben): Dr. Wilh. Högner, Georg Simon, Hans Unterleitner, Alara Reich.

Wahlkreis 25 (Niederbayern): Toni Pfüll, Michael Burgau.

Wahlkreis 26 (Franken): Herm. Müller-Franken, Hans Roedel, Josef Simon, Buchta, Seidel, Hans Dill, Frau Lohse.

Wahlkreis 27 (Pfalz): Johannes Hoffmann, Friedrich Wilt, Wagner, Wilhelm Hoffmann.

Wahlkreis 28 (Saar): Richard Lipinski, Hugo Saupe, Engelbert Graf.

Wahlkreis 29 (Saar): Wilh. Keil, Karl Hildenbrand, Erich Rohmann, Dr. Schumacher, Fritz Ulrich.

Wahlkreis 30 (Baden): Dr. Kemmle, Georg Schöpf, Stefan Meier, Ernst Roth.

Wahlkreis 31 (Hessen-Darmstadt): Dr. David, Dr. Mieren-dorff, Rigel-Gießen.

Wahlkreis 32 (Hamburg): Peter Graßmann, Johanna Reize und Wiedemann.

Wahlkreis 33 (Mecklenburg): Wilh. Kröger, Dr. Leber, Rannh Kurfürst, Karl Mostmann.

Die Wahlkreise 28 (Dresden-Bautzen) und 30 (Chemnitz-Zwickau) stellen ihre Kandidaten am kommenden Sonntag auf. Die Reichsliste der SPD. wird am Donnerstag von einer im Parteiausschuß der SPD. gewählten Kommission festgelegt.

Die nicht wiederkehren

Von den bisherigen sozialdemokratischen Abgeordneten werden bei den Wahlen am 14. September nicht mehr kandidieren die Genossen: Wilhelm Bod, Karl Ulrich, Heinrich Peus, Rob. Schmidt, Lühbring, Staab, Kogler, Schilde, Dr. Quessel, Bülow, Jacobshagen, Broßwig, Anna Siemsen, Luise Schiffgens und Marie Arning.

Viel Lärm um nichts

war das Geschrei der Zentrumspresse über Verschleuderung der Neuroder Unterstützungsgelder zu Gunsten parteipolitischer Bestrebungen der Sozialdemokratie. Ausgerechnet durch das Reichsarbeitsministerium, d. h. durch eine Stelle, die von einem Zentrumsmann geleitet wird, muß sich die Zentrumspresse sagen lassen, daß ihr aufgeregtes Getöse, als ob die Sozialdemokratie die Unterstützungsgelder für die Hinterbliebenen der verunglückten Bergleute raube, einfach deplaciert ist.

Wie sieht es mit der Verwendung der Spenden für Neuroder? Die amtliche Darstellung besagt: Als erste Hilfe des Reichs wurde jeder Witwe aus dem anlässlich des Grubenunglücks in Waldenburg im vergangenen Jahr beim Oberbergamt in Breslau geschaffenen Bergmannsfonds sofort eine einmalige Unterstützung von 100 Mark ausbezahlt. Außerdem erhielt jede Witwe das Sterbegeld aus der Knappschaftsversicherung und größere Barbeiträge vom Werk und vom Landrat, 38 von den 106 Witwen erhielten aus einer privaten Lebensversicherung Beträge von 1000 bis 8000 Mark in bar. Weitere Geldmittel flossen den Angehörigen der tödlich Verunglückten zu aus den Sammlungen der Zeitungen und aus privaten Spenden. Viele Waisen wurden sofort auf längere Zeit zur Erhaltung versorgt. Damit war die augenblickliche Not abgewendet. Die nächste Aufgabe war die Aufstellung von Richtlinien für eine Dauerhilfe und für die Vinderung der sozialen Not in den Bergarbeiterfamilien für die Zukunft. Zuerst mußte man aber einen Überblick über die vorhandenen Gelder gewinnen. Dabei war zu unterscheiden zwischen den privaten und öffentlichen Spenden; die letzteren wurden dem Bergmannsfonds zugeteilt; sie betragen zusammen mit einem Restbestand des Fonds rund 1,2 Millionen Mark. Die privaten Spenden, die im sogenannten Neuroder Fonds zusammenflossen, bezifferten sich auf etwa 150 000 Mark, wozu noch rund 100 000 Mark kommen, die von der Deutschen Rothilfe gesammelt wurden und nach Verbrauch des Neuroder Fonds ebenfalls für Neuroder verwendet werden sollen.

Für die Verwaltung und Verwendung der Mittel des Neuroder Fonds wurde ein Arbeitsausschuß gebildet, dem neben den Vertretern der Spender Vertreter der Arbeitnehmer, Arbeitgeber und der karitativen Verbände angehören. Die Verwaltung und Verwendung des Bergmannsfonds ist einem Ausschuß übertragen, dem neben dem Berghauptmann, dem Regierungspräsidenten und den Landräten auch die Gewerkschaftsvertreter aller Richtungen angehören. Das Reich ist durch den Präsidenten des Landesarbeitsamts Schlessen in diesem Ausschuß stänbig vertreten.

Maßgeblich für die Verteilung der öffentlichen Mittel ist ein Reichstagsbeschuß vom 15. Juli, wonach für die Hinterbliebenen und zur Hebung der Gesundheit der Bergarbeiterbevölkerung des Bezirks Mittel bis zu einer Million dem Bergmannsfonds zur Verfügung gestellt werden sollen. Zunächst muß ausreichende Unterstützung der Witwen und Waisen erfolgen, um deren Zukunft sicherzustellen, dann aber soll auch ein erheblicher Teil der Reichsmittel zur Verbesserung der Bergarbeiterwohnungen verwendet werden. Damit werden selbstverständlich die Gemeinden und Hausbesitzer nicht von ihren Verpflichtungen befreit. Die Mittel des Neuroder Fonds, d. h. die privaten Spenden werden lediglich für die Betreuung der Hinterbliebenen der Neuroder Opfer verwendet.

Dieser Tatbestand zeigt, daß die Verdächtigungen der Zentrumspresse gegen die Sozialdemokratie reichlich überflüssig waren. Trotzdem geben Blätter wie „Der Deutsche“, das christliche Gewerkschaftsorgan, noch immer keine Ruhe. Seine Aufregung hat aber jetzt wenigstens eine gewisse Rechtfertigung insofern, daß begreiflicherweise Vergerß, daß ihm ein so schöner Stoff zur Hege gegen die Sozialdemokratie flößen geht.

Aufstand in Schiras?

Paris, 19. August. Wie der „Matin“ berichtet, ist nach Nachrichten aus Teheran ein Aufstand in Schiras ausgebrochen. Mehrere Offiziere und 120 Mann Regierungstruppen sollen getötet worden sein.

Die Nase voll! Kaltstellung Fricks als Volksbildungsminister

Weimar, 19. Aug. (Eig. Drahtber.) Der thüringische Finanzminister Baum drängt, wie aus unterrichteten Kreisen verlautet, seit längerer Zeit aus finanziellen Gründen darauf, daß das Volksbildungsministerium aufgelöst und seine bisherigen Aufgaben von den anderen Ministerien mit erledigt werden. Der Plan geht dahin, den gegenwärtigen Justizminister Kästner, der zur Zeit das Justiz- und das Wirtschaftsministerium verwaltet, nach der Zusammenlegung neben dem Justiz- auch das Volksbildungsministerium zu übergeben. Herr Fric, der augenblicklich noch Volksbildungsminister ist, müßte sich dann auf das Innenministerium beschränken. Danach scheint der Landbund Herrn Fric mehr und mehr kaltstellen zu wollen.

Seeres Gerede Wahlaufbruch der Konservativen

Berlin, 19. Aug. (Eig. Meldung.) Die konservative Volkspartei — Richtung Westarp-Prebrazus — veröffentlicht jetzt ihren Wahlaufbruch. Die Konservativen fordern Wehrfreiheit als die Voraussetzung echter Staatshoheit.

„Wir bringen auf eine Revision der Tributlasten“, heißt es in dem Aufruf, „und auf die Wiederherstellung der ungerechten Grenzziehung im Osten“. Dazu Abrüstung der Siegerstaaten zur Herstellung der Rüstungsgleichheit, Befreiung von jedem moralischen Mafel. Die Reichsgewalt soll gestärkt, aber das geschichtlich und landschaftlich begründete Eigenleben der deutschen Stämme geachtet werden.

Zum Schluß heißt es: Wir lehnen es ab, einem ringenden Volke und einer suchenden Jugend die Steine zukunftsferner Versprechungen anstelle des Brotes pflichterfüller Arbeit zu reichen.

Der phrasengeschwollene Wahlaufbruch der Partei der Grafen und Barone ist widerliche Schaumflägelerei, weil seine Urheber selber sehr genau wissen, daß über keine der in diesem Telegramm aufgezählten Forderungen im Augenblick praktisch-politisch zu diskutieren ist. Aber darauf kommt es ihnen ja auch garnicht an. Die großen Worte werden so gewühlt, um sich die Hitler-Hugenbergsche Konkurrenz vom Halse zu halten.

Landfriedensbruch Die gewalttätige Vertreibung des Reichsbannermannes Frank durch die Nationalsozialisten

Frankfurt a. Main, 19. Aug. (Eig. Drahtber.) Wie gemeldet, haben in dem rheinischen Dorfe Dolgesheim die Nationalsozialisten den dortigen Reichsbannermann Frank gewalttätig von Haus und Hof vertrieben. Jetzt hat der zuständige Kreisdirektor auf Grund des § 2 des Reichsvereinsgesetzes

die Ortsgruppe Dolgesheim der Nationalsozialistischen Partei mit allen ihren Einrichtungen aufgelöst, weil aus ihrem Verhalten hervorgeht, daß der Zweck den Strafgesetzen zuwiderläuft.

Die Untersuchung des Ueberfalles auf Frank hat ergeben, daß Landfriedensbruch vorliegt, zudem hatten sich die Mitglieder des Ortsvereins gemeinsam verabredet, sie handelten auf Veranlassung und unter Leitung ihrer beiden Führer.

Trotzki bleibt im Exil

Paris, 19. August. (Drahtmeldung.) Wie eine Agentur aus Stambul berichtet, hat Trotzki die Nachricht, daß er sich demnächst nach Deutschland begeben werde, um mit Tschitscherin über die Möglichkeit des Wiedereintritts in die kommunistische Partei zu verhandeln, dementiert. Er werde, heißt es weiter, auf der Insel Prinzipo bleiben.

Die Arbeiterwohlfahrt und ihre Ferienkinder

Autofahrt nach Narnedyl!

„Wenn wir doch für unsere Ferienkinder schönes Wetter hätten!“, das ist in jedem Jahr der heftigste Wunsch aller Helferinnen und Helfer der Arbeiterwohlfahrt. Denn in jedem Jahr macht es sich die Arbeiterwohlfahrt zur Aufgabe, den Kindern der Arbeiterschaft nach besten Kräften Ferienfreude und Erholung zu bereiten. Die Sonne soll dabei stets unser bester Bundesgenosse sein, doch die Sonne will nicht immer so, wie wir gerne möchten. So schlimm, wie in diesem Jahre hat sie sich freilich noch niemals benommen! Und gerade in diesem Jahre hatten wir am meisten auf ihre freundliche Mitwirkung und Unterstützung gerechnet. Wir wollten den Kindern eine besondere Freude damit machen, daß wir sie nicht nur in Wald und Heide, sondern auch an das so viel geliebte Wasser führten, und während uns sonst immer die Jugendherberge in Emsen aufnahm, hatten wir diesmal die neue

Jugendherberge Stausee bei Haltern

als Weibe gewählt, einmal, weil diejenigen Kinder, die nun schon seit Jahren mit der Arbeiterwohlfahrt in die Ferien fahren, ein neues, schönes Fleckchen westfälischer Heimat kennenlernen sollten, und weil bei dieser Jugendherberge das schöne Strandbad mit großen Sandflächen liegt. In Emsen haben wir immer vernünft, daß uns an heißen Tagen kein Freibad Abkühlung brachte, die Brausebäder waren nur ein spärlicher Ersatz für ein Bad im Freien, zumal die meisten Kinder richtige Wasserratten geworden sind und wie die Fische schwimmen. Der Arbeiterschwimmverein, bei dessen Jugendgruppen die meisten der Kinder Mitglied sind, sorgt schon für eine vorzügliche Ausbildung! Also mit dem vielen Baden und Schwimmen war es nun leider nichts. Statt der erhofften heißen Sonne hatten wir Regenschauer auf Regenschauer, und das wirklich sehr schöne Freibad hat uns nur selten gesehen. Doch diese Enttäuschung hat uns die gute Laune noch lange nicht verdrängt! Solange es wirklich heftig „plätschert“ — wie es auf gut Westfälisch heißt —, haben wir in dem großen Tagesraum und machen allerlei Spiele, sobald der Regen einmal nachließ, aber ging es gruppenweise mit dem Führer oder der Führerin hinaus in die Vorkenberge. Die ganze Umgebung wurde durchstreift, trotz des schlechten Wetters. Das Seidetränk sieht schon in voller Blüte, Nacholber und Aler sind in den Vorkenbergen noch viel zu finden, so bietet sich uns oft ein Landschaftsbild, das dem der Lüneburger Heide sehr ähnlich ist. Von den Gipfeln der Hügel — Berge wäre ja ein etwas starker Ausdruck dafür — sehen wir über das ganze Seegebiet, der See ist nun schon zum größten Teil gefüllt, nur einzelne Sandinseln ragen noch daraus hervor.

Leider ist um das ganze Seegebiet Stachelndraht gezogen. Warum eigentlich? Soll dadurch das Baden an gefährlichen Stellen verhindert werden? Aber man kann ja die Fühlkäufe auch nicht von der Quelle bis zur Mündung mit Stachelndraht einzäunen, um das Baden zu verhindern! Dieser Stachelndraht gefällt uns ganz und gar nicht! Und außerdem — einige heiße Sonntage und das babelstille Publikum, das keine 30 Pf. Eintrittsgeld in den offiziellen Strandbädern bezahlen will, wird sich und dem Stachelndraht zu helfen wissen! Abwarten!

Ein ganz neues Vergnügen für unsere Kinder war in diesem Jahre das Pilzsuchen, denn Pilze gibt es reichlich, sehr schnell lernten sie die guten Sorten von den bösen unterscheiden, Steinpilze und Pfifferlinge gab es zwar sehr wenig in dieser Gegend, und es war immer so etwas wie ein Haupttreffer, wenn jemand einen Steinpilz fand. Eins unserer Kleinsten, das beim Pilzsuchen durch die dichte und dünne trock, sagte am Ende der Woche einmal vorwurfsvoll zu einer Helferin, die sich über einen Pilz nicht ganz klar war: „Ja, kennst du immer noch keinen Fremdling?“. (Krempfing.) — Am letzten Tag wurde, wie gewöhnlich, eifrig Seidetränk geholt, um Strümpfe, Kränze und Körbchen aus Seidetränk mit für Mutter nach Hause zu nehmen. Eine kleine Abschiedsfeier mit Liedern, Volkstänzen, Rezitationen und einem herzlichen Dank an Helfer und Helferinnen, aber auch an die freundlichen und hilfsbereiten Herbergsleiter bildete für die Kinder aus Alt-Gelsenkirchen den Abschluß des Aufenthaltes in der Herberge — mit frohem Gesang zogen die Kinder ab, unterwegs zur Bahn bekamen sie noch einen Regenschauer, aber dieser war — vorläufig — der letzte, dann hatte sich die Sonne eines besseren besonnen und bescherte uns einen sonnigen Sonntag. Mander Kinderseufzer wird wohl an diesem Sonntage laut geworden sein: „Warum konnte es nicht die ganze Woche so sein?“ Doch zugleich freuen wir uns darüber, daß nun wenigstens die Kinder aus den Stadtteilen Buer und Horst, die in dieser Woche in der Jugendherberge Stausee sind, schönes Wetter haben, und wir wünschen ihnen und ihren Helfern und Helferinnen, daß es diese ganze Woche so bleiben möge! Die Kinder aus dem Stadtteil Gelsenkirchen aber trösteten sich damit:

Wir haben noch die Freiluftschule

Dort herrscht seit Beginn der Ferien wieder reges Kinderleben. Bekanntlich ist trotz des wiederholten Einspruchs der Sozialdemokraten die Freiluftschule gleich der See in diesem Jahre geschlossen geblieben. Durch Verhandlungen mit der Stadtverwaltung ist nun der Arbeiterwohlfahrt die Freiluftschule für ihre Ferienkinder zur Verfügung gestellt worden. Die Kinder sammeln sich an verschiedenen Plätzen in der Stadt und ziehen frühmorgens zur Freiluftschule hinaus. Trotz des bisher sehr schlechten Wetters ist die Zahl der Kinder ständig gestiegen, so daß wir es schon auf 170 Kinder täglich gebracht haben. Die großen Spielwiesen, der Sandplatz und das so vielgeliebte Planschbad stehen den Kindern zur Verfügung. Nur mit dem Badezugang beschränkt, können sie den ganzen Tag umherhüpfen. Doch nicht den ganzen Tag! Ueber Mittag wird strenge Ruhepause eingehalten, da müssen auch die unruhigsten und ungeduldigsten Kinder sich in den Liegehallen ausstrecken. Sie sind es nun schon gewöhnt und tun es gern, besonders wenn die Helferinnen noch einige Geschichten erzählt. In der Küche der Freiluftschule wird Kaffee oder eine Milchsuppe gekocht, nachmittags Kaffee, und wenn die Kinder so im Freien umhergesprungen sind, dann schmeckt es immer gut. Bis um 18 Uhr bleiben die Kinder in der Freiluftschule, dann geht es wieder nach Hause. Wenn nun die Sonne uns endlich noch so etwas wie einen Sommer bescheren sollte nach der langen Regenzeit, so hoffen wir, daß die Kinder, die keine Ferienreise an die See oder ins Gebirge unternehmen konnten, doch auch ihr Teil Ferienfreude und Erholung durch die Arbeiterwohlfahrt bekommen haben.

Die glücklichsten unter unseren Ferienkindern sind freilich die,

mit den Kinderfreunden nach Narnedyl

fahren durften. Freilich haben auch sie bisher unter dem schlechten Wetter zu leiden gehabt, aber es scheint gar nicht so schlimm gewesen zu sein, wie wir es uns hier zu Hause vorgestellt haben! Am Sonntag haben Gelsenkirchener Eltern und Kinderfreundebesitzer die roten Kassen auf Narnedyl be-

sucht und sie können gar nicht genug erzählen, wie schön es dort gewesen ist. Die Kinder gar nicht erkältet, wie wir wohl wegen des andauernden Regens befürchten mußten, nur etwa zehn Kinder im ganzen Lager, in dem sich mehrere Tausend Kinder aufhalten, sind leicht erkrankt. Die übrigen tummeln sich fröhlich umher und fühlen sich sehr glücklich bei ihrem Lagerleben.

Mit dem Auto zur Kinderrepublik

Morgens drei Uhr zogen wir mit unsicheren Gefühlen zum Alten Markt. Hatte doch der Himmel die ganze Woche im Ueberfluß seine Schleusen geöffnet und niemand glaubte, daß am Sonntag die Sonne herrlich erstrahlen würde. Na, trocken war es, wenn auch windig — wenn es nur trocken bleibt, war der allgemeine Wunsch. Die Jugend schmetterte auch gleich ihre schönen Kampf- und Wanderlieder in den Morgen. Glücklich zogen, sogar chinesisch verkleidet sie zu singen und das gab zur Feierzeit Anlaß. Durch Wald und Feld ging es bis Köln und dort begrüßte uns schon die er-

Der Wahlaufmarsch der S.P.D.

Am Sonntag, dem 24. August 1930, große

Kundgebungen

im Unterbezirk Recklinghausen-Gelsenkirchen

Recklinghausen:

Nachmittags 4 Uhr im Städtischen Saalbau. Redner: Reichstagsabgeordneter Alfred Janschek und Reichstagsabgeordnete Frau Juchacz, Berlin.

Gelsenkirchen:

Nachmittags 3 Uhr in der Stadthalle, Essener Straße. Redner: Der Vorsitzende des Landtags, Ernst Heilmann, Berlin.

Buer:

Vormittags 10.30 Uhr im K.-V.-Theater. Redner: Reichstagsabgeordneter Schreck, Bielefeld.

Gladbeck:

Nachmittags 4 Uhr im Volkshaus. Redner: Reichstagsabgeordneter und Vorsitzender des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, Brandes, Berlin.

An der Kundgebung in

Recklinghausen nehmen teil die Parteiorgsvereine:

Recklinghausen Altstadt, Blumenthal, Millerheide, Süd, Hochlarmark, Röllinghausen, Suderwich, Waltrop I und II, Henrichsburg, Datteln, Erkenschwick, Mecklinghoven, Marl, Halls, Lenkerbeck, Herten, Disteln, Scherlebeck, Langenbochum, Westerholt, Bertlich;

In Gelsenkirchen

alle Ortsvereine von Alt-Gelsenkirchen, die Ortsvereine des Stadtteils Buer und Horst-Emscher;

In Gladbeck

die Ortsvereine des Ortsverbandes Gladbeck und Bottrop, die Ortsvereine Dorsten, Hervest-Dorsten, Holsterhausen und Haltern.

Genossinnen und Genossen in Stadt und Land! Auf, zu diesen Kundgebungen!

Der Unterbezirksvorstand, i. A.: Wilh. Pfaffenbrink

zu einem unübergeklärten, erhabenen Erlebnis. Dort ist Gemeinschaft und Sozialismus in der Tat, dort ist großer Dienst am Arbeiterkinde! Dort allen denen, die dort helfen, den Kindern aus der Großstadt mit ihren engen Straßen und dumpfen Wohnungen vier Wochen Licht, Sonne und Freude zu schaffen. Es lohnt sich wirklich, für den Sozialismus zu streben. Es wird für mich dieses große Erlebnis ein Ansporn sein, immer wieder für unsere gerechte Sache zu werben. Mögen uns die kommenden Wahlen wieder einen Schritt weiter unserem Ziele näherbringen. Mit uns das Volk, mit uns der Sieg!

Martha Schmanet.

STADT GELSENKIRCHEN

Von der Redaktion

Seid alle Mitarbeiter!

Obgleich nun fast schon seit Monatsfrist die Redaktion in neue, schöne Räume verlegt worden ist, gibt es — wie die Erfahrung noch in den letzten Tagen lehrte — immer noch parteigenössische Mitarbeiter und Funktionäre und auch sonst mit uns sympathisierende und auskunftstüchtige Leser des „Volkswillens“, die uns in alten, engen Redaktionsstuben suchen, und wenn sie uns dort nicht finden, einfach von dannen gehen in der Annahme, „es war keiner da“.

Allen denen sei gesagt, daß unsere neuen Räume im letzten Teil des rechten Seitenflügels unserer Gebäude auf der Ringstraße 33 liegen, und daß sie

von der Straße aus durch das große Tor zu erreichen

sind, an dessen Eingangspforte ja auch zu lesen ist: Eingang zur Redaktion! Neben den Redaktionsräumen liegt — das sei auch an dieser Stelle den Gesellschaftern und Pressekommissionsmitgliedern mitgeteilt — ein schönes, großes Zimmer, in dem zukünftig die Sitzungen der Gesellschaft und Pressekommissionsmitglieder abgehalten werden sollen.

Von der Wand des Hintergebäudes leuchtet demjenigen, der die Räume der Redaktion besuchen will, auch noch einmal ein Schild entgegen, das den Eingang zur Redaktion genau kennzeichnet. Der Redaktionsbriefkasten ist jetzt ebenfalls nicht mehr vorn am Eingang zur Buchhaltung, sondern er ist hinten neben der Tür, die den Ausgang zur Redaktion kennzeichnet.

Es wird gebeten, alle diese Dinge zu beachten, um Verzögerungen in der Ausgabe aktueller Artikel und wichtiger Partei- und Gewerkschaftsnotizen tunlichst zu vermeiden.

Im zweiten Teil unserer Ausführungen möchten wir uns an alle ständigen und gelegentlichen Mitarbeiter unseres „Volkswillens“ wenden. Immer wieder kommt es vor, daß in unserem „Volkswillen“ über wichtige lokale Ereignisse — Betriebsunfälle, Wirtschaftsjahren mit blutigem Ausgang, Familientragödien usw. — nur deshalb nicht sofort, d. h. also am nächsten Tage nach dem Geschehen des Unfalls oder der Bluttat etwas zu lesen ist, weil sogar ständige Mitarbeiter und gute Parteifunktionäre immer noch nicht wissen, daß sie die Redaktion auch in den Abendstunden telefonisch erreichen können. Es sei deshalb wieder einmal und ganz ausdrücklich darauf hingewiesen, daß

der verantwortliche Redakteur unter der Nummer seines Privatanschlusses Gelsenkirchen 23422 zu erreichen ist,

und daß Nachrichten, die uns bis etwa 24 Uhr (12 Uhr nachts) telefonisch übermittelt werden, auch am nächsten Tage bereits in unserer Zeitung stehen können. Daß die Meldungen vergütet und Auslagen für Telefongespräche usw. erstattet werden, ist so selbstverständlich, daß das hier nur der Vollständigkeit halber erwähnt wird.

Warum wir diese Dinge so ausführlich behandeln! — Es gibt uns dazu Veranlassung die Familientragödie, die sich am letzten Montagabend zwischen 21 und 22 Uhr in einem Hause der Bismarckstraße ereignete. Hunderte von Menschen sollen sich dort angesammelt haben, und wir gehen wohl nicht fehl in der Annahme, daß unter diesen so mancher Parteigenosse und mancher Freund unseres Blattes war, der vielleicht am Dienstagmorgen über unsere Zeitung geschimpft hat, weil sie nichts über diese Familientragödie gebracht hat. Dabei hat aber der gute Mann ganz verarscht, daß er und nur er schuld daran war, daß unser Blatt nicht unterrichtet sein konnte, weil nämlich er zu gedankenlos oder auch zu bequem gewesen war, an das nächste Telefon zu gehen, um uns schnellstens zu benachrichtigen.

Wir richten abschließend einen Appell an alle, die unsere Freunde sind, nach dieser Richtung hin eine aktivere Mitarbeit zu entwickeln.

Am Tage sind all diese Meldungen unter der Nummer 25842 oder auch persönlich mündlich an die Redaktion zu richten. Es geschieht das am besten zwischen 10 und 12 Uhr und 16 bis 19 Uhr.

Am Samstagabend ist kein Redaktionsdienst. An den Sonntagabenden ist die Redaktion gewöhnlich um 19 Uhr herzu zu erreichen. Also:

Mitarbeiter, vor die Front!

Stehst du in der Wählerliste?

Jeder Wahlberechtigte, der in der Wählerliste für die Reichstagswahl am 14. September steht, erhält in diesen Tagen eine Benachrichtigung hierüber zugesandt. Aus dieser Benachrichtigung kann er ersehen, in welchem Stimmbezirk er abstimmungsberechtigt ist; die Wahllokale für die einzelnen Stimmbezirke werden noch kurz vor der Wahl durch die Zeitungen und durch Anschlag an den Plakatsäulen bekanntgegeben. Die zugesandte Benachrichtigung ist aufzubewahren und am Wahltag zur Wahl mitzubringen.

Bluttat in der Bismarckstraße

Die Frau mit dem Messer schwer verletzt.

Am späten Montagabend, zwischen 21 und 22 Uhr, setzte die Kunde von einer neuen Bluttat die Anwohner der Bismarckstraße und der umliegenden Straßenzüge in ziemliche Aufregung. Die Familie Bolenit, die seit einiger Zeit im Hause Bismarckstraße Nr. 119 im vierten Stock wohnte, lebte schon lange in Unkinnlichkeiten und Zerwürfissen. Jüngere Zeit hat sogar schon die 60jährige Frau von ihrem 64jährigen Mann getrennt gelebt. Eine scheinbare Versöhnung muß zustande gekommen sein, denn beide Ehegatten hatten sich trotz früherer Auseinandersetzungen bereit gefunden, eine gemeinsame Wohnung mit der 23jährigen Tochter der Frau aus erster Ehe zu beziehen. In den Abendstunden des Montag ist es im Verlauf eines Gesprächs zu erneuten heftigen Auseinandersetzungen gekommen. Der Chemann Bolenit hat sich in seinem Zorn dazu hinreizen lassen, nachdem er mit einer

Stuhlbein um sich geschlagen hatte, mit einem Rasiermesser auf seine Frau loszustürzen. Er hat ihr einige schwere und grausame Verletzungen am Kopf beigebracht. Vor dem Schlimmsten bewahrte sich die Frau dadurch, daß sie unter Ausbietung ihrer letzten Kraft versuchte, dem wütenden Männe zu entkommen. Es gelang ihr auch, aus dem Zimmer zu entfliehen und den Flur zu erreichen. Hier verließen sie aber die letzten Kräfte und sie brach, ehe sie sich in Sicherheit bringen konnte, bewußtlos zusammen. Anwohner fanden sie nach einiger Zeit in diesem hilflosen Zustande und befragten die Verachtigung eines in der Nähe wohnenden Arztes. Eine nach Hunderten zählende Menschenmenge hatte sich in kürzester Zeit eingefunden, um irgendwelche Einzelheiten der grausamen Tat im Augenblick zu erfahren. Es dauerte nicht lange, da war auch die Polizei zur Stelle, um sofort Ermittlungen anzustellen. Die Frau hat sehr erhebliche Verletzungen am Kopf davongetragen. Sie wurde gleich, nachdem sie aufgefunden worden war, ins evangelische Krankenhaus übergeführt. Der Täter konnte bisher nicht ermittelt werden. Die Fahndung nach ihm ist im Gange.

Die im Laufe des Dienstags fortgesetzten polizeilichen Ermittlungen ergaben, daß Volenit in angetrunkenem Zustande nach Hause gekommen war. Auch die 35jährige Stieftochter war anwesend. Gegen Mitternacht begab sich die Familie zu Bett. Als bald darauf geriet die beiden Ehegatten miteinander in Streit. B. griff zu einem Stuhlbein und schlug damit heftig auf seine Frau ein. Dann nahm er ein Rasiermesser und, obwohl ihn seine Stieftochter knieend anflehte, doch keinen Mord zu begehen, schlug er blindlings auf seine Frau ein. Die Nachforschungen der Polizei nach dem Flüchtigen sind bis jetzt ergebnislos verlaufen.

Achtung! Große Konferenz der Funktionäre der freien Gewerkschaften und der Sozialdemokratischen Partei!

Nach einem einstimmigen Beschluß des Kartells der freien Gewerkschaften Gelsenkirchen-Buer findet heute, Mittwoch, den 20. August 1930, um 19.30 Uhr (abends 7.30 Uhr), in der Stadthalle Gelsenkirchen, Essener Straße, eine

Konferenz sämtlicher Funktionäre der freien Gewerkschaften und der SPD.

Rat. Als Referent ist der Kollege Dr. Berger, Bochum, vom Bergbauindustriearbeiter-Verband gewonnen. Er spricht über das Thema: „Die Gewerkschaften in der politischen Front.“

Für den Stadtteil Buer findet diese Konferenz ebenfalls heute, Mittwoch, den 20. August 1930, um 19.30 Uhr (abends 7.30 Uhr), im Lokale Kampmann, Buer, Essener Straße, statt. Es wird über das gleiche Thema gesprochen wie in der Stadthalle Gelsenkirchen. Es spricht der

Reichstagsabgeordnete Heinrich Limberg. Es ist Pflicht aller Funktionäre, an dieser Konferenz teilzunehmen, da es gilt, die wichtigsten Erwerbschaften der Arbeiterklasse zu verteidigen.

- Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund, Ortsausschuß Gelsenkirchen-Buer, Deutscher Bauergewerksbund, Verband der Bergbauindustriearbeiter, Verband der Nahrungs- und Genussmittel, Verband der Buchbinder, Verband der Buchdrucker, Zentralverband der Dachdecker, Einheitsverband der Eisenbahner, Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands, Graphische Hilfsarbeiter, Gesamtverband der Arbeitnehmer der öffentlichen Betriebe und des Personen- und Warenverkehrs, Deutscher Holzarbeiterverband, Zentralverband der Hotel-, Restaurations- und Café-Angestellten, Deutscher Metallarbeiterverband, Zentralverband der Maschinisten und Feiger, Verband der Maler und Anstreicher, Verband der Sattler und Tapezierer, Zentralverband der Steinarbeiter, Verband der Kupfer Schmiede, Deutscher Bleichungsarbeiterverband, Zentralverband der Zimmerer, und die der Afa angeschlossenen Verbände.

Und wieder mal Olschowy!

Vor der Ferienstrassammer des Landgerichts in Essen stand gestern in der Berufungsinstanz Verhandlung gegen den bekannten falschen Polizeileutnant Fritz Olschowy aus Gelsenkirchen an. Neben ihm nahmen Daniel und Karl Dresch auf der Anklagebank Platz. Die Anklage lautete auf Beleidigung durch die Presse. Bekanntlich waren in der Morbsache Ernst Dresch Vater und ein Bruder des Ermordeten im Sommer 1928 in Haft genommen worden. Nach viermonatiger Untersuchungshaft wurden sie auf freien Fuß gesetzt, weil die Anhaltspunkte nicht ausreichten, ihre Täterschaft zu beweisen. Dresch, Vater und Sohn, kamen nach ihrer Freilassung mit Olschowy zusammen. Olschowy gegen dessen Hochtapereien und Betrügereien durch die Kriminalkommissare Tenholt wiederholt eingeschritten worden war, trug einen besonderen Haß gegen diesen Beamten. Durch alle möglichen Machenschaften versuchte er ihn in der öffentlichen Meinung herabzusetzen und ihm auch durch unbegründete Beschwerden bei seiner vorgesetzten Behörde Schwierigkeiten zu bereiten. Er verfaßte einen großen Artikel, worin gegen die Art der Bearbeitung der Morbsache Dresch durch die Kriminalkommissare Tenholt, Gelsenkirchen, und Weiß, Buer, in abfälligster Weise Stellung genommen wurde. Dieser Artikel wurde an alle Zeitungen in Gelsenkirchen und Umgegend versandt. Die Zeitungen lehnten jedoch die Aufnahme ab, nur die Buerische Volkszeitung brachte einen Auszug. Auf Grund dieser Veröffentlichung erlitten die Kriminalkommissare Weiß und Tenholt Anträge wegen öffentlicher Beleidigung durch die Presse. In der ersten Instanz wurde Olschowy zu vier Monaten Gefängnis verurteilt, während Dresch, Vater und Sohn, mit je 80 RM Geldstrafe und Tragung der Kosten davonkamen. Gegen dieses Urteil legten die Angeklagten Berufung ein, weswegen gestern vor der Ferienstrassammer in Essen erneut verhandelt wurde. Der Termin begann um 9 Uhr. Es war ein großer Zeugenapparat aufgebaut worden, um die Glaubwürdigkeit der Kommissare Weiß und Tenholt zu erschüttern. Wir kommen auf Einzelheiten in einem ausführlichen Bericht noch zurück. Die Beweisaufnahme wurde gegen 19 Uhr geschlossen und die Verhandlung auf Mittwochmorgen 9 Uhr vertagt. Bisher haben sich keinerlei Anhaltspunkte dafür ergeben, daß die beleidigten Beamten irgendwie unkorrekt gehandelt haben.

Bedeutende Einschränkung des Straßenbahnverkehrs

Der neue Fahrplan der „Bochum-Gelsenkirchener“ tritt ab morgen in Kraft.

Die Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage hat sich immer mehr auch im Straßenbahnverkehr ungünstig ausgewirkt. Die Bochum-Gelsenkirchener Straßenbahnen sehen

Ausschneiden!

Änderung der Lohnsteuer ab 1. Sept. 1930

Das Finanzamt Gelsenkirchen teilt uns mit: Nach der Verordnung des Reichspräsidenten vom 26. Juli 1930 treten ab 1. September 1930 bei ledigen Arbeitnehmern Zuschläge zur Lohnsteuer in Kraft. Das Nähere hierüber ergibt sich aus einem amtlichen Merkblatt, das bei den Finanzämtern unentgeltlich abgeholt werden kann. Um den Arbeitgebern die Lohnsteuererhebung nach den neuen Vorschriften zu erleichtern, werden in den nächsten Tagen neue amtliche Tabellen herausgegeben, aus denen der einzubehaltende Lohnsteuerbetrag für alle Lohnsteuerpflichtigen ohne weiteres abgelesen werden kann. Die Tabellen verteilt die Reichsdruckerei, Abteilung Verlag, Berlin SW 68, Alte Jakobstraße 106 (Polischedfonto: Berlin NW, Nr. 4).

Gültig vom 1. September 1930 bis 31. März 1931.

Merkblatt für die Erhebung des Ledigenzuschlages beim Steuerabzug vom Arbeitslohn.

Vorbemerkung.

Bei den Lohnzahlungen für die Zeit vom 1. September 1930 bis zum 31. März 1931 treten in der Berechnung des Steuerabzugs vom Arbeitslohn der ledigen Lohnsteuerpflichtigen zwei wichtige Änderungen ein:

1. Der im Artikel I, Nr. 1, des Gesetzes vom 23. Juli 1928 vorgesehene Abschlag von 25 v. H. der Steuer (höchstens 3 RM monatlich, 0,75 RM wöchentlich, 0,15 RM täglich, 0,05 RM zweifündlich) fällt weg;
2. bei einem Arbeitslohn von (abgerundet) mehr als 220 RM monatlich (54 RM wöchentlich, 9 RM täglich, 1,50 RM zweifündlich) tritt zu der um den Abschlag nicht mehr gekürzten Lohnsteuer (Ziff. 1) noch ein Zuschlag von 10 v. H. der Steuer.

Im einzelnen gilt hiernach für die Zeit vom 1. September 1930 bis zum 31. März 1931 folgendes:

A) Kreis der ledigen Lohnsteuerpflichtigen.

I. Als ledig gelten alle Lohnsteuerpflichtigen Personen,

1. die nicht verheiratet sind,
2. die verwitwet oder geschieden sind, sofern aus ihrer Ehe Kinder nicht hervorgegangen sind, jedoch mit den nachfolgenden Ausnahmen.

II. Von dem Ledigenzuschlag sind befreit:

1. unverheiratete Frauen, bei denen auf der Steuerkarte Kinderermäßigungen vorgesehen sind. Hierunter fallen zum Beispiel Mütter von unehelichen Kindern, denen für diese Kinder eine Ermäßigung nach § 56, Abs. 2, § 70, Abs. 3, des Einkommensteuergesetzes zuteilt, ferner Personen, denen für Adoptiv- oder Pflegekinder eine Ermäßigung der Steuer nach § 70, Abs. 3, des Einkommensteuergesetzes zuerkannt ist und bei denen dies durch entsprechende Eintragung auf der Steuerkarte vermerkt ist. Nicht befreit ist dagegen der Vater von unehelichen Kindern;
2. Ehefrauen, die in einem Dienstverhältnis stehen. Diese haben, da auf ihrer Steuerkarte im allgemeinen Ermäßigungen für Familienangehörige nicht vermerkt sind, dem Arbeitgeber durch Vorlage einer amtlichen Urkunde (zum Beispiel Heiratsurkunde) den Nachweis ihrer Verheiratung zu erbringen, es sei denn, daß dem Arbeitgeber die Tatsache der Verheiratung zuverlässig bekannt ist;
3. verwitwete oder geschiedene Personen, aus deren früherer Ehe Kinder hervorgegangen sind. Hierbei ist es gleichgültig, ob die Kinder noch minderjährig sind oder nicht, ob sie noch zum Haushalt zählen oder ob sie bereits verstorben sind. Sofern aus den Eintragungen auf der Steuerkarte das Vorhandensein von Kindern nicht hervorgeht, hat der Arbeitnehmer dies durch Vorlage einer amtlichen Urkunde (zum Beispiel Geburtsurkunde) nachzuweisen;
4. Arbeitnehmer, die durch Vorlage einer auf Grund eines besonderen Antrags ausgestellten Bescheinigung des Finanzamtes nachzuweisen, daß sie vom Ledigenzuschlag befreit sind, weil sie ihre geschiedene Ehefrau, ihre bedürftigen Eltern oder einen bedürftigen Elternteil unterhalten und denen deshalb auf Grund eines vor dem 1. Juli 1930 gestellten Antrages die veranlagte Einkommensteuer 1929 ermäßigt oder der steuerfreie Lohnbetrag auf der Steuerkarte 1930 erhöht worden ist. In den Fällen des Abschn. II, Nr. 1, bis 4, hat der Arbeitgeber von der auf die Vorlage der Bescheinigung folgenden Lohn- oder Gehaltszahlung an den Ledigenzuschlag nicht einzubehalten.

Hat der Arbeitnehmer, bevor der Arbeitnehmer den Nachweis für die Befreiung von dem Ledigenzuschlag geführt hat, die Lohnsteuer ohne Berücksichtigung des Abschlags von 25 v. H. (höchstens 3 RM monatlich, 0,75 RM wöchentlich) und gegebenenfalls unter Einzurechnung eines Zuschlages von 10 v. H. zur ungekürzten Lohnsteuer berechnet und einbehalten, so ist der Arbeitgeber berechtigt, die inzwischen durch Nichtberücksichtigung des Abschlags und Berechnung eines Zuschlages von 10 v. H. zuviel erhobene Lohnsteuer (also den Unterschied zwischen der nach den bisherigen Bestimmungen zu berechnenden Lohnsteuer und der nach den vorliegenden Bestimmungen tatsächlich berechneten Lohnsteuer) im Wege der Anrechnung auf die bei den nächsten Lohnzahlungen zu entrichtende Lohnsteuer dieses Arbeitnehmers zu erstatten.

B) Berechnung des Ledigenzuschlages.

1. Der Ledigenzuschlag besteht einmal in dem Befall des Abschlages von 25 v. H. der Lohnsteuer (höchstens jedoch 3 RM monatlich, 0,75 RM wöchentlich, 0,15 RM täglich, 0,05 RM zweifündlich), d. h. die Lohnsteuer wird, wie bisher, von dem um den steuerfreien Lohnbetrag gekürzten Arbeits-

lohn mit 10 v. H. berechnet, der Abschlag von 25 v. H. jedoch bei den Lohnzahlungen für die Zeit vom 1. September 1930 bis zum 31. März 1931 nicht vorgenommen.

2. Ferner wird bei den ledigen Arbeitnehmern, deren Arbeitslohn (abgerundet) monatlich 220 RM (wöchentlich 54 RM, täglich 9 RM, zweifündlich 1,50 RM) übersteigt, zu der ohne Berücksichtigung des Abschlages (Ziffer 1) errechneten Lohnsteuer noch ein Zuschlag von 10 v. H. erhoben. Für diese Zeit tritt also an die Stelle der bisherigen Lohnsteuer die durch Wegfall des Abschlages und Zurechnung des Zuschlages von 10 v. H. errechnete höhere Steuer.

Sind dem Arbeitnehmer wegen besonderer wirtschaftlicher Verhältnisse oder wegen Werbungskosten und Sonderleistungen auf Grund des § 75 des Einkommensteuergesetzes die steuerfreien Lohnbeträge durch entsprechende Eintragung auf der Steuerkarte erhöht worden, so erhöhen sich die im vorigen Absatz genannten Beträge um den Betrag der Erhöhung, d. h. der Ledigenzuschlag von 10 v. H. wird in diesen Fällen dann vorgenommen, wenn der Arbeitslohn die im vorigen Absatz genannten Mindestbeträge zuzüglich der Erhöhung übersteigt.

Beispiele:

- a) Ein lediger Lohnsteuerpflichtiger hat einen Wochenlohn von 54,99 RM. Bisherige Berechnung der Lohnsteuer 10 v. H. von (54,99 RM, abgerundet 54 RM) — 24 RM = 30 RM = 3 RM — 0,75 RM (Abschlag) = 2,25 RM. Künftige Berechnung der Lohnsteuer 10 v. H. von (54,99 RM, abgerundet 54 RM) — 24 RM = 30 RM = 3 RM. Der Unterschied besteht lediglich in dem Wegfall des Abschlages.
- b) Ein lediger Lohnsteuerpflichtiger hat einen Monatslohn von 224,99 RM. Bisherige Berechnung der Lohnsteuer 10 v. H. von (224,99 RM, abgerundet 220 — 100 =) 120 RM = 12 — 3 RM (Abschlag) = 9 RM. Künftige Berechnung der Lohnsteuer 10 v. H. von (abgerundet 220 — 100 =) 120 RM = 12 RM. Der Unterschied besteht lediglich in dem Wegfall des Abschlages.
- c) Einem ledigen Kriegsbeschädigten Lohnsteuerpflichtigen sind wegen einer 50prozentigen Kriegsbeschädigung die steuerfreien Beträge um 50 v. H., also von 100 auf 150 RM monatlich erhöht worden. Er bezieht einen Monatslohn von 270 RM. Bisherige Berechnung der Lohnsteuer 10 v. H. von (270 — 150 RM) = 120 = 12 — 3 RM (Abschlag) = 9 Reichsmark. Künftige Berechnung der Lohnsteuer 10 v. H. von (270 — 150 =) 120 RM = 12 RM. Der Unterschied besteht lediglich in dem Wegfall des Abschlages.
- d) Ein lediger Lohnsteuerpflichtiger bezieht ein Monatsgehalt von 500 RM. Bisherige Berechnung der Lohnsteuer 10 v. H. von (500 — 100 =) 400 RM = 40 — 3 RM (Abschlag) = 37 RM. Künftige Berechnung der Lohnsteuer 10 v. H. von (500 — 100 =) 400 RM = 40 RM + 4 RM (10proz. Zuschlag) = 44 RM. Der Unterschied besteht in dem Wegfall des Abschlages von 3 RM und Erhebung eines Zuschlages von 4 RM monatlich.

C) Einbehaltung des Ledigenzuschlages.

Der Wegfall des Abschlages von 25 v. H. und die Erhebung eines Zuschlages von 10 v. H. der Lohnsteuer gelten für den Arbeitslohn, der für die Zeit vom 1. September 1930 bis 31. März 1931 gezahlt wird, also

- a) bei monatlicher Entlohnung erstmalig für den Arbeitslohn, der für den Monat September 1930 und letztmalig für den Arbeitslohn, der für den Monat März 1931 gewährt wird,
- b) bei halbmonatlicher Entlohnung erstmalig für den Arbeitslohn, der für die erste Hälfte des Monats September 1930 und letztmalig für den Arbeitslohn, der für die zweite Hälfte des Monats März 1931 gewährt wird,
- c) bei wöchentlicher Entlohnung erstmalig für den Arbeitslohn, der für die erste, ganz in den Monat September 1930 fallende Lohnwoche und letztmalig der Arbeitslohn, der für die letzte im Monat März 1931 endende Lohnwoche gewährt wird,
- d) bei täglicher oder zweifündlicher Entlohnung erstmalig der für den 1. September 1930 und letztmalig der für den 31. März 1931 zur Auszahlung kommende Arbeitslohn.

Hierbei ist es unerheblich, ob die Lohnzahlung bereits vor dem 1. September 1930 oder erst nach dem 31. März 1931 erfolgt.

D) Einmalige Einnahmen.

Erhält ein lediger Arbeitnehmer neben seinen laufenden Bezügen einmalige Einnahmen (Antien, Gratifikationen usw.), so ist der Ledigenzuschlag von den in der Zeit vom 1. September 1930 bis 31. März 1931 tatsächlich ausgezahlten Beträgen zu berechnen, ohne Rücksicht darauf, für welchen Zeitraum sie gezahlt werden. Der Zuschlag beträgt in diesem Falle stets 1 v. H. von 60 v. H. der einmaligen Einnahmen.

E) Abrundung.

Die nach Abschnitt B, D errechnete Lohnsteuer ist auf den nächsten, durch fünf Reichspennig teilbaren Betrag nach unten abzurunden.

F) Abführung des Ledigenzuschlages.

Bei jeder Lohnzahlung, auf die die Verordnung Anwendung findet, sind gleichzeitig mit der einzubehaltenden Lohnsteuer die Zuschläge einzubehalten und an den vorgesetzten Stellen (am 20. des Kalendermonats bzw. 5. des folgenden Kalendermonats) in einer Summe an das Finanzamt (Finanzkasse) abzuführen.

sich daher, um dem immer noch weitersteigenden Einnahmeausfall in etwa zu begegnen, vorläufig, einige Einschränkungen im Straßenbahnverkehr eintreten zu lassen.

Vom morgigen Donnerstag, dem 21. dieses Monats, ab treten daher folgende Fahrplanänderungen in Kraft:

1. Linie 1 (Buer-Horst-Essen-Bredene).

An Stelle des bisherigen 20-Minuten-Verkehrs auf der Linie 1 tritt ab 23 Uhr zwischen Buer (Wathaus) und Horst (Amthaus) ein 40-Minuten-Verkehr ein.

Die Abfahrtszeiten der letzten Wagen ab Horst (Amthaus) in Richtung Buer sind: 22.45, 23.25, 0.05, 0.45 und 1.05 Uhr. Ab Buer (Wathaus) in Richtung Horst: 23.03, 23.23, 0.03 und 0.43 Uhr (anfangs bisher 1.03 Uhr).

2. Linie 1 (Schalke-Gelsenkirchen-Wattenscheid-Bochum).

Der Fahrplan bleibt unverändert. Die Anhängewagen zwischen Gelsenkirchen und Wattenscheid kommen in der Zeit von 8.30 bis 12 Uhr in Fortfall.

3. Linie 2 und 11 (Gelsenkirchen-Bismarck-Buer bzw. Horst). Der Fahrplan dieser Linie bleibt unverändert. Der Anhängewagenverkehr wird unmerklich beschränkt.

4. Linie 3 (W.-Günigfeld-Gelsenkirchen-Wanne-Eidel-Gerne).

Der 20-Minuten-Verkehr nach Wanne-Eidel-Gerne bzw. nach W.-Günigfeld bleibt unverändert. Die 10-Minuten-Zwischenwagen verkehren nur noch von Röhlinghausen, Kolonie Pluto, über Gelsenkirchen Hbf. bis Ausweiche Alma und umgekehrt. Zu den Hauptverkehrszeiten, und zwar morgens von 7 bis 8 Uhr, mittags von 12 bis 15 Uhr und von 19 bis 20 Uhr verkehren die 10-Minuten-Wagen nach wie vor zwischen Ausweiche Röhlinghausen und Ausweiche Weisköpp (Wendendorfer Platz).

Zur besseren Unterscheidung der 10-Minuten-Wagen von den durchgehenden 20-Minuten-Wagen der Linie 3 erhalten diese die Linienbezeichnung 3 E.

5. Linie 17 (Gelsenkirchen-Hbf.-Gefler-Horst-Bladbed).

Der Fahrplan der Linie 17 bleibt bis auf eine Änderung der Spätwagen unverändert.

Die letzten Wagen ab Gelsenkirchen-Hbf. in Richtung Horst verkehren (bis Horst/Amthaus): 23.10, 23.30 und 0.10 Uhr. (23.50 und 0.30 Uhr nur bis Ausweiche Ranzlerstraße.)

Der Name **Büdo** garantiert Qualität

Warum Kampf gegen den Marxismus?

Blinde Hatz gegen die SPD.

Am meisten hassen die Führer und Nutznießer der nationalsozialistischen Bewegung die große Sozialdemokratische Partei Deutschlands. Der Instinkt sagt diesen Leuten ganz richtig, daß die SPD. das unerschütterliche Bollwerk gegen die Reaktion ist, daß der SPD. und dem Sozialismus die Zukunft gehört. Die Führer der Hitlerbewegung wissen, daß eine politische Bewegung nur dann Bestand hat, wenn sie von dem Glauben und Willen der arbeitenden Massen getragen wird. Daher nennt sich jene Bewegung — obwohl sie im Dienste des Kapitals steht — „Arbeiterpartei“.

Die ständige Kampfpseudo der Nationalsozialisten heißt: Nieder mit dem Marxismus! Der Marxismus ist eine Wissenschaft. Er zeigt die Kräfte und Tendenzen, welche die kapitalistische Gesellschaft und Produktionsform bestimmen und bewegen.

Die marxistische Lehre zeigt darüber hinaus, daß die kapitalistische Gesellschaft und ihre Produktionsform schon die Keime einer höheren — nämlich der sozialistischen — Gesellschaft in sich trägt.

Die Kapitalisten und ihre Trabanten hassen natürlich eine Wissenschaft (Marxismus), welche den schließlichen Nachweis des Untergangs der kapitalistischen Gesellschaft liefert und ihre Ablösung durch eine sozialistische Gemeinschaft feststellt.

Der Marxismus ist also für alle Menschen, welche nach einer höheren Gemeinschaft streben, das wissenschaftliche Fundament ihres Handelns und der Kampf ihres Vorwärtstrebens.

Die Kapitalisten geben zur Bekämpfung des Marxismus Unsummen aus. Auch die Hitlerbewegung wird von den Kapitalisten finanziert und muß dafür den Kampf für die Erhaltung des Kapitalismus führen.

Hier beginnt der große Betrug an den Arbeitern. Der Marxismus zeigt als Entwicklungslehre das unbedingte Heranreifen einer sozialistischen Gesellschaft.

Warum nun die Parole der Reaktion: Nieder mit dem Marxismus! Warum nicht: Nieder mit dem Sozialismus!

Von der marxistischen Wissenschaft haben die meisten einfachen Menschen entweder gar keine oder nur sehr unklare Vorstellung. Darum wird von der Reaktion aus dem Marxismus ein Herrbild zusammengelogen. Der Marxismus wird von der Reaktion als die Ursache allen Unglücks in der Welt hingestellt.

Nieder mit dem Sozialismus! kann man nicht rufen. Für Millionen Entertainer ist der Sozialismus Reaktion. Zukunfts-hoffen, er ist das Evangelium der armen Teufel.

Darum das Geschrei: Nieder mit dem Marxismus, während man den Sozialismus meint.

Feine Bundesgenossen

Kommunisten und Christen Arm in Arm.

„Der Deutsche“, das Organ der Christlichen Gewerkschaften, führt den Wahlkampf gegen die Sozialdemokratie mit besonderer Gehässigkeit. Die Gemeinheit seiner Angriffe ist, daß seine Erklärung im schlechten Gewissen der Führer der Christlichen Gewerkschaften. Kein Tag ohne faulstiche Wähllüge gegen die Sozialdemokratie — das ist der Grundsatz, nach dem das Blatt im Wahlkampf arbeitet. Im Material ist der „Deutsche“ dabei nicht verlegen. Er ahmt dem „Völkischen Beobachter“ des Herrn Hitler nach und bezieht sein Wahlmaterial aus der kommunistischen Presse. Arm in Arm ziehen „Rote Fahne“, „Der Deutsche“ und „Völkischer Beobachter“ in den Wahlkampf gegen die Sozialdemokratie. Wenn die „Rote Fahne“ heute einen faulstichigen Schwindel gegen die Sozialdemokratie verbreitet, kann man gewiß sein, ihn am nächsten Tage im „Deutschen“ aufgewärmt zu finden. Wir ahnen diesen Leuten ihre Bundesgenossen, dem „Deutschen“ die „Rote Fahne“, und der „Roten Fahne“ dem „Deutschen“. Jetzt doch diese neue brüderliche Liebe der Arbeiterschaft, daß hier ein gemeinsamer Haß und eine Gesinnung von gleicher Qualität am Werke ist gegen die Sozialdemokratie, weil die Sozialdemokratie unverrückbar an der Verteidigung der Arbeiterinteressen festhält. Laßt sie gemeinsam weiterkämpfen — jede Lüge erhält ihre Strafe, und diese Leute sind schon miteinander gestraft!

Lohnabbau oder Lohnerhöhung im Bergbau

Zu der vom Gewerkschaftsverband erfolgten Kündigung der Lohnordnung schreibt die „Bergbau-Industrie“, das Organ des Bergarbeiterverbandes folgendes:

„Aus Preisführungen, die anscheinend vom Bergbau-lischen Verein in Essen inspiriert sind, geht hervor,

daß man an einen zehnprozentigen Lohnabbau denkt,

mit dem eine Preisherabsetzung von 1 RM je Tonne Kohlen verbunden werden soll. Offiziell ist das noch nicht. Als die Konsumvereinsvertreter im Reichskohlenrat vor wenigen Tagen die Preisfrage aufwarfen, beschränkte sich Dr. Sil-verberg auf die einfache Bemerkung, aus der Substanz-umlage gehe bereits hervor, daß alle markttechnischen Gesichtspunkte berücksichtigt würden.

Damit wurde der Gedanke der Preiserhöhung abgelehnt,

es wurde aber auch die Verhinderung von Lohn- und Preis-abbau von den Unternehmern in dieser Sitzung mit keinem Wort erwähnt. Inzwischen scheinen die wirtschaftlich Ver-nünftigen, die die Gefahr einer weiteren Wirtschaftsver-schlechterung durch einen Lohnkampf an der Ruhr sehen, den So-zialreaktionen unterlegen zu sein. Wenn die Unternehmer auf die schlechte Marktlage, die Galbenbefände usw. ver-weisen, so

verweisen die Bergarbeiter auf die mehr als fünf Millionen Feuerschichten,

welche den Effektivlohn der Ruhrbergleute in einer Weise herabgedrückt haben, wie das kaum jemals zuvor der Fall gewesen ist. Im Gegensatz dazu haben die Bergbau-gesellschaften an der Ruhr ein Jahr außerordentlicher Ge-winne hinter sich, das ihnen die Möglichkeit geben sollte, eine schlechtere Periode auch ohne Lohnabbau zu überleben.

Der Standpunkt der Gewerkschaften ist bekannt. Der Deutsche Bergarbeiter-Verband und der Gewerkschafts-christlicher Bergarbeiter haben erklärt, daß sie sich einen Lohnabbau nach dem Wunsch der Unternehmer nicht kampflos gefallen lassen werden. Hufe mann hat das in Breslau klar aus-gesprochen. Im bühnen wandte sich auf der christlichen General-versammlung entschieden gegen jeden Lohnabbau. Einen Lohnabbau könne es nicht geben; man möge an der rechten Stelle abbauen, die Lebenshaltungskosten senken und besonders im Kleinhandel für einen wirksamen Preisabbau sorgen.“

Selbstverständlich werden die Verbände in den Verhand-lungen, die in wenigen Tagen beginnen sollen, ihren Stand-punkt energisch vertreten, eine gründliche Selbstkostenprüfung verlangen und dabei aufzeigen, wo andere Möglichkeiten als Lohnabbau zur Selbstkostenreduzierung vorhanden sind.

Wirtschaftsskandale der NSDAP.

Einen besonders heftigen Kampf führen die Nationalsozialisten scheinend gegen die Wirtschaftsskandale. Mit Namen wie Varmat und Klarer befechten sie monate- und jahrelang fast alle ihre gesamte Agitation. Das Bild, das sie ihren Hörern von den Wirtschaftsskandalen vermitteln, ist falsch und einseitig. Denn sie erzählen nur von solchen Wirtschaftsskandalen, in denen zufällig einmal Angehörige der Linksparteien oder Juden ver-trieben wurden. Sie erzählen nichts

1. von den zahlreichen Wirtschaftsskandalen im kaiserlichen Deutschland, zur Gründung, von dem Kolonialskandal Tuppelstich-Pöbelski, von dem Eulenburg-Skandal, von dem Holstein-Skandal usw.,

2. von den zahlreichen Wirtschaftsskandalen der Nachkriegs-zeit, soweit sie in erster Linie Angehörige der Reichsparteien be-lasten, so von den Riesenpleiten bei den Landbun-dgenossenschaften, vom Skandal bei der Raiffeisen-bank, von den betrügerischen Manipulationen völli-scher Bankgründungen, deren meist recht jugend-liche Leiter die ihnen anvertrauten Gelder mit fragwürdigen Frauen verjuxelten.

Skandale hat es immer gegeben. Sie haben mit dem parla-mentarisch-demokratischen so wenig zu tun wie eine Delfarbine mit Beethovens Reiner Zinlonie. Aber sie werden heute aufgedeckt, einer öffentlichen Kritik unterzogen und so noch rechtzeitig unterdrückt.

Früher, unter der Monarchie, wurde alles vertuscht und totgeschwiegen, so daß die adligen Korruptionsschlangen der Vor-friedezeit sich in aller Stille mästen konnten.

Im übrigen sind die Nationalsozialisten die letzten, die das Recht haben, anderen den Vorwurf der Korruption zu machen.

Denn dort, wo sie etwas zu sagen haben, finden wir bei ihren Führern ganz ähnliche Erscheinungen.

So hat der nationalsozialistische Stadtverordnete Stege-mann in Straßburg das ihm übertragene Ehrenamt eines Spar-kassenvorstandes zur Durchführung anrüchlicher privater Maf-fen- und Provisionsgeschäfte mißbraucht, so daß er von seinem Amte enthoben werden mußte.

In Nürnberg hat der nationalsozialistische Stadtrat und Buchdruckerbesitzer Liebel unmittelbar nach seiner Rede im Stadtrat, in der er gegen die Vergabe städtischer Aufträge an Magistratsmitglieder eintrat, sich vom städtischen Verkehrs-amt einen Druckauftrag von 10.000 Mark geben lassen.

In Neustadt bei Koburg hat sich der nationalsozialistische Stadtrat Steiner die Eierlieferung für das städtische Kranken-haus übertragen lassen, unter der Bedingung, daß er die Eier jeweils um einen Pfennig billiger als der ortsübliche Handel lie-fere. Er hat aber in einer Zeit, in der dort die Eier allge-mein 12 Pfennig kosten, sich von der Stadt für seine Eier 14 Pfennige zahlen lassen. Die nationalsozialistischen Korrup-tionsstrolche täten gut daran, wenn sie vor ihrer eigenen Tür fehren würden. Es gibt dort Dreck genug.

Wie wenig übrigens die Nationalsozialisten bemüht sind, vorhandene Wirtschaftsskandale ernsthaft aufzuklären, zeigt ihr Widerstand gegen die parlamentarische Untersuchung des Raiffeisen-skandals, die der nationalsozialistische Abgeordnete Dr. Leh im Preussischen Landtag als jüdische Schiebung bezeich-nete. Dabei hat gerade diese Untersuchung die dunklen Zu-sammenhänge bei der Raiffeisenbank erst reiflich geklärt. Aller-dings sind dabei politische Bundesgenossen der NSDAP. unter die Räder gekommen.

Welche Korruption würde erst platzgreifen, wenn die Nazis die Macht erreichten, nach der sie trachten. Darum nieder mit ihnen!

Reiniger und Erneuerer

Die Hitlerpartei verträgt jede Schweinerei

Die Nationalsozialisten erheben den Anspruch, „Reiniger und fittlicher Erneuerer Deutschlands“ zu sein, und wettern wie die Teufel gegen jeden Korruptionsstandal, vor allem, wenn darin Personen mit jüdisch klingenden Namen verwickelt sind. Dazu haben sie allerdings nicht die geringste Veranlassung, denn in ihrer Partei herrschen Zustände, die jeder Beschreibung spotten.

Im Herbst 1929 ist der Führer der Ortsgruppe Bremen der NSDAP, Gerhard Stecher, unter Mitnahme aller ihm erreichbaren Parteigänger durchgegangen. Das einzige, das er zurückließ, waren Schulden bei einer Reihe von Parteigenossen und mehreren Hauswirten.

Der nationalsozialistische Rechtsanwalt Zipperlein ließ sich von einem Dienstmädchen, für dessen uneheliches Kind er in wenig einwandfreier Weise eine Abfindung von 55000 Mark herausgeholt hatte, ein Honorar von 1750 Mark zahlen und wurde wegen Gehirnenüberhebung zu 1500 Mark Geldstrafe verurteilt.

Der Nationalsozialist Eugen Renner in Augsburg, Leiter der Blindenabteilung bei der dortigen Kreishauptfürsorgestelle, unterschlug 18.000 Mark, die für Kriegsblinde bestimmt waren, und ging flüchtig.

Der nationalsozialistische Standartenführer Langendorf in Köln hat von einer nationalsozialistischen Abteilung in Frank-furt Musikinstrumente für etwa 100 Mark gekauft und sie mit 100 Prozent Reinerwerbsdienst an eine andere nationalsozialistische Abteilung weiterverkauft.

Der Nationalsozialist Schaller in Köln hat Spenden in Höhe von mehreren hundert Mark vereinnahmt und sich ge-wei-

gert, darüber Rechenschaft abzulegen. Der frühere national-sozialistische Abgeordnete Dinter, der ja die Verhältnisse kennen mußte, schrieb in Heft 16 seiner Zeitschrift „Das Christentum“ im Jahre 1929:

Die Schuldenwirtschaft, von der Parteileitung angefangen bis zu den letzten Ortsgruppen hinunter, die da-mit zwangsläufig verbundenen Unlauterkeiten, Un-terstellungen und Betrügereien haben, wie aus den an mich gelangenden Berichten hervorgeht, einen Höhepunkt erreicht, der längst zu einer Katastrophe hätte führen müssen, wenn die Partei nicht über ergiebige außer-parteiliche Geldquellen verfügt.

Und in Heft 21 und 22 der gleichen Zeitschrift schreibt Dinter:

In der Tat hat die Sittenlosigkeit und allge-meine Korruption innerhalb der Hitler-Partei heute schon einen Grad erreicht, daß zahlreiche Männer und Frauen, die in Hitler den Erlöser unseres Volkes sehen, der Partei wieder den Rücken gekehrt haben. Von einem Na-tionalsozialisten wurde mir berichtet, daß Straßer, als man ihn dieser Dinge wegen anging, lachend antwortete: „Was wollen Sie, wir sind heute so groß und so stark, daß wir jede Schweinerei in der Partei vertragen.“

Der nationalsozialistische Führer in Alenburg, Speibeur Probers, ging unter Hinterlassung ungeheurer Schulden flüch-tig. Er hat drei ihm nicht gehörige Lastautos der Kavag für 28.000 Mark verpfändet. Sein Vater hat sich aus Gram über den mißratenen Sohn erhängt.

Darüber hinaus werden die Bergarbeiterverbände selbstverständlich Lohnherhöhung fordern und begründen!

Erfahrungsgemäß besteht die Möglichkeit oder Wahr-scheinlichkeit, daß Vereinbarungen oder Entscheidungen über die Lohnfrage im Ruhrbergbau die Verhältnisse auf längere Zeit regeln. Bei der Steigerung der Lebenshaltungskosten, wie sie in den letzten Monaten zu verzeichnen sind, bei dem Fehlen jeder Garantie, daß es nächsten anders wird, bei der nicht unbegründeten Hoffnung auf eine Wirtschafts-besserung kann man von den Bergleuten nicht erwarten, daß sie sich mit Festlegung des heutigen Zustandes auf längere Zeit oder gar mit Lohnabbau einverstanden erklären. Für die Bergleute aber heißt es: Angreifend abwehren und für jeden Fall gerüstet sein!

Berichtigt die Wählerlisten!

Wichtiger Runderlaß des preussischen Innenministers. — Aus-legungsschrift 24. bis 31. August.

Aus einem Runderlaß des preussischen Ministers des Innern in einer Sonderausgabe des „Ministerialblatts“ für die Preussische Innere Verwaltung, das der Vorbereitung der Reichstagswahl am 14. September 1930 gewidmet ist, teilt der Amtliche Preussische Pressedienst das Folgende mit:

Die Gemeindebehörden haben vor der Auslegung die Stimmlisten und Stimmkarten daraufhin zu prüfen, daß nur die am Abstimmungsakt tatsächlich stimmberechtigten Personen eingetragen sind. Bei den letzten Abstimmungen hat sich ge-zeigt, daß in Stimmlisten einzelner Orte noch immer Personen verzeichnet sind, die in der Zwischenzeit längst verstorben oder aus dem Orte verzogen sind oder sonst ihr Wahlrecht verloren haben.

Das Recht, zum Reichstag zu wählen, ist nicht ausdrücklich an das Vorhandensein eines Wohnortes in Deutschland geknüpft. Gleichwohl ergibt sich die Notwendigkeit eines solchen für die Ausübung des Stimmrechts im allgemeinen daraus, daß nur diejenigen wählen können, die in eine Stimmliste oder Stimmkarte eingetragen sind oder einen Stimmschein haben, und daß sowohl die Eintragung in eine Stimmliste als auch die Erlan-gung eines Stimmscheins das Vorhandensein eines Wohnortes innerhalb des Deutschen Reiches voraussetzen. Lediglich stim-mberechtigte Staatsbeamte, Arbeiter in Staatsbetrieben und stimmberechtigte Angehörige ihres Hausstandes, die ihren Wohnsitz nahe der Reichsgrenze haben, werden auf Antrag in das Stimmverzeichnis einer benachbarten deutschen Gemeinde eingetragen. Diese Bestimmung bezieht sich auf Reichs- und Landesbeamte sowie Reichs- und Staatsbetriebe, und zwar auch auf Beamte und Arbeiter der Reichsbahngesellschaft. Personen, die in Deutschland einen mehrfachen Wohnort haben, somit in mehrere Stimmverzeichnisse eingetragen werden können, dürfen ihr Stimmrecht selbstverständlich nur einmal ausüben; andern-falls setzen sie sich strafrechtlicher Verfolgung aus.

Die Frist für die Auslegung der Stimmlisten und Stimm-karten ist vom Reichsminister des Innern auf die Zeit vom 24. bis 31. August 1930 einschließlich festgesetzt worden. Werden die beim zweiten Volksentscheid gebrauchten Stimm-listen und Stimmkarten wieder verwendet, so ist vor ihrer öffentlichen Auslegung dafür zu sorgen, daß aus ihnen die Beteiligung am Volksentscheid nicht mehr ersichtlich ist. Listen und Karten, in denen die Beteiligung am zweiten Volksent-scheid sich nicht vollständig unkenntlich machen läßt, dürfen bei der Reichstagswahl am 14. September nicht verwendet werden.

Ueberstunden mit Orchester

In den Putilowwerken wird 14 Stunden „mit Begeisterung“ gearbeitet — aber die produzierten Traktoren rosten.

In den bekannten Putilowwerken in Leningrad wurden die Arbeiter Ende Juni zu der denkbar weitestgehenden Ueberarbeit angehalten: „Der Gipfelpunkt wurde am 30. Juni erreicht. An diesem Tage mußte jeder Arbeiter zwei und mehr Schichten in der Traktorenwerkstatt durcharbeiten, um den Produktionsplan zu erfüllen. Durchschnittlich

arbeitete jeder Arbeiter über vierzehn Stunden.

Um die Arbeiter in der Nacht zu ermuntern, spielte in der Werkstatt ein Musikorchester. Der Enthusiasmus war groß.“ So berichtet das Zentralblatt des Obersten Volkswirtschaftsblatts, „Sa Industrialisatiju“ (Nr. 153), in Heftdruck über diese Ueberarbeit, bei der erschöpfte Arbeiter durch Musik zur äußersten Kraftanstrengung angehalten wurden. Dieser Bericht trägt die bezeichnende Ueberschrift: „Die Putilowarbeiter haben ein heroisches Beispiel gezeigt.“ Anderswo nennt man so was A u b a u an der menschlichen Arbeitskraft und Umgehung des Arbeiterbolschees.

Der akute Eisenmangel, die allgemeine Rohstoffknappheit und die äußerst unpolnische Belieferung der Werke verursachen häufige Produktionsstörungen in den Sowjetbetrieben. Um die hochgepannten Produktionspläne trotz unregelmäßiger Be-lieferung zu erfüllen, wird am Monatsende Ueberarbeit ganz allgemein praktiziert. Daß die Arbeiter dabei großen Enthusiasmus empfinden, wird man dem amtlichen Sowjet-blatt schwerlich glauben. Ueberarbeit und Leistungssteigerung müssen angesichts der sich verschärfenden Lebensmittellage den Gesundheitszustand der russischen Arbeiter besonders gefährden.

Und wie man mit den Traktoren umgeht, die die Putilow-arbeiter durch gesundheitsgefährdende Ueberarbeit herstellten, schildert ein Meldung der Sowjetpresse vom 20. Juli, betitelt „Obdachlose Traktoren“, wie folgt:

Schon über einen Monat liegen auf der Eisenbahnstation Lwowiska unter freiem Himmel dreißig Traktoren der „Roten Putilowwerke“. Die nicht zugedeckten Traktoren, die dem Regen ausgesetzt sind, rosten. Die kommunalistische Planwirtschaft auf Kosten der Arbeiter und Bauern entpuppt sich immer mehr als „polnische Wirtschaft“.

Wirtschaft und Gewerkschaft

Musterbeispiele gefährlicher Kartellpolitik

(Eid für Innehaltung überhöhter Preise)

Kennen die Reichsregierung, der Reichswirtschaftsminister und der Reichswirtschaftsrat das Startstromlabellkartell der Vereinigung deutscher Startstromlabelfabrikanten? Wenn nicht, wann ist es hohe Zeit, sich dieses raffinierte und ausbeuterische Kartell gründlich anzusehen, das so tut, als ob es kein Kartell wäre.

Die deutschen Startstromlabelfabrikanten machen die Sache folgendermaßen: Jede der verhältnismäßig wenigen und sehr großen Startstromlabelfabriken hat ein nach der Erfahrung festgelegtes Produktionskontingent. Wird ein Auftrag erteilt oder eine Offerte gemacht, so hat jede Fabrik das dem Verband (Kartell) sofort zu melden (Kartellinstruktion). Nach diesem Alarm beginnt die Kartellmaschine zu laufen: es wird festgestellt, welches der Mitglieder zur weiteren Ausführung eines Kontingents jetzt dran ist. Diese Firma muß den Auftrag erhalten. Jetzt teilen sich die Firmen in schützende Firmen, die den Kartellpreis durch höher lautende Offerten (Instruktionspreise des Kartells) zu schützen haben (Schutzpreis) und die geschützte Firma, die zum Kartellpreis (geschützter Preis) anbietet und, weil ihr Preis ja der niedrigste sein muß, den Auftrag auch erhält. War vorher von einer Firma, die nicht an der Reihe war, etwa zum Kartellpreis ein Angebot gemacht worden, so muß sie auf „Kartellinstruktion“ hin nachträglich einen höheren Preis fordern, um den Auftrag wieder anzufragen zu können. Bei jedem neuen Auftrag erneuert sich das Spiel.

Kein Zweifel, daß hier ein sehr straffes Kartell vorliegt, dessen Wirksamkeit umso bedenklicher ist, als es von außen nicht als Kartell erkennbar ist, da zum Schein verschiedene Offerten abgegeben werden.

Um auch zu verhindern, daß die Kartellbindungen mißachtet werden, wenn es sich nicht um reine Kabelaufträge handelt, sondern um gemischte Aufträge, wird seit etwa 14 Tagen bei der Anmeldung der Aufträge bzw. Offerten beim Verband folgende eidesstattliche Erklärung (!) verlangt, die besonders auch für die gemischten Aufträge jede Umgebung der Kartellvorschriften umständlich machen will. Die eidesstattliche Erklärung lautet:

„Wir versichern hiermit an Eidesstatt, daß wir gelegentlich des Auftrages auf... der Firma... vor, bei oder nach Abschluß oder in Zusammenhang mit ihm unmittelbar oder mittelbar keinerlei Vergünstigungen gewährt, zugesagt oder in Aussicht gestellt haben, welche den von der Vereinigung Deutscher Startstromlabelfabrikanten (VDSt) festgelegten Preisen, Bedingungen und Vorschriften nicht entsprechen. Auf die mit den Verbandswaren angebotenen verbandsfreien Waren oder Leistungen haben wir keinerlei Vergünstigungen im Preise oder in den sonstigen Geschäftsbedingungen gewährt, zugesagt oder in Aussicht gestellt, die praktisch eine Unterbietung der Vorschriften der Geschäftsführung der VDSt bedeuten.“

Folgt Datum und Unterschrift.

Durch diese eidesstattliche Erklärung sind die letzten Lücken verschlossen, durch die noch eine Preislenkung möglich wäre. Diese eidesstattliche Erklärung ist die eindeutige Antwort, die die im Startstromlabellkartell vereinigte Elektroindustrie dem Ruf nach Preislenkung bei den Kartellen gegeben hat.

Wie bei den Startstromlabellen liegt es nun aber bei fast allen Start- und Schwachstromaufträgen, die in Deutschland überhaupt, besonders aber von der öffentlichen Hand vergeben werden: überall Kontingente und für alles von den Elektro-Gesellschaften gebildete geheime Kartelle und Preisinstruktionen.

Die Reichsregierung hat sich politisch (durch ihre Kartellverordnung) und wirtschaftlich (durch ihr besonderes Arbeitsbeschaffungsprogramm) zur Bekämpfung der Kartelle stark gemacht, wo die Kartelle einem neuen Wirtschaftsaufschwung im Wege stehen. Haben der Reichswirtschaftsrat und die Reichsregierung — wenn es ihnen Ernst ist mit ihren Aktionen — schon bedacht, daß unterirdische, eine freie Konkurrenz bewußt vortäuschende Kartelle wirtschaftlich oder politisch gefährlicher sind als alle Kartelle mit zutrageliegenden Kartellaufgaben? Dazu sollte das Beispiel des Startstromlabellkartells ein sehr erster Anlaß sein.

Warenaustausch Italien-Rußland

Auch gemeinsame Fabrikation von Rüstungsmaterial?

Das Wirtschaftsabkommen, das vor kurzem zwischen Italien und Sowjetrußland abgeschlossen wurde, hat anscheinend im Gegensatz zu manchen anderen von den russischen Handelsvertretern groß angekündigten Aktion mehr als papierne Bedeutung. Um die italienische Regierung mit der Banca di Roma zur Übernahme einer 75prozentigen Zahlungsgarantie für Rußlandlieferungen zu bewegen, mußten die Sowjets sich zu großen Bestellungen von Fertigwaren in Italien bereit erklären. Man spricht von Lieferungen im Gesamtwert von rund 165 Millionen Mark, die bereits abgeschlossen sind und auf zwei Jahre verteilt werden sollen.

Die Aufträge erstrecken sich zum größten Teil auf landwirtschaftliche Maschinen, Baumtollwaren, Flugmotoren und Automobile. Die italienische Automobilfabrik Isotta Fraschini, die erst kürzlich eine Verbindung mit Ford einging, soll eine Bestellung über 200 Flugzeugmotoren von je 500 PS erhalten haben. Die Zusammenarbeit der Sowjets mit den faschistischen Machtgebern soll sich bezeichnenderweise auch auf die gemeinsame Fabrikation von Rüstungsmaterial in Fabrikanlagen bei Genua erstrecken.

Der russisch-italienische Handel hatte bis jetzt keinen großen Umfang: Italien exportierte im Jahre 1929 für etwa 15 Millionen Mark und bekam Waren im fünffachen Werte aus Rußland herein, hauptsächlich Rohstoffe und besonders Benzin. Die Steigerung des Weizenpreises, die während der letzten Tage in Amerika infolge der Hitze eintrat, wurde von der Sowjet-Union zum Verkauf von 50 000 Tonnen Weizen in Italien benutzt.

Die Verhandlungen zwischen Italien und der Sowjet-Union wurden seit etwa zwei Jahren geführt; ihr Abschluß fällt in eine Zeit, in der einer der Hauptabnehmer Rußlands für Rohstoffe, die Vereinigten Staaten von Nordamerika, Schwierigkeiten macht. Mit der wieder genehmigten Abnahme des russischen „Strahlungsholzes“ ist der russisch-amerikanische Handelskonflikt nämlich noch nicht beendet. Einfuhrschwierigkeiten in den USA ergeben sich gegenwärtig für russische Manganeze; die Debatte darüber wird auf russischer wie auf amerikanischer Seite fortgesetzt.

Krankenkassen-Tagung

Am Sonntag tritt in Dresden im Städtischen Ausstellungssaal der 34. Deutsche Krankenkassentagung zusammen. Er wurde dieses Jahr nach Dresden einberufen, um den Kassenvorstellern Gelegenheit zu geben, die Internationale Hygieneausstellung zu besichtigen, da Sozialhygiene und Krankenversicherung aufs engste miteinander verbunden sind.

Der Krankenkassentag hat wichtige und bedeutsame Fragen zu erörtern und zu lösen. Im Mittelpunkt seiner Verhandlungen wird die Reform der Krankenversicherung stehen, wie sie durch die Rotterdamer Konferenz des Rabinetts Brüning festgelegt worden ist. Neben Lehmanns Geschäftsbericht sieht die Tagesordnung einen Bericht über die Arbeitsgemeinschaften für die Durchführung der Sozialhygiene durch die Sozialversicherung vor. Der Geschäftsführer Bohlmann erstattet Bericht. Die neueren Reimethoden werden in einer ganzen Reihe von Vorträgen (Lehrer Mediziner zur Darstellung kommen. Professor Dr. Pfeiffer-Dresden wird über „Sozialhygiene und Krankenversicherung“ sprechen. Schließlich muß der Krankenkassentag auch noch zu einem neuen Entwurf für Satzungsänderungen Stellung nehmen.

Zentrum und Eisenbahner

Christliche Täuschungsmanöver.

SPD. Es gibt Leute, die in ihren Schwindel so verliebt sind, daß sie ihn selbst glauben und deshalb entrüstet auffahren, wenn sie auf Kritik stoßen. So geht es den Herrschaften, die sich im „Deutschen“, dem Organ der christlichen Gewerkschaften, ausgerechnet Eisenbahnerfragen herausgesucht haben, um der Sozialdemokratie am Zeug zu fädeln. Veranlassung dazu gab ihnen der Appell des Einheitsverbandes der Eisenbahner an das Eisenbahnpersonal, mit aller Energie für den Sieg der Sozialdemokratie bei den Reichstagswahlen zu kämpfen.

Was hat die Sozialdemokratie für die Eisenbahner getan? Nach der Auffassung des „Deutschen“ — weniger als nichts. Und der Beweis für seine Auffassung? Er besteht in folgendem Zitat: „Severing habe als Reichsinnenminister das Kabinett Müller als Vertreter Deutschlands im Pariser Sachverständigenausschuß, der im Frühjahr 1929 den Young-Plan ausarbeitete und die Grundlagen für das neue Reichsbahngesetz schuf, nur Männer des Großkapitals, der Industrie und des Handels entsandt. Zu einer Berufung von Arbeitnehmern sei es nicht gekommen, obwohl die Sozialdemokratische Partei das Kabinett „beherrscht“ habe. Selbst der Einheitsverband habe bedauert, daß die deutschen Sachverständigen es nicht für notwendig gehalten hätten, sich bei den Vertretungen der deutschen Eisenbahner über die mit der Reichsbahnfrage zusammenhängenden Probleme irgendwie zu erkundigen. Zu den Pariser Herbstverhandlungen des Jahres 1929 seien den deutschen Unterhändlern vier Vertreter der Gewerkschaften als Personal-Sachverständige zur Seite gestellt worden. Durch die Erfahrungen des Frühjahr 1929 gewisigt, habe man die Ernennung dieser Kommission in die Hand des Reichsverkehrsministers Stegerwald gelegt; im Gegensatz zu Severing habe Stegerwald die vier Gewerkschaftsvertreter hinzugezogen, was den bekannten Verger der Großindustrie zur Folge gehabt habe.“

Was hier der „Deutsche“ zusammenbüchelt, geht auf keine Kuhhaut. Fast jeder Satz ist gelogen. Wie steht es mit den Tatsachen? Zur Sachverständigen-Konferenz im Frühjahr 1929, die den Young-Plan ausarbeitete, sind keine Arbeitervertreter, vor allem keine Eisenbahnervertreter herangezogen worden. Aber warum? Die Entscheidung hierüber lag nicht in der Hand eines einzelnen Ressortministers, sondern — wie schon einem politischen ABC-Schützen geläufig sein könnte — in der Hand des Gesamtkabinetts. In diesem Gesamtkabinetts Müller standen vier Sozialdemokraten acht bürgerlichen Ministern, darunter drei Zentrumsleute, und darunter der christliche Gewerkschaftsführer Stegerwald, gegenüber, und diese waren restlos gegen die Heranziehung von Arbeitnehmern zur Sachverständigen-Konferenz. Und wie steht es mit der Heranziehung von Eisenbahnervertretern zur Pariser Herbstkonferenz? Die Eisenbahnergewerkschaften forderten nachdrücklich die Beteiligung an den Pariser Herbstverhandlungen. Was tat aber der Reichsverkehrsminister Stegerwald? Er rief den Gewerkschaften ab und meinte, es sei besser, die Vertretung durch das Reichsverkehrsministerium erledigen zu lassen. Erst als der Einheitsverband der Eisenbahner nicht nachgab und der Reichsarbeitsminister Wiffell sich energisch für die Hinzuziehung von Vertretern der Eisenbahnergewerkschaften zu den Pariser Herbstverhandlungen einsetzte, sind zwei Vertreter — nicht vier — von der Regierung ernannt worden. Die Vertretung der Eisenbahner in Paris kann also nur jemand auf das Konto des damaligen Reichsverkehrsministers Stegerwald setzen, der von den wirklichen Vorgängen keine Ahnung hat. Diese Vertretung war ein Erfolg der Gewerkschaften selbst und des Reichsarbeitsministers Wiffell. Was Stegerwald durchsetzte, war lediglich die Hinzuziehung von zwei Ersatzvertretern. Er setzte sich dafür ein, weil unter den beiden Hauptvertretern sich keine Christen befanden.

In Paris war seinerzeit den Eisenbahnervertretern — wenn auch nicht direkt — das Versprechen gegeben worden, daß nach dem Ausscheiden der Ausländer aus dem Verwaltungsrat in ihn zwei weitere Personalvertreter hineinkommen würden. Die freien und christlichen Eisenbahnergewerkschaften waren sich im wesentlichen darin einig, daß der Arbeitervertreter ein freier und der Beamtenvertreter ein christlicher Eisenbahner sein sollte. Was geschah nun aber in Berlin. Der Reichsverkehrsminister Stegerwald machte abermals Schwierigkeiten. Er wollte nichts von zwei weiteren Vertretern wissen. Er ließ durchblicken, daß die Deutsche Volkspartei und die Demokraten dafür nicht zu haben seien. Es dürfte also nur noch ein weiterer Personalvertreter in Frage kommen. Als solchen hatten die christlichen Eisenbahner den zweiten Vorsitzenden des Hauptbeamtenrats auszuwählen. Da kam plötzlich der Kabinettswechsel. An Stelle des Sozialdemokraten Müller kam der Zentrumsmann Brüning und siehe da: die christlichen Eisenbahner hatten bei Brüning kein Glück. Nicht ihr Mann kam als Personalvertreter in den Verwaltungsrat, sondern ein anderer — einer, der von allen Gewerkschaften einmütig abgelehnt worden war. Herr Brüning himmelte sich einen Pfifferling um die Haltung der Gewerkschaften, auch nicht um den Willen der christlichen Eisenbahner. Ueber den Kopf der Eisenbahnergewerkschaften hinweg wurde sein Schützling, Herr Kaiser aus Münster, nicht einmal ein richtiger Eisenbahner, zum Personalvertreter im Verwaltungsrat gemacht. Und warum das alles? Herr Kaiser, der das Kennen nicht Mitglied der Zentrumspartei und hat eine evangelische Frau. Ja, ja, geheimnisvoll und dunkel sind oft die Wege der hohen Politik. Der Außenstehende zerbricht sich den Kopf, was für Motive wohl bei der einen oder anderen Entscheidung maßgebend gewesen sein mögen. Die Wissenden lächeln.

Das Kabinett Brüning hat sich in der Frage der Personalvertretung im Verwaltungsrat der Reichsbahn ein Stücklein geleistet, das bei den Eisenbahnern nicht so leicht in Vergessenheit geraten wird. Seine Lobredner hat der Teufel geritten, als sie sich ausgerechnet die Fragen und Sorgen der Eisenbahner ausgesucht haben, um auf die Sozialdemokratie losbrechen zu können.

Englische Eisenindustrie lenkt die Preise.

Der Cleveland-Rohisen-Verband beschloß Herabsetzung der Preise um 4 Schilling für die Tonne.

Endgültige Stillegung des Kaliwerkes Vienenburg.

Vienenburg, 14. August. Die Generaldirektion der Preussag hat der Kaliprüfungsstelle die unwiderstehliche Erklärung abgegeben, daß sie auf die Wiederherstellung der durch Wassereintrich zerstörten Kaligrube Vienenburg II verzichtet.

Karstadt-Umlag steigt.

Die Umläge der Karstadt-Detailgeschäfte stiegen im 2. Vierteljahr 1930 auf rund 101 Mill. Mark. Im 1. Vierteljahr betrugen sie rund 92 Mill. Mark. Die Steigerung dürfte hauptsächlich auf das Hinzukommen neuer Geschäfte zurückzuführen sein.

Die Mitteldeutschen Metallarbeiter lehnen den Arbeitszeitschiedspruch ab.

Der vor kurzem im Reichsarbeitsministerium für die mitteldeutsche Metallindustrie gefällte Arbeitszeitschiedspruch, der 50 Stunden vorsieht, wurde von einer Konferenz der Metallarbeiter für den Bezirk Halle, Magdeburg und Anhalt abgelehnt.

Die Konferenz beschloß einmütig einen Aufruf, worin die mitteldeutschen Metallarbeiter und ihre Angehörigen aufgefordert werden, bei der Reichstagswahl alles für den Sieg der Sozialdemokratischen Partei anzubieten.

Neuer Schlichter für den Lohnkonflikt im Holzgewerbe

Als Schlichter für den Lohnkonflikt im Holzgewerbe ist vom Reichsarbeitsministerium den Parteien Oberregierungsrat Friedländer, der Schlichter für Pommeren, vorgeschlagen worden. Es ist damit zu rechnen, daß die Parteien dem Vorschlag des Ministeriums zustimmen. Der Schlichter hofft, daß die Verhandlungen des Lohnamts bereits zu Anfang der kommenden Woche beginnen können.

Auslands-Zwischenkredit für Wohnungsbau

Die WTB-Handelsbank meldet, hat ein amerikanisches Bankenkonzern (Führung A. G. Veder, New York-Chicago) der Deutschen Bank und Bodenbank einen einjährigen Kredit von 325 Millionen Mark zur Verfügung gestellt, die zur Ausführung des zukünftigen Bauprogramms der Reichsregierung dienen sollen.

Münster führt die erhöhte Bier- und Getränkesteuer ein!

Die Stadtverordnetenversammlung in Münster beschloß mit 17 gegen 9 Stimmen die Erhöhung der Biersteuer auf 5 Mk. und die Einführung einer zehnprozentigen Getränkesteuer.

Die Sozialdemokraten wandten sich gegen die Vorlage unter Hinweis, daß diese Steuern unter Mißbrauch des § 48 der Reichsverfassung von der Reichsregierung verfügt wurden. Die Wirtschaftsparteiler waren dagegen (obwohl sie im Reich zugestimmt haben), weil nach ihrer Auffassung zuerst die „Regesteuer“ eingeführt werden soll.

Der Zentrumsredner ließ keinen Zweifel, daß seine Fraktion auch für die Einführung der „Regesteuer“ stimmen wird.

Reichsblatt

Was Frauen in anderen Ländern arbeiten Sowjetrussland — Holland — Schweiz — Belgien — Amerika

Auf dem Traktor in Sowjetrussland

Ueber die Verteilung der weiblichen Arbeitskraft in Rußland gibt ein Bericht der Beratungen der staatlichen Plankommission interessanten Aufschluß. Abgesehen von der Landwirtschaft ist das Arbeitsgebiet der Frau auf eine geringe Zahl von Gewerbezweigen beschränkt. Der höchste Prozentsatz berufstätiger Frauen findet sich bei den Angestellten von Behörden, in der Industrie ist der Anteil der Frauen 28 Proz. stark, im Handel 19 Proz., im Verkehr 8 Proz., aber dieser als „unzureichend“ betrachtete Anteil der Frauennarbeit soll gegen Ende des Fünfjahresplans eine bedeutende Steigerung erfahren. Denn vor allem soll der unzulänglichen Vorbereitung der Frauen durch eine beschleunigte Ausbildung gesteuert werden. So hofft man bis 1932 anderthalb Millionen Frauen zu Lehrern von Traktoren auszubilden. Das Schlußbild des Eisensteinsfilms „Die Generalin“ mit der lachenden lederbekleideten Bäuerin auf dem Traktor verfinstlicht diese Zukunftspläne. Dem verheißungsvollen Ausblick des Berichts: „Das Arbeitskommissariat und die staatliche Plankommission haben neuerdings den Versuch gemacht, das Problem der Frauennarbeit in der Sowjetunion einer endgültigen Lösung entgegenzuführen“, wird man im Interesse aller arbeitenden Frauen der Welt gespannt entgegensehen.

Die Frauennarbeit in Holland

Auch im bäuerlich-wohlhabenden Holland wächst die Zahl der erwerbstätigen Frauen. Wenn auch noch nicht wie in Deutschland jede dritte Frau, so ist doch bereits mehr als jede fünfte holländische Frau erwerbstätig, und zwar steckt charakteristisch ihre Hauptanteil — ein Drittel — als Hilfskraft im Haushalt, ein Viertel von ihnen arbeitet in der Industrie, ein Sechstel in der Landwirtschaft, ein Zehntel im Handel und je ein Zwanzigstel in Verwaltung und Unterricht. Aus diesem geringen Anteil der Frau in der Wirtschaft eines noch etwas patriarchalisch oder vielmehr matriarchalisch regierten Land erklären sich auch die zum Teil erschreckend niedrigen Frauennlöhne. So verdient z. B. eine Verkäuferin in Amsterdam im Durchschnitt 746 Gulden im Jahr (also etwa rund 110 M. im Monat) — und Holland ist teuer! — Ein Gegenstück zu dieser noch langsamen Entwicklung der Frauennarbeit ist die in Amsterdam erfolgte Gründung der ersten weiblichen Bank, die vom Lehrling bis zum Leiter nur Frauen beschäftigt. Diese holländische Frauenbank, ein selbständiger Zweig der Rotterdamschen Bankvereinigung, zählt auch in der Hauptsache Frauen mit eigenem Vermögen zu ihren Kundinnen — eine Erscheinung, die im reichen und jahrhundertlang vor Krieg bewahrten Holland nicht selten zu sein scheint.

Die Schweizer Heimarbeit geht zurück

Die Rolle der Heimarbeit ist in der wirtschaftlichen Entwicklung der letzten Jahrzehnte stark zurückgegangen, damit hat sich auch vor allem die Zahl der Heimarbeiterinnen vermindert, denn in der Heimarbeit dominiert die Frauennarbeit ganz überwiegend. Hier wie auch in der abnehmenden Zahl der weiblichen Hausangestellten zeigt sich deutlich eine Umschichtung innerhalb der Frauennarbeit, die nicht genügend berücksichtigt wird. Denn die starke Ausdehnung der Frauennarbeit in andern gewerblichen Berufen erklärt sich nicht nur aus der anwachsenden Schaar erwerbstätiger Frauen überhaupt, sondern auch aus der Abwanderung arbeitender Frauen von Heimarbeit und häuslichen Diensten. (Auch die Altersverschiebung spielt hier eine Rolle, es gibt heute im Verhältnis wesentlich mehr Frauen in erwerbsfähigem Alter als vor dem Kriege.) Interessantes neues Material zum Rückgang der Heimarbeit in der Schweiz — bisher ein typisches „Heimarbeitersland“ — bringt die Monatschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes (März 1930). Danach ist in der Schweiz die Zahl der Heimarbeiter von 52 000 im Jahre 1901 auf 34 000 im Jahre 1929 zurückgegangen, während sich gleichzeitig die Fabrikarbeiterzahl im selben Zeitraum um 70 Proz. vermehrt hat. Auf 100 Fabrikarbeiter kamen im Jahre 1921 22 Heimarbeiter, 1929 dagegen nur noch 8. Leider teilt diese Statistik nicht nach Männern und Frauen, aber man erkennt aus den Zahlen der Bekleidungsindustrie — noch das Hauptreservoir der Heimarbeit —, daß z. B. bei der Fabrikation von Leibwäse auf 100 Fabrikarbeiter heute nur noch 44 Heimarbeiter kommen (1901: 78), bei Stiderei nur noch 18, während 1901 hier auf 100 Fabrikarbeiter sogar 125 Heimarbeiter entfielen, daß heißt also, daß damals bedeutend mehr in Heimarbeit als in der Fabrik gestiftet wurde, während man heute diese Arbeit zu vier Fünfteln in die Fabrik übernommen hat. Gerade diese Zahlen wird man wohl in der Hauptsache auf das Konto weiblicher Arbeit legen müssen.

Frauenkommission in Belgien

Auf Grund der wachsenden Beteiligung der Arbeiterinnen an der Gewerkschaftsbewegung in Belgien — eine nicht in allen Ländern zu beobachtende Tatsache! — hat die belgische Gewerkschaftskommission jetzt einen besonderen Frauenausschuß eingesetzt, dessen Aufgaben denjenigen des Frauenausschusses des Internationalen Gewerkschaftsbundes entsprechen. Er wird sich nicht nur mit der Werbetätigkeit beschäftigen, sondern auch an allen Fragen der Sozialpolitik mitarbeiten.

Im Internationalen Gewerkschaftsbund

Wieviel Frauen sind in einem Land erwerbstätig — und wieviel von ihnen sind gewerkschaftlich organisiert? Wenn man vergleicht, daß im Durchschnitt gerechnet in den industriell entwickelten Ländern ein Drittel bis ein Viertel aller Arbeitnehmer Frauen sind, dann zeigt sich ein starkes Mißverhältnis zu dem Anteil der im Internationalen Gewerkschaftsbund freigewerkschaftlich organisierten Frauen, der nur ein Achtel der Gesamtmitgliedschaft beträgt, ein Beweis, wieviel gewerkschaftlicher Aufklärungsarbeit gerade noch die Frauen bedürfen. Ueber dieses Verhältnis in den einzelnen Landeszentralen gibt eine Statistik des Internationalen Gewerkschaftsbundes in seiner Zeitschrift (Heft 4, 1930) Aufschluß:

Landes- zentralen		Prozentzahl der Frauen	Landes- zentralen		Prozentzahl der Frauen
	31. 12. 27	31. 12. 28		31. 12. 27	31. 12. 28
Belgien . . .	13,0	12,9	Niederlande . .	6,0	6,4
Bulgarien . .	6,9	—	Oesterreich . . .	22,6	21,9
Dänemark . .	25,5	25,3	Palästina . . .	27,6	18,9
Deutschland (ADGB) . . .	16,0	15,8	Polen . . .	10,9	10,5
(FV) . . .	21,0	22,2	Rumänien . . .	12,8	—
Großbritannien	10,4	12,7	Schweden . . .	9,3	9,7
Jugoslawien .	7,6	8,3	Schweiz . . .	10,8	10,6
Lettland . . .	23,1	24,2	Tschechoslowakei	21,0	21,5
Memelland . .	27,0	26,4	Ungarn . . .	14,7	16,0
			Insgesamt	14,3	15,1

Für deutsche Verhältnisse interessiert besonders, daß die Zahl der Arbeiterinnen im ADGB gegen das vorige Jahr gesunken ist, die der Angestellten im FV-Bund dagegen gestiegen ist. Auch hier zeigt sich der starke Zustrom zu den weiblichen Angestelltenberufen, während sich bei den Arbeiterinnen die Folgen der Rationalisierung und der Arbeitslosigkeit deutlich bemerkbar machen.

Die Lehrerin in Amerika

Auch in den Vereinigten Staaten von Amerika ist die Frauennarbeit langsam im Wachsen, obwohl die Situation für die Frauennarbeit hier völlig anders liegt als etwa in Deutschland. Nur 16 Proz. der Frauen der Union sind überhaupt erwerbstätig (in Deutschland 35 Proz.), aber auch die Schichtung innerhalb der Frauennarbeit liegt gänzlich anders. Z. B. fehlt die Hausangestellte fast völlig, dagegen ist der Anteil der Frauen

in den „gehobeneren“ Berufen, in den akademischen Berufen und leitenden Positionen stärker. Von 752 000 Schullehrern in den Vereinigten Staaten sind nach einer amerikanischen Statistik nur 117 000 Männer, aber 635 000 Frauen, auch von 33 000 Direktoren und Professoren von Hochschulen und Mittelschulen waren 10 000 Frauen. Die weitgehend durchgeführte Rationalisierung des Haushalts macht die Hausfrauentätigkeit immer mehr illusorisch, so daß die amerikanische Frau, wenn auch nicht nur aus Not, so doch stark aus Neigung in die Erwerbsarbeit kommt — gegen die ein gefühlsmäßiger männlicher Widerstand kaum vorhanden ist. Ob sich die scharfe Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt künftig auch gegen die Frau richten wird und damit die Verhältnisse der amerikanischen Frau der Kampfstellung der europäischen Frau annähern wird, bleibt abzuwarten.

Tippen —

amerikanische Rekordgymnastik!

Das Arbeitswissenschaftliche Institut in New York hat an 1000 Stenotypistinnen eine Untersuchung des Anschlagtempos vorgenommen, nach der die amerikanische Stenotypistin im Durchschnitt täglich 48 780 Anschläge auf der Schreibmaschine macht. Das heißt also, den Tag zu 8 Arbeitsstunden gerechnet, über 6000 in der Stunde oder über 100 in der Minute! Wie das Institut mitteilt, könne diese Leistung jedoch „ohne Beeinträchtigung der Gesundheit vorgenommen werden, denn die Höchstgrenze liegt bei 50 000 Anschlägen“. — Es ist nicht ersichtlich, in welchem Auftrag und zu welchem Zweck diese arbeitswissenschaftliche Untersuchung angestellt worden ist. Solche Grundlagen für etwa einzuführende Rationalisierungsmethoden seien aber dem kritischen Interesse des Internationalen Arbeitsamts empfohlen!

Aus alter und neuer Zeit

Japanische Mädchenerziehung Leistungen der Frauen

Soweit in Japan noch die Tradition der patriarchalischen, hochfunktionalen Epoche herrscht, soweit noch nicht europäische Bildung und Zivilisation eingedrungen ist, herrscht noch das altjapanische Weiblichkeitsideal der lächelnden Demut, der blumenhafte Zartheit. Erst seit etwa zehn Jahren gibt es so etwas wie eine moderne japanische Frauenbewegung: heutzutage, nachdem Japan seine Häfen dem Ausland geöffnet hatte, regte sich zum ersten Male der Selbstständigkeitsdrang in den japanischen Frauen und der Wille, es den europäischen, und besonders den amerikanischen Schwestern nachzutun. Von der Emanzipation sind aber bisher nur eine kleine intellektuelle Oberschicht und in gewissem Sinne die für die gewerkschaftliche Organisation gewonnenen Fabrikarbeiterinnen ergriffen worden, die große Masse der japanischen Frauen lebt nach wie vor in den hergebrachten Formen. Diese sind geprägt von der Religion, dem Shintoismus, der seit 2500 Jahren das ganze Volk zur Ahnenverehrung, Furcht vor den Göttern und Höflichkeitsdisziplin gegenüber dem Mitmenschen erzog. Auch die Liebe des japanischen Volkes zu Zeremoniell und Stilisierung des Lebens findet in der Religion ihren Ausdruck. In das Gebiet des Frauenlebens greifen die Vorschriften über Verhalten bei Schwangerschaft und Wochenbett und in der Stillzeit ein.

Einen Überblick über die japanische Mädchenerziehung, die seit einemhalb Jahrtausenden ziemlich gleichbleibenden Zielen zugestrebt hat, gibt Professor Hashimoto (Tokio) in seiner „Geschichte der japanischen Erziehung“. Der reine Shintoismus kannte noch die Gleichachtung von Mann und Frau; das Eindringen des Buddhismus von China aus, etwa um das Jahr 550, führte ihm Elemente der Mißachtung des weiblichen Geschlechtes bei. In der Blütezeit des japanischen Kaiserturns, von 500 bis 1136, wurden Staatschulen gegründet, in der Wissenschaft, Religion und kriegerischer Sinn für die Söhne der Oberschichten, des Adels, gepflegt wurden. Frauen waren nicht zugelassen. Trotzdem hatte sich aus der Zeit der alten Stammesreligion noch die Anerkennung für weibliche Kulturleistung erhalten; eine dünne Oberschicht von Frauen blieb Kulturträgerin. Zwei hervorragende Dichterinnen, Murasaki Shikibu und Sei Shōnagon, brachten diese Periode

hervor, deren Romane und Gedichte bis auf den heutigen Tag ihren Platz in der japanischen Dichtung behauptet haben. War den Frauen auch der Zutritt zu den Schulen verweigert (was nur der Adel durch Privatunterricht für die Mädchen im Hause ausgleichen konnte), so war ihnen der Zutritt zu den buddhistischen Klöstern nicht verweigert. Mönche, Weltflucht und Frauenverachtung gehen im Männerrechtsstaate stets zusammen. Viele Frauen der oberen Stände und selbst eine zur Herrschaft bestimmte jugendliche Kaiserin nahmen den Schleier, angezogen von der Verdüsterung und dem Geiste der Verneinung des im Grunde heiteren und weltweisen japanischen Wesens.

Auf die Glanzzeit des Kaiserturns folgte von 1136 bis 1332 die Zeit der Sippenherrschaft. Nach wie vor erblieten nur die Töchter des Adels eine private Ausbildung. Für die Töchter des Adels gab es eine ästhetische Erziehung, für die Töchter des niederen Ritterturns dagegen nur eine sehr strenge moralische. Diese bestand aus der Erziehung zur Demut, Bescheidenheit und Selbstverleugnung, zu einem gleichmäßig sanften und ruhigen Benehmen und einem stets heiteren Wesen, also zur japanischen Höflichkeit in ihrem äußersten Extrem. Die Anschauungen über die Rolle des Weibes, die im ganzen Volke herrschten, wurden in ein System gebracht und bewußt verwirklicht. Als Frauen der Kriegerfamilie wurden die Töchter der Sumarai außerdem noch zu Unerblichkeit und Willensstärke erzogen, da ihre Männer im Dienste des Kaisers nur verhältnismäßig selten eine lange Lebensdauer erreichten. Bezeichnend sind die Spiele der Frauen aus jener Zeit: das Spiel mit 360 Nadeln, das Erraten von Wohlgerüchen, das Aufschreiben von Gedichten auf Fächer und Blumenblätter, das Improvisieren japanischer und chinesischer Gedichte im Wettstreit, wahrlich Beschäftigungen, die an verpöhlter Grazie und hoher Kulturlosigkeit nichts zu wünschen übrig lassen.

Auf die Sippenherrschaft folgte eine neue Zeit kaiserlicher Macht, von 1333 bis 1573. Zwar waren alle Schulen bis auf eine geschlossen, aber die Zeremonien der Teezubereitung und der formalisierten Blumenanordnung — beides sogenannte „Arbeitsgebiete“ der Frau — wurden in dieser Periode erfinden. Diese Zeremonien erforderten jahrelange Lehraufgaben. In beiden gab es zwei verschiedene Richtungen: in der Teezeremonie die Richtung des Ausschürens der Teelätter und die des Pulverisierens, in der Blumenanordnung eine mehr realistische und eine mehr idealistische. Mit dieser Tradition hält noch heute das japanische Volk an einem zwei- bis dreijährigen Lehraufgabe für die Mädchen in diesen nicht nur Brot-, sondern auch geistlosen Künsten fest.

In die Zeit der Regentenherrschaft von 1602 bis 1867 fällt infolge der Erfindung der Buchdruckerkunst eine neue Blüte der japanischen Künste, Wissenschaften und Erziehung. Noch lange gab es jedoch nur einen Privatunterricht für Adelskinder. Alle drei Typen der öffentlichen Schulen, die Requirung, die Ritterschule und die Privatschule, waren den Mädchen verschlossen. Der Unterricht, der im Lesen und Diskutieren bestand, wurde von schlechtbezahlten Lehrern ganz unregelmäßig erteilt. Späterhin kam als vierter Typus die Volksschule für die Bürgerkinder hinzu, die auch von Mädchen besucht werden durfte. Unterrichtsstoffe waren Lesen, Schreiben, Komposition, Sittenlehre und Zeremonien. Das Studium der Literatur war den Mädchen noch nicht erlaubt, da es angeblich ihrer moralischen Ausbildung zu viel Zeit fortnehme. Trotzdem lehnten sich die „drei gelehrten Frauen“, Amihiko, Junoko und Shiwaeru, allen Schwierigkeiten zum Trotz durch, und zwei berühmte Dichterinnen, Chino von Kaga und Uraakara, verewigten sich in der Literatur ihres Volkes. Auch körperliche Erleichterung der Frau mit militärischem Anstrich — wie Übungen mit der Hellebarde und Keiten — waren erlaubt. Erst das Jahr 1872 brachte das Gesetz der allgemeinen Schulpflicht für beide Geschlechter vom 6. bis zum 12. Lebensjahr nach europäischem Muster. Nicht vergessen werden sollen die Leistungen zweier Kaiserinnen, Takimura und Komono, die sich als Gründerinnen von Schulen und gemeinnützigen Anstalten große Verdienste um ihr Volk erworben. Sie gaben dem japanischen Volke den Beweis, daß auch die Frauen zu hohen Leistungen fähig sind, wenn man sie an die geeignete Stelle setzt, um ihre Fähigkeiten in großzügigem Maße zu betätigen.

Lilien im Wirtschaftsleben

Die Lilienengewächse, die in unseren Gärten blühen, Äpfel, Tulpen, Hyazinthen usw., haben, wenn man von der holländischen Tulpenzucht absehen, keine große wirtschaftliche Bedeutung. Mehr gilt das für ihre bescheidenen Verwandten, die als Küchenträuter unentbehrlich geworden sind, wie Lauch und Zwiebel, Porree und Schnittlauch. Auch ein anderes Liliengewächs spielt, namentlich in bestimmten Gegenden Deutschlands, im Handel eine große Rolle: der Spargel. Zu medizinischen Zwecken finden aus der engsten Verwandtschaft der Lilie verschiedene Pflanzen Verwendung, so das Maiglöckchen, dessen Alkaloide auf das Herz wirken, die Herzkreisläufe, deren Gift in genügender Verdünnung natürlich ein wichtiges Mittel gegen die Gicht darstellt, und schließlich die Aloe in ihren verschiedenen Arten, die in den Steppen und Wüsten Afrikas zu Hause ist, und deren Saft ein viel gebrauchtes Abführmittel liefert.

27000 Jahre alte Schmucksachen

Als älteste Schmucksachen, mit denen sich die Menschen der älteren Steinzeit schmückten, fand man an südfranzösischen Opferstätten auch Perlen aus Bergkristall, denen Fachforscher ein Alter von nicht weniger als 27 000 Jahren zuschreiben. In der gleichen Stelle hat man auch durchbohrte Tierzähne, die als Anhänger getragen wurden, gefunden. Das Mark der größeren Knochen diente in dieser Zeit als menschliche Nahrung. Man fand zusammen mit anderen Resten eine große Zahl aufgeschlagener Tierknochen, denen augenscheinlich das Mark entnommen war. Diese Zeit der Funde wird als Magdalénien bezeichnet.

Wunderkammer und Wissen

Ein Schau-Objekt in der Berliner Brunnenstrasse

Das schwerste Mädchen der Welt

520 Pfund unter Vermischtes

Von Erich Gottgetreu

Unter „Vermischtes“ stand kürzlich in einer Berliner Morgenzeitung dieses Inserat: „520 Pfund — das schwerste Mädchen der Welt als Gast zu sehen. Restaurant Brunnenstr. 25.“

Ich war gestern abend da. Das Lokal, in dem die Schwerste als Gast zu sehen ist, fällt schon von weitem wegen der vielen Platte draussen auf; da steht in einem phantastischen Bierschrank ein Frauenlosh, gekleidet nach der Mode von Anno Lobach. In Wirklichkeit ist die Attraktion im Lokal des Herrn Widuwit noch toniger als die Platte, aber nicht so gut proportioniert. Das Mädchen muß sogar auf zwei Stühlen sitzen. „Ist einem, der drückt ihr“, sagt „Onkel Jodel“, der Kellner, dessen lebensfroher Name, in gelber Schleiße gekleidet, quer über seine blaue Schürze läuft. Der schöne Berliner Dialekt, den Onkel Jodel spricht, läßt berechnete Zweifel an seiner bawarischen Originalität zu. Heute kommt Onkel Jodel gar nicht zum Jodeln vor lauter Arbeit wegen der vielen Gäste, die eine geschickte Kellnerin von „Vermischtes“ zu „Vermischtes“ und eine kostenlose nebenherlaufende von Mund zu Mund angelockt hat. Die Kneipe ist gerammelt voll, entsprechend dunkel, entsprechend durchdrungen. Die Leute sind zufrieden, daß sie für ihr Geld hier nicht nur was zu trinken, vielmehr auch was zu sehen und zu hören kriegen: die Kapelle spielt einen Tusch, die unglückliche Frau setzt sich in Positur, hält mit der linken Hand das gefüllte Bierglas, mit dem Mund, gewissermaßen auch mit dem Körper, nicht ohne leise Selbstgefälligkeit, zum dreitausendsten Male ihre Rede:

„Meine verehrten Herrschaften! Sufel ist mein Name. In Rixdorf bei Berlin bin ich geboren. Als ich das Licht der Welt erblickte, wog ich achtzehnhundert Pfund durch den Kaiserschnitt. Von sieben Geschwistern war ich das einzige, das nicht normal war, alle anderen waren normal.“

Einer aus dem Publikum, der schon ein bißchen viel getrunken hat, unterbricht an dieser Stelle: „Nennst du dich normal bist, so brauchst du doch nicht vom Kaiserschnitt zu reden. Wir leben in der Republik! Das brauchen wir uns nicht zu gefallen zu lassen!“ Aber zu einer politischen Auseinandersetzung hat Sufel keine Lust. Sie sagt ganz ernst: „Quatsch doch nicht von Politik, wo ich hier von meiner Tragik erzähle!“

„Meine Herrschaften, Sie sehen, daß dieser etwas betrunzene Herr hier, der mich unterbrochen hat, keinen Sinn besitzt für die Tragik der menschlichen Natur. Ich bin ein Gottesgeschick, aber das hat der Herr nicht begriffen. Er macht Witze über mich, der Herr!“

„Ist nun aber schon ganz klein.“
„Wie ich sechs Monate alt war, war meine Mutter nicht mehr imstande, mir auf dem Arm zu tragen. Mit zwei Jahren und zehn Monaten hab' ich hundertzweiundvierzig Pfund gewogen. Dieses Unglück passiert in unserer Familie immer ins dritte Glied. Das ist nämlich erblich. Schon meinem Großvater sein Vater war so dick. Mit sechs Jahren hab' ich zwei Zentner gewogen, und mein Vater wogte mir zur Schule fahren.“

Hier unterbricht wieder einer aus dem Publikum: „Wie wärsen heute transportiert?“ Sufel, etwas beleidigt, daß das nicht jeder weiß: „Mit 'm Adler-Auto! Mallsbach hat doch 'n Adler-Auto zum Vermieten, wessle das nicht?“ Nein, wir wußten das alle nicht, aber wir wollen es nicht vergessen.

Nun kommen die praktischen Demonstrationen. „Den Damen ist es gestattet, sich von der Echtheit zu überzeugen.“ — Sufel erhebt sich schwerfällig, dreht dem Publikum die katastrophale Rückseite zu, die Frauen im Lokal, ganz beglückt über das Privileg, patzen die ganze Front lang und nicken sachverständig. — „Den

Herrn ist es aber nicht gestattet, denn das könnte manchem noch gefährlich werden.“

Sufel macht Sufel eine kleine Pause, denn sie erwartet, daß wir den vortrefflichen Wit mit Lachen quittieren. Wir lachen also und bekommen zur Belohnung gleich noch einen Scherz vorgelegt: „Sufel sieht sich noch nach einem Mann um, aber“ — und damit wendet sie sich speziell an mich, der ich dünn bin wie ein Fädchen — „Du kommst nicht in Frage, denn wenn ich huste, springst du die Decke.“

Schade.
Die Demonstration geht nun weiter. Das schwerste Mädchen der Welt hebt den Rock hoch und zeigt die Oberhäute. Wir Männer dürfen auch hinschauen, es ist ja so aufregend. Hundertvierzig Zentimeter betrage der Schenkelumfang direkt über den Knien. Ein Mann will tiefer, eigentlich höher gehen, ganz leise fragt er Sufel etwas, dabei dreideutlich mit den Augen zwinkernd und dreifach, frech lachend. Sufel wird rot und sagt halblaut: „Natürlich!“ und ganz laut: „Da können Sie alle den Doktor Hirsch-

Wie kommt man zu Geld?

Von Hans Bauer

Es ist ein Mann in deutschen Landen aufgestanden, der uns endlich einmal sagt, wie wir zu Geld kommen können. Er heißt Rofte und hat, um, koste es was es wolle, selbst zu Geld zu kommen, ein kleines Buch geschrieben, das sich betitelt: „500 Vorschläge zum Geldverdienen im Nebenberuf“. Wie also verdient man Geld? Eines ist klar: Die produktive, wertschöpfende Arbeit führt zu nichts. Darüber ist kein Wort zu verlieren. Man kommt zu Geld, indem man vermittelt, organisiert, organisiert, arrangiert, handelt. Von der Wiege bis zum Grab, und dies im buchstäblichsten Sinne, tun sich Verdienstmöglichkeiten auf. Rofte legt 500-mal den Finger auf sie. Kein Glück, kein Leid geschieht auf der Welt, kein Schicksalsschlag trifft auf die Menschen nieder, kein Ideal strahlt auf, ohne daß der Fingerring nicht eine Ausbeutemöglichkeit entdeckt. Rofte hat recht. Man kann an allem verdienen: an Hochzeiten, an Trauerfeiern, am Sport, am Vereinsleben, sogar in der Sommerfrische. Werde Mitglied in Organisationen, schaffe dir einen Freundeskreis, biedere dich bei deinem Hauswirt an: es läßt sich alles zu Geld machen. Liege allezeit auf der Lauer. Jeder Handbreit bedeutet ein kleines Profitium, das sich in Markt und Flecken ausbreiten läßt. Transformiere stetig die Gefühle, Bedürfnisse, Ideale, Verdienstmöglichkeiten deiner Mitmenschen in Gewinn. Desinfiziere Toiletten, spiele den Heiratsvermittler, vermiete Räume, bringe dem Schnapsgeflüster Kunden, errichte einen Geschirrvorbehälter, produziere dich als Fremdenführer, arrangiere Modenschauen, veranstalte eine Verlosung. Uebrigens, den neuesten Tip kennst du nicht einmal Herr Rofte: Gründe eine politische Partei und lasse sie im Vereinsregister eintragen. Vielleicht taucht sich später einmal eine bestehende Partei auf diesen Namen um und du kannst dann Abstand verlangen.

Das Buch dieses Herrn Rofte ist kein Zufallsbuch. Es liegt in der Luft. Der Rofte-Mensch ist ein Zeittyp. Wir wollen uns klar darüber sein, daß gut 10 Millionen Deutsche, Männer, Frauen und manchmal auch noch halbe Kinder, einen guten Teil des Tages über dem Problem grübeln: Wie kann ich mehr verdienen? Es ist jedes Menschen gutes Recht, mehr verdienen zu wollen. Aber es ist das Unrecht unserer Wirtschaftsordnung, den Monomanen der ausreichenden Gewinnspanne und der zulangenden Provisionsquote geizig zu haben, dem der Reiz, den die Dinge der Welt abwerfen, zur Zentralachse seines Erlebens geworden ist. Es gibt Sexualpathologen, die den Phallus in jeder Tischlampe erblicken. Der Rofte-

feld fragen, der ich auch in dem seine Beziehung ganz normal bin, der hat mir schon oft unterlucht und vorgeführt. Ja, was meine will, wenn ich bei der Wissenschaftler und Studenten bin! Die ham mir auch schon zweimal operiert, aber ich habe darunter seelisch und körperlich gelitten.“

Seelisch und körperlich. Jetzt ist sie ganz stolz. Jetzt ist sie ganz groß.
„Früher bin ich als dicke Bütteldame gegangen, aber jetzt bin ich bloß noch für die Gelehrten da und ehmt so für die Restaurants. Ab Ende der Woche können die Herrschaften mir in der Lokalität Dranienburger Straße Ecke Artilleriestr. sehen, und wenn ich jetzt noch um eine kleine Spende bitten darf, es ist ja mein Beruf.“

Sie darf. Jeder gibt etwas. Eine alte Frau, die in einer am ganzen Tisch aufsehenerregenden Umwandlung von Großmut gleich herzlich Biennige stiftet, empfindet hinterher plötzlich Gewissensbisse, redet sich ein, daß sie für so viel Geld doch noch nicht genug geboten bekommen hat und verlangt noch Auskunft darüber, wie oft sich Sufel nachts im Bett umdreht. Sie selbst, plappert die Frau, ohne die Antwort abzuwarten, würde sich zwanzigmal umdrehen, ihr hätte der Doktor gesagt, überhaupt wäre das merkwürdig mit dem Schlaf...
Die Frau hat ihre Frage vergessen, redet nur noch von den eigenen Sorgen.

Das Gottesgeschick hat wieder eine halbe Stunde Ruhe. Bis zum nächsten Auftreten.

Patholog hört von solchen sexuellen Anomalien und läßt sich die Adressen solcher Leute aufgeben, damit er ihnen Tischlampe in jeder Preislage, gefirnist und lackiert, besorgen kann. Die Liebe, der Tod und das Geschäft, sagt Alfred Volgar, seien die gewaltigsten Motoren des Lebens. Aber das Geschäft ist der gewaltigste unter ihnen.

Theater um eine Theatervorstellung

Vor nicht allzu langer Zeit schützte das englische Gesetz ein Bühnenwerk nur dann, wenn dessen erste Aufführung auf englischem Boden stattgefunden hatte. Um diese Bestimmung zu erfüllen, wurde in vielen Fällen eine Scheinaufführung veranstaltet, eine „stille Premiere“. Der Impresario mietete zu diesem Zweck ein Londoner Schauspielhaus für einen Nachmittag, ließ einen einzigen Abzug eines Theaterzettels herstellen und engagierte einen einzigen Schauspieler oder Sänger. Zur festgesetzten Stunde wurde die Theaterkasse geöffnet; der Impresario erschien, ging zur Kasse, beschaffte sich vielleicht auch noch die Tafel mit den Preisen der Plätze. Wenn er dann festgestellt hatte, daß es Plätze von zehn Schillingen bis herunter zu sechs Pennen gab, kaufte er einen Platz, oftmals den billigsten, dazu einen Theaterzettel für zwei Pennen und begab sich schmunzelnd in das Theater, wo er sich von dem einzigen Schauspieler einen einzigen Monolog aus dem Stück vortragen oder von dem einzigen Sänger eine einzige Arie vorführen ließ. Damit war die „Erstaufführung“ vorüber und die Forderung des Gesetzes erfüllt. Einwendungen waren unmöglich, denn das Kriterium einer öffentlichen Vorstellung — der Verkauf von Eintrittskarten und von Theaterzetteln — war nicht zu leugnen. Der Impresario war nämlich so vorsichtig gewesen, einen Notar mit zur Kasse zu nehmen, damit dieser ihm den Kauf der Eintrittskarte und des Theaterzettels gesetzlich beglaubigen konnte.

Der schlagfertige Wegener

Paul Wegener sah nach einem Gastspiel in einer sehr provinziellen Provinzstadt mit den Honoratioren zusammen. Ein etwas eingebildeter Jurist fragte ihn: „Ach! — Hm! — Sagen Sie mal, Herr Wegener, sind Sie eigentlich auch Akademiker?“ „Nein“, versetzte ihm Paul mit der gutmütigsten Miene der Welt, „aber ich habe einen kleinen Angestellten, der meine Korrespondenz erledigt — der ist Akademiker.“

Der Himmel sandte eine leuchtende Kugel herab, die fiel mit langem Schweif hinab in die Mosel. Sie wünschte sich nichts mehr, sie war von einer lähmenden Macht überwältigt. Als sie seinen Arm um sich schloß, machte sie sich von dem nicht mehr los.

Ach, daß sie doch nie, nie zur Kapelle auf den Herrenberg gegangen wäre heimlich in jener Nacht! —

Das Mädchen ließ die Fingerringe von den Fingern, die sie so geliebt hatte, daß nun alle Farben des Regenbogens in Punkten vor ihnen sprühten. Sie biß auf den Federhalter — ach, Jesus, sie wußte nicht weiter. Sollte sie noch ein Wort zusehen, das freundlich war? Sie fand ihren Brief an den Kaspar unbankbar, abscheulich. Er war immer so gut gewesen — ach, aber ach, durfte sie denn noch anders schreiben? Nein, er durfte nicht hoffen, denn, ach! — tief hing sie den Kopf — auf dem Betäubung der Kapelle durfte sie ja den Blick nicht mehr dreist erheben zur Jungfrau der Jungfrauen, nicht mehr Blumen und Rebenarabien strecken ans Gitterchen vor deren Bild:

„Meerfern, ich dich grüße,
Gottesmutter süße,
Allzeit Jungfrau reine.“

Neuntes Kapitel

O Gott, streck aus dein' milde Hand
Und benedeide Leut und Land.“

langen heute die Fortener. Die Wittprozeß zog. L... tliche ging voraus, ein langer Schweif von Weibern hinterdrein, auch einzelne Männer und Halbwüchsige dazwischen, aber Frauen in schwarzen Kirchenkleidern, den almodischen Kapottbus auf glatt geschleiften Haaren, waren es zumeist. Alles was Porten an Frauen hatte, alte und junge, war auf den Beinen. Es war Zeit für die Wittprozeß, denn schon neigte das Frühjahr sich seinem Ende zu, der Sommer würde bald da sein, und was nicht im Frühling geegnet ist, das kann im Sommer nicht reifen.

Ernsthaft und feierlich langsam erklang der Gesang, dazwischen murrendes Belen. Die Berge fingen den Schall auf, es war, als ob sie darauf merkten und ihn bei sich behielten, bis sie nach einer Pause ihn wieder von sich gaben, unbestimmt von woher, aber langhaltend und ebenso feierlich. Andächtig, die Augen auf ihre Rosenkränze gesenkt, gingen die Weiber. Sie waren sehr früh aufgestanden, sie hatten schon das Vieh versorgt, sie waren schon in der Kirche gewesen, manch eine von ihnen war müde, aber weiter.

(Fortsetzung folgt.)



Nachdruck verboten.

(20. Fortsetzung.)

Er lachte bitter auf: wie war das dumm von ihm gewesen, ihr so nachzurennen! Nun würde ers ihr aber zeigen, daß er klug genug war und auch seinen Stolz hatte. Das beste war, er ging übers Meer — Argentinien, ja, oder irgendwo sonst hin — mochten die Brüder das ganze Erbe nehmen, ihm nur soviel herauszahlen, daß er Reisegeld hatte. Er fuhr mit dem nächsten Schiff schon. Argentinien, ja, dann war er sehr weit. So weit von hier, daß er nicht mehr zurück konnte. Aber auch nie seinen Berg mehr sehen würde, all die Rebstöcke, zwischen denen er oft auf und ab rannte voller Unruhe. Dann sah er keine Mosel mehr unten, nicht die anderen Berge, hüben und drüben, ein anderer ging dann statt seiner hier und beschneit die Reben, hatte und spritzte und erntete zuletzt. Ein fast wilder Ausdruck kam in des Mannes verstörten Blick: und das alles verlassen, eines Mädchens wegen? Nein! Die Wut überkam ihn, er schlug mit der Faust auf den Brief, der vor ihm auf dem Tisch lag.

„Du mein Schatz nicht bist — und auch niemals nicht sein wirst“ — das hätte sie nicht auch noch zusehen brauchen! Das nahm ihm jegliche Hoffnung. Aber er hatte ja gar keine Hoffnung gehabt, er hatte es immer gewußt — nein, gewußt nicht, aber er hätte es immer wissen können, wissen müssen, daß sie in ihm nicht ihren Schatz lag. Sie hatte ja überhaupt noch nichts von Liebe gefühlt — was kümmerte sie schon ein Schatz?

Und er gedachte jenes Vorfrühlingsabends im vergangenen Jahr, an dem er mit ihr auf dem Felsköpfchen gesessen hatte über dem Friedhof. Da hatte es gebrannt in ihm vor lauter Verlangen, aber sie war so kindlich, so rein, daß er sich's nicht getraut hatte, sie in die Arme zu nehmen. Ach nein, nein, sie hatte ihn niemals betrogen, sie hatte nichts anderes gezeigt, als was in ihr war, ihm nichts, gar nichts versprochen! Und er sah sie vor sich stehen mit geknicktem Kopf, hörte sie deutlich sprechen, wie kläglich bitten: „Ach bin noch so jung“. — „Nein, nein, Maria, ich darf dir nicht bö-

Ab Gelsenkirchen (Alter Markt) nach Horst (Amtshaus): 23.15, 23.35 und 0.15 Uhr. (23.55 und 0.35 Uhr nur bis Kanzlerstraße.)
Die letzten Wagen ab Horst (Amtshaus) in Richtung Gelsenkirchen verkehren: 23.05, 23.25, 23.45 und 0.05 Uhr.
Ab Kanzlerstraße verkehren die letzten Wagen in Richtung Gelsenkirchen: 0.05, 0.25 und 0.45 Uhr.

6. Linie 5 (Gelsenkirchen-Hbf.—Hefler—Ausz. Kanzlerstraße).
Die Linie 5, welche heute mit der Linie 17 zwischen Gelsenkirchen-Hbf. und Hefler—Ausz. Kanzlerstraße einen 10-Minuten-Verkehr bildet, wird ab Donnerstag nur noch zwischen Hefler—Ausz. Kanzlerstraße und Gelsenkirchen (Alter Markt) verkehren. Am Alten Markt besteht zur Weiterfahrt in Richtung Gelsenkirchen-Hbf. ein direkter Anschluß an die Linien 2, 3 und 11, so daß eine sofortige Weiterfahrt gewährleistet ist.

Wie die Stadtverwaltung durch diese Mitteilung verlauten läßt, beabsichtigen auch die Bochum-Gelsenkirchener Straßenbahnen eine nicht unbeträchtliche Einschränkung auf einigen von ihnen befahrenen Linien vorzunehmen. Geradezu unangenehm erscheint uns die Maßnahme, die Wartezeit der Linie 1 (Buer—Horst—Essen—Bredene) von 20 Minuten auf das Doppelte, nämlich 40 Minuten, zu erhöhen. Wir behalten uns vor, auf die für morgen, Donnerstag, angefügten einschränkenden Sperrmaßnahmen der „Bochum-Gelsenkirchener“ ausführlicher zurückzukommen.

Auch die „Westfälischen Kleinbahnen“ warten, wie wir erfahren konnten, mit einem Sparprogramm für die nächste Zukunft auf. Wir werden auch auf diese Maßnahmen ausführlich noch zurückkommen.

STADTTEIL BUER

Aetherwellenmusik

Klänge aus der Luft bei Alsberg.

Was man in einem Warenhaus nicht alles erleben kann? Alles was dein Herz begehrt, kannst du haben. Und man kann denken, daß man sich in einem „Gesam“ befindet, das heißt, wenn man das nötige Kleingeld in der Tasche hat. Die Erfrischungsräume bieten dir nach den Anstrengungen deiner Einkäufe gute Gelegenheit, dich zu erholen bei allerbesten Getränken und Speisen: Oberl., ach Verzeihung, Fräulein Kellnerin! Bitte, Karte! — oder stimmt das auch noch nicht?
Sogar Musik ist auf dem Podium, oft sogar gute. Und nun hat die Firma Alsberg in Buer seit gestern außerordentliches: „Musik aus der Luft“ darzubieten, Melodien aus dem Reiche der Aetherwellen, ja, da staunste! Geh nur hin und sieh, oder vielmehr hör es dir an.

Ein russischer Professor Theremin hat den Apparat erfunden. Ein Ding, ungefähr so wie ein elektrisch gebastelter Kasten steht dort und sendet aus einer hochtragenden Messingröhre starke elektrische Strahlen aus, die, wenn der bedienende Künstler mit seiner Hand hineingreift, in ihrer Wellenenergie gestört werden und einen Widerstandston erzeugen. Je nachdem die Hand näher oder entfernt an die Senderöhre heranreicht, ist der Ton höher oder tiefer. Der Wert des Tones ähnelt dem der Oboe, oder auch einer tiefgestimmten Geige, fast auch schon der menschlichen Stimme. Er hat jedenfalls einen durchaus angenehmen Klang, der sich nach Verbesserung der Apparatur sicher noch bessern ließe, so daß diese tönende Elektrizität auf dem Gebiete der großen Musik wahrscheinlich noch eine Rolle spielen wird.

Herr Tscharikoff, der bei Alsberg den Apparat mit den unsichtbaren Saiten spielt, macht das sehr geschickt. Er besticht auf jeden Fall ein fingeripigenfeines, perspektivisches Tongefühl im Zügelmotiv, an und für sich schon ein Kunststück virtuoser Art, das vom Publikum immer dankbar bewundert wird.

Er kann alles spielen: Schubert, Tschaikowski, oder was man sonst für seinen Geschmack an guter Musik wünscht. Er kann auch spielen „Nuch du wirst mich einmal betrügen, auch du...“ und wenn der einfältige Gast sich das dann so anhört und dabei denkt: Also Aetherwellenlänge, eigentlich himmlische Musik, und sich dabei himmlische Lichtschatten vorstellt, irgendwo im jenseitigen Rabellande Glückseligkeit beheimatet, dahinschwebend im Weltensraum, na, dann trägt er wohlgekauft sein sinnend Haupt und lächelt, trotz der miserablen Zeiten.

Vermißt

wird seit dem 14. dieses Monats der am 18. Juni 1906 zu Schwerstein geborene, zuletzt hier, Springbach wohnhafte Emil Lippa. Er ist seit längerer Zeit arbeitslos und nervenkrank und es ist nicht ausgeschlossen, daß er sich ein Leid angetan hat. Er ist etwa 1,70 Meter groß, schwächlich, bartlos; Bekleidet war er mit einem schwarzen Filzhut, einem dunklen Jackett, mit Brecheschleife, grünem Kesselfleisch, schwarzrot gemischten Strümpfen und Grubenstiefeln.

Weiter wird vermißt die am 15. Mai 1908 zu Bochum geborene, zuletzt hier, Gelsenkirchener Straße wohnhafte gewesene Aneke Aurelia. Sie ist etwa 1,55 Meter groß, gelblich, hat dunkelblondes, langes, dichtes Haar, rundes Gesicht, niedrige Stirn, blaue Augen, wulstige Lippen. Bekleidung unbekannt. Sachdienliche Angaben über den Aufenthalt der beiden Personen werden von allen Polizeibienststellen entgegen genommen.

Aus der Arbeitersängerbewegung

Volkshor Gelsenkirchen.

Donnerstag um 14 Uhr treffen wir uns auf der Wiese zum Ausflug nach der Almhütte.

STADTTEIL HORST

Uebel ausgelaufenes Rendezvous

Ein Gladbecker Metzgermeister, der zu einer Frau aus Horst seit längerer Zeit in engeren Beziehungen steht, hatte sich mit dieser in einer Horster Wirtschaft ein Stelldichein gegeben. Hier wurde lustig drauflos gezecht, bis plötzlich das schöne Beisammensein ein unerfreuliches Ende fand. Die Söhne des Metzgermeisters hatten von dem lebemannischen Aufführen ihres Vaters Wind bekommen und plazierten sich draußen vor das Lokal, um den Ausbruch ihres Vaters mit seiner Schönen abzuwarten. Als nun der Vater nicht ahnend die Straße betrat, fielen die Söhne über ihn her und verprügelten ihn erbarmungslos, bis schließlich die Polizei einstrich und die Ruhe wieder herstellte. Zur Feststellung der Personallisten wurde die ganze Gesellschaft mit zur Wache genommen.



JUGEND- VERANSTALTUNGEN

SAJ., Buer-Gasse.

Am heutigen Mittwoch findet in der Schule unser Gruppenabend statt. Wir haben heute Versammlung, in der die Rekonstitution des Vorstandes geregelt werden soll. Die Genossen vom Parteivorstand sind herzlich eingeladen.



REICHSBANNER SCHWARZ-ROT-GOLD

Martinsabteilung, Gelsenkirchen.

Mittwoch abend 20 Uhr: Probe in der Singschule. Notenblätter mitbringen.

Kameradschaft Erla.

Die Kameradschaft tritt Sonntag um 9 Uhr geschlossen am Lokal Grünewald zur SPD-Versammlung im R.-V.-Theater zum Saalzug an. Schutzvorleiter treten, soweit sie nicht im Besitz einer Reichsbanner-Uniform sind, in Zivil mit der Kameradschaft an. Es wird pünktlich abmarschiert.

WIR EMPFEHLEN UNS GANZ BESONDERS

Sparen
schafft Freude!

Darum spare bei der
Stadtparkasse Gelsenkirchen!
Hauptstelle: Neumarkt 6. Zweigstellen in allen Stadtteilen

HEIDTMANN & CO.
GELSENKIRCHEN
Augustastr. 11-13
Telefon-Anschluß 260 51

Glasgroßhandlung, Glasschleiferei,
Schaufensterverglasung, Facetten,
Bauverglasung, Kantenbearbeitung,
Reparaturverglasung, Autogelassen
Silberbelegte Spiegelgläser, Glas-
versicherungen. Ständig großes
Lager in allen Flachglasarten

Schulte & Kampmeyer
Das Fachgeschäft für die Hausfrau
nur am Neumarkt
Telef.-Anschl. 259 66

Sämtl. Haushaltwaren
in großer Auswahl.
Kohlen-Gasherde Waschmaschinen
Zahlungserleichterungen



Frauen und Brautleute!

Vergessen Sie nicht, daß, falls der Käufer unserer Möbel stirbt, Sie keine weiteren Zahlungen an uns zu leisten haben. Die Möbel gehören in diesem Falle Ihnen. Deshalb sorgen Sie in Ihrem eigenen Interesse daß Ihre Möbel bei uns gekauft werden. — Wir liefern Ihnen Möbel aller Art gegen ein Ziel von 24 bis 30 Monaten bei geringer Anzahlung. Täglich Eingang neuer Modelle.

Möbelhaus L. Spothheim
Gelsenkirchen
Arminstraße 13
Das richtige Möbelhaus für Sie. — Kommt und überzeugt Euch.

Holzhandlung
Wilh. Ferber jr.
Brellstraße 15
Telefon Nr. 23313

Für Vereine und
Gesellschaften
stellt
hochmoderne
Omnibusse
L. MOLS
Ringstr. 80/85 Gegr. 1873
Ruf Nr. 20461—20464

Heinrich Klein
G. m. b. H.
Gelsenkirchen
Wildenbruchstr. 15-23
Fernspr.-Samml. Nr. 27551
**Eisen, Metall und
Röhren-Großhandlungen**
Muster-Ausstellung
von sanitären
Einrichtungs-Gegenständen

Stadtbekannt
ist das Spezial-Geschäft
Tapetenbecker
(Hoh. Fessenbecker)
Buer, Neumarkt 5
für guttrockende Farben
und Lacke — für schöne
und billige Tapeten

GAS
ist auch für Sie
der allein richtige Brennstoff
Seine
Billigkeit,
Bequemlichkeit und
Leistungsfähigkeit
macht das Gas
für jeden häuslichen
Zweck unentbehrlich.
Alle Gasgeräte kaufen Sie
gut, billig und zu kleinen Raten
in den Verkaufsstellen der
städtischen G.-W.-E.-Werken.

Alsberg
Gelsenkirchen A.-G.
Größtes Warenhaus des
rheinisch-westfälischen
Kohlenreviers.
Das Haus
der guten Qualitäten

**Westfälische
Asphalt-Gesellschaft**
m. b. H.
Gelsenkirchen
Ringstraße 38
Telefon 22476

Photogr. Atelier u. Foto-Haus
Albert Lange
Gelsenkirchen, Augustastr. 4
gegenüber Alsberg — Fernsprecher 21730
Aufnahmen aller Art
Spez.: Kinderbilder u. Fam.-Grupp.
Kulante Bedienung. Mäßige Preise.
Abt. II: Amateurbedarf, Entwickeln,
Abzüge, Vergrößern in 6 Stunden.
Apparate erster Fa. mit Zubehör.
Gelegenheitskäufe. — Fachmänn. Beratung.
Teilzahlung gestattet.

Möbel aller Art
gut, preiswert u. modern
im altbekannt. Möbelhaus
Ph. Gottesleben Nachf.
Gelsenkirchen
Bochumerstraße 94/98
(an der Rhein-Elbe-Bahn)

I. Hypotheken
bei günstigster Auszahlung
Saddendeutsche Bodencreditbank
MÜNCHEN
Vertretung für Gelsenkirchen
Buer, Wattenscheid, Wanne,
Gladbeck
Hugo Abraham
Gelsenkirchen, Schalkstraße 167
Telefon 254 64

**Dem Auge —
das Beste!**
Brillen Reemers
Staatl. gepr. Optiker
Gelsenkirchen
Vereins- u. Sellhorststraßen-Ecke
(am Apollo-Theater)
Krankenkassen-Lieferant

RADIO-FRENZEL
GELSENKIRCHEN
Bahnhofstr. 17 (gegenüb. der Schauburg)
Das älteste und größte Fachgeschäft

Florenz Franz
GELSENKIRCHEN
Kaiserstraße 52
Fernruf 24692
Gegründet 1878
**Spezialgeschäft für
sanitäre Anlagen**
Bade-Einrichtungen
Waschtoiletten
Zahlungs-Erleichterung

Achtung! Flugblatt-Verbreitung!

Sonnabend, den 23., und Sonntag, den 24. August
im gesamten Bezirk Westliches Westfalen

Wir bitten unsere Mitglieder, an der Verbreitung unseres zweiten allgemeinen Flugblattes an den obengenannten Tagen vollzählig teilzunehmen.

Die Sammelpunkte für die Flugblattverbreitung in den einzelnen Ortsgruppen bzw. Distrikten werden von den Ortsvorständen in unseren Zeitungen noch bekanntgegeben. Wir bitten daher, den Bekanntmachungen unser Parteinachrichten in den nächsten Tagen erhöhte Beachtung zu schenken.

Das Wunder von Bukarest

Die Mutter Gottes weint - Tausende eilen zu einer 70jährigen - Traurige Folge des religiösen Irrwahns - Aufklärung, an die niemand glaubt

Bukarest, Mitte August. (Eig. Ber.)

In Bukarest verbreitete sich dieser Tage das Gerücht, daß in der Strada Vaporol Afan des Stadtviertels Oborn ein jüdisches Wunder ereignet habe. Kein Mensch wußte genau, wozu es sich eigentlich handelte. Märchen und Fabeln war für und Tor geöffnet. Zehntausende eilten nach Oborn in die Vaporol Afanstraße, wo bald ein lebensgefährliches Gedränge entstand; Kinder wurden zu Boden getreten, Frauen und junge Mädchen fielen in Ohnmacht, roh bogten sich Männer ihre Bahn — was war los?

In der Vaporol Afanstraße wohnt in einem kleinen Holzhauschen die 70jährige Katarina Gheorghe. Man erzählt, daß sie sehr fromm ist und täglich mehrere Stunden knieend vor dem Mutter-Gottesbild in ihrer Wohnung betet. In letzter Zeit kränkelte die Greisin, sie erbat von ihrer Schutzheiligen Genesung und Hilfe. In einer der letzten Nächte hatte die Greisin einen sonderbaren Traum. Sie sah im Schlaf einen Engel, der ihr mitteilte, die Mutter Gottes habe ihr Flehen erhört und verspreche ihr Heilung und Verbesserung ihrer armenlichen Lebensweise. Als die Frau des Morgens erwachte, kniete sie wieder vor dem Mutter-Gottesbilde nieder und betete in tiefster Andacht mehrere Stunden.

Inzwischen war über Bukarest ein furchtbar heißer Tag mit 45 Grad im Schatten hereingebrochen. Die Sonne schien mit unbefriedigender Glut durch das winzige Fenster in das Kämmerchen der Alten und versing sich auf dem Heiligenbild. Plötzlich, als die Frau aufblickte, merkte sie etwas ganz Außergewöhnliches. Von den Augen der Mutter Gottes rannen zwei Tränen hinunter. Die Alte schrie, als ob sie vom Teufel gepackt wäre, raste durch die Straße und rief immer nur die Worte hervor: „Sie hat mich erhört! Sie hat mich erhört!“ Auch ihr Sohn stürzte auf die Straße, begann laut zu schreien und pries überall das Wunder, das sich im Hause seiner greisen Mutter ereignet habe. Aufgeregt eilte die ganze Nachbarschaft zusammen, besah in Tränen, die den Augen des Heiligenbildes entfloßen — und jedermann war fest davon überzeugt, daß sich hier tatsächlich ein göttliches Wunder abgespielt habe. Die Nachricht von diesem „Wunder“ verbreitete sich wie ein Lauffeuer durch ganz Bukarest und nahm inhaltlich immer phantastischere und ungewissere Formen an. Zu Fuß und per Auto, per Wagen und per Fahrrad eilte ein großer Teil der Bevölkerung Bukarests in die Vaporol Afanstraße. Es formte sich eine unendlich lange Prozession, viele drangen in die kleine Wohnung ein und knieten vor dem Bild nieder. Schließlich mußten zur Aufrechterhaltung der Ordnung Polizei, Gendarmerie und Feuerwehrrufen herbeigerufen werden.

Auch die Reporter erschienen in Massen, waren aber eigentlich etwas enttäuscht, denn sie konnten durchaus nichts Besonderes und gar nichts Wunderbares finden. Bald war das Rätsel gelöst. Infolge der furchterlichen Hitze und des Aufprallens der Sonnenstrahlen auf das Heiligenbild war die Lackfarbe des Bildes geschmolzen und der Zufall hatte es geführt, daß die Farbpartikel, die sich gebildet hatten, gerade den Augen der Mutter Gottes entquollen. Natürlich wollte die Menge

von dieser Aufklärung nichts wissen. Bis auf den heutigen Tag behaupten alle religionstreuen Leute von Bukarest, daß die Mutter Gottes tatsächlich geweint habe. Aber außer der Erinnerung der Frommen wird von dem „Wunder“ nichts weiter übrig bleiben als ein Bündel — Altes, denn höchstwahrscheinlich wird die 70jährige Frau Gheorghe, die heute nicht mehr ein einziges ganzes Möbelstück besitzt, die Stadt Bukarest wegen des ihr von der Bevölkerung zugefügten Schadens verklagen.

Sich selbst zersprengt

Auf eine furchtbare Weise schied der Begebaubeamte Ehm aus Aubure (Elsass) aus dem Leben, dessen er wegen andauernder Krankheit überdrüssig geworden war. Ehm steckte eine große Ladung Dynamit in den Mund und entzündete dann die Zündschnur. Bei der Explosion wurde sein Kopf in zahllose Stücke zersprengt.

Volksjustiz in Carolina

Tarboro (Nord-Carolina), 19. August. (Drahtmeldung.) 200 maskierte, bewaffnete Männer machten einen Angriff auf das hiesige Gefängnis und bemächtigten sich eines jungen Negers, der beschuldigt war, sich an zwei weißen Mädchen vergangen zu haben. Sie banden ihn an einen Baum am Wege und schossen ihn tot.

Start des „Graf Zeppelin“ zur Schweizerfahrt

Friedrichshafen, 19. August. (Drahtmeldung.) Nach allgemeiner Besserung der Wetterlage ist das Luftschiff „Graf Zeppelin“ heute früh 5,15 Uhr unter Führung von Kapitän Lehmann wieder zu einer Schweizer Fahrt aufgestiegen. An Bord befinden sich 30 Passagiere. „Graf Zeppelin“ wird um 8 Uhr wieder zurück erwartet, da er ungefähr um 1/9 Uhr erneut wieder aufsteigt.

Rätselhafter Doppelselbstmord auf der Mag-Gütte

Saalfeld, 19. August. (Drahtmeldung.) In der Mechanischen Werkstätte der Mag-Gütte haben gestern die beiden Arbeiter Herbert Benzel und Louis Randel Selbstmord durch Erschießen begangen. Randel hatte schon seit Monaten selbstmörderische Absichten geäußert, ohne von seinen Arbeitskollegen ernst genommen zu werden, während bei Benzel, der kurz vor seiner Verheiratung stand, das Motiv vollkommen im Dunkeln liegt. Er hatte auch erst in den letzten Stunden irre Ideen geführt. Beide wurden mit einem Schuß in der rechten Schläfe aufgefunden.

England plant regelmäßigen Luftschiffverkehr nach Amerika

London, 19. August. (Drahtmeldung.) Die Blätter veröffentlichen ein vom Luftfahrtministerium herausgegebenes Blaubeuch, in dem es heißt, sobald durch die Versuchsfüge der beiden britischen Luftschiffe R 100 und R 101 genügende Erfahrungen gesammelt seien, bestehe die Absicht, einen regelmäßigen Luftschiffverkehr von Cardington nach Montreal und New York einzurichten.

Autobusunglück

Madrid, 19. August. (Drahtmeldung.) Zwischen Alcon und Cocentaina ist ein Autobus infolge falscher Steuerung umgeschlagen. 22 Reisende wurden verletzt, 13 mußten ins Krankenhaus eingeliefert werden.

Die Dardanellen durchschwommen

Die englische Schwimmerin Mercedes Gleize hat die Dardanellen an einer 6 1/2 Kilometer breiten Strecke in zwei Stunden 55 Minuten durchschwommen; Miß Gleize hat für ihre Leistung eine Stelle gewählt, an der die Strömung besonders stark ist.

170 Schafe ertrunken

In dem vom Nordseehochwasser besonders heimgesuchten Süderheerdekoog (Dithmarschen) kamen 170 Schafe des Hofbesizers Reimers aus Wesselburen in den Fluten um.



Die Konferenz der englischen Bergarbeiter wählte Tom Richards zum Präsidenten des englischen Bergarbeiterverbandes für 1931. — In der Mitte: Tom Richards, links W. P. Richardson (Schachmeister), rechts A. Cooks (Sekretär) des englischen Bergarbeiterverbandes (M. M. F.).

GESETZ das rörer

Roman von Frank Achnau

(Fortsetzung.)

Der Untersuchungsrichter zu Elfe Merten: „Sie also? Woher haben Sie die fünfzig Mark genommen?“ „Von — meinem Vater“, — kam es zögernd. „Hat Ihr Vater Ihnen das Geld zu dem Zweck gegeben?“ „Nein.“ „Das heißt also, Sie haben Ihren Vater bestohlen?“ „Elfe Merten senkte den Kopf und schwieg.“ „Na — das geht mich weiter nichts an. Verwandtendiebstahl wird nur auf Antrag bestraft. Aber es paßt sehr gut zu allem anderen: ein liebevolles Verhältnis — Randsabtreibung — Diebstahl! Ihr seid eine saubere Gesellschaft! Und nun wollen wir mal die Frau Mühlmann vornehmen. Frau Mühlmann — Sie haben es sich also zur Aufgabe gesetzt, junge Mädchen von den Folgen ihres leichtsinnigen Lebenswandels zu befreien! — Sie sind Hebamme, nicht wahr?“ „Ja, Herr Richter!“ sagte Frau Mühlmann weinerlich. „Aber Sie üben Ihre Praxis kaum noch aus. Das Abtreiben ist offenbar lohnender, als lebenden Kindern zum Eintritt in die Welt zu verhelfen!“ „Ich bitte, Herr Gerichtshof — ich habe es aus Mitleid getan. Das Mädchen hat mich so gedauert — lieber Gott, so ein armes Wurm — und hat sich so vor ihrem Vater gefürchtet!“ „Sie wollen doch nicht behaupten, daß Sie nur diesen einen Eingriff unternommen haben?“ „Beim wahrhaftigen Gott, Herr Gerichtshof — nur dieses eine einzige Mal!“ „Lügen Sie nicht so unverschämte! Sie sind in der ganzen Gegend, in der ganzen Stralauer Straße, bekannt dafür, daß man so etwas bei Ihnen gemacht bekommt. Man hat Sie nur

bis jetzt noch nicht erwischt. Aber nun wird Ihnen das Handwerk gelegt, darauf können Sie sich verlassen. Geben Sie zu, im Falle Elfe Merten einen Eingriff unternommen zu haben?“ „Nein nur aus Mitleid, Herr Gerichtshof!“ „Ja wohl! Nein nur aus Mitleid haben Sie dem armen Mädchen fünfzig Mark abgenommen! Nein nur aus Mitleid haben Sie die Elfe Merten beinahe umgebracht. Wenn ihr Vater nicht dazukommt, dann ist das Mädchen hinüber, und Sie haben es auf dem Gewissen! Haben Sie gar kein Verständnis für das Verwerfliche Ihres Treibens?“ Die Mühlmann sah verstockt vor sich hin: „Ich bin ja freilich kein Univeritätsprofessor, und mit mir können Sie umspringen, wie Sie wollen! Aber recht ist das auch nicht!“ „Kommen auch Sie mir so? Es ist unerhört, was diese Gesellschaft sich erlaubt! Aber Sie werden schon klein werden, wenn wir Ihnen den Nachweis bringen, was für eine Person Sie sind! Elfe Merten — Luz Fint — Sie können gehen! Es ist selbstverständlich, daß Sie sich zur Verfügung des Gerichts halten müssen — wenn Sie nicht jederzeit durch die Polizei auffindbar sind, lasse ich Sie beide in Untersuchungshaft setzen. Es ist ohnedies eine besondere Gnade, daß Sie auf freiem Fuß belassen sind!“ Luz Fint ärgerte sich. „Gott — wenn Sie meinen — mich können Sie ja ruhig einsperren. Mit den fünfzehn Markern die Woche kann man sich ohnedies kaum satt essen. Im Untersuchungsgefängnis wird man wenigstens gratis verpflegt und braucht sich um keine Kleide zu kümmern!“ „Gehen Sie!“ Die Mühlmann wurde abgeführt: sie schloß einen giftigen Blick auf Elfe und Luz Fint, die eben auch zur Tür hinausgingen. „Was wirste nun machen, Elfe“, fragte Luz Fint, als er und das Mädchen auf die Straße vor das Gerichtsgebäude traten. „Wirst du zu dem Alten zurückkehren?“ „Es wird mir ja wohl nichts anderes übrigbleiben! Wo soll ich denn hingehen? Bei dir kann ich ja nicht bleiben!“ „Nein, das kannst du nicht! Es wird schon nicht so schlimm werden bei dem Alten!“ „Du kennst ihn nicht — wenn ich ihm nur wenigstens den Rest von den hundertfünfzig Mark geben könnte!“

Luz Fint schluckte ein wenig:

„Ja, weißt du, da habe ich die Miete bezahlen müssen, und wie das schon so ist, wenn man ganz auf 'm Hund ist, da rinnt einem das Geld nur so durch die Finger.“

„Du hast alles verbraucht, Luz?“

„Na ja — Reichtümer waren das wohl auch nicht!“

Elfe Merten sagte nichts, aber sie machte sich ihre Gedanken über Luz Fint und seine Liebe. Sie hatte schon im Krankenhaus ein wenig über ihn nachgedacht und war zu der Meinung gekommen, daß er sich von Anfang an ihr gegenüber nicht so benommen habe, wie man es von einem wirklich Liebenden erwartet. Er hat sein Vergnügen mit mir gehabt, und weiter war ich ihm nichts. Nun hatte er auch noch das Geld für sich verbraucht, das sie dem Vater gestohlen hatte! Sie ging eine Weile schweigend neben Luz Fint her, dann sagte sie:

„Ich werde jetzt nach rechts abgehen!“

Luz Fint war froh:

„Tue das“, sagte er, „und wenn mit dem Alten was ist, dann machst du mir Mitteilung. Ich wer' natürlich für dich eintreten.“

Elfe nickte und ging.

Es fiel ihr schwer, den Weg von Moabit bis zur GutsMuthsstraße zu Fuß zurückzulegen, aber sie besaß keinen Pfennig, konnte nicht einmal mit der Tram fahren.

Als sie gegen Mittag vor dem Haus in der GutsMuthsstraße anlangte, fuhr eben der Chauffeur mit dem Wagen nach der Garage, und das Einfahrtstor stand offen. Sie ging nach dem Rückgebäude. Die Tür zur Gärtnerwohnung war verschlossen — offenbar war der Vater weggegangen. Mittag esen. Das mußte er ja wohl, da zu Hause niemand für ihn kochte. Aber Elfe fand den Schlüssel da, wo der Vater ihn immer aufzubewahren pflegte, wenn er wegging und sie auch nicht zu Hause war. Elfe war froh darüber — vielleicht hatte Vater doch damit gerechnet, daß sie kommen würde!

Sie ging in das Haus und begann Ordnung zu machen. Es war sehr nötig; man merkte, daß seit geraumer Zeit hier nichts geschehen war. Nach einer halben Stunde ungefähr hörte sie den Schritt des Vaters über den Hof kommen, und gleich darauf trat er in die Stube.

„Da bist du ja wieder! Hast es also doch gewagt, zurückzukommen! Wunderst mich, daß sie dich nicht gleich behalten haben!“

(Fortsetzung folgt.)

Die Kommunazis

Von Philipp Scheidemann

Je näher wir dem Wahlkampf kommen, desto höher werden die Bogen der Begeisterung, leider aber auch die des Lüg und Truges, des offensündigen Wahlschwindsels gehen. Was man jetzt schon im Wahlkampf zu sehen und zu hören bekommt, ist bereits allerlei. Seit einigen Wochen trachen die Stuhlbeine und klirren die Fensterscheiben in den Versammlungssälen der Völkischen und Kommunisten aller Richtungen. Einem kommunistischen Opponenten haben seine bisherigen Freunde von der alleinigmachenden Richtung Stalin, als er eine Lippe riskieren wollte, die Kleider zerrissen und den Po verwundet. Dem Major Buchrucker aber, dem eben so völkisch bewährten wie erfolglosen Putschisten, haben seine Nazifreunde anderer Richtung das Nasenbein zerschlagen. Nun schaut er aus, wie ein slavischer Boger und ist doch ein urgermanischer Hakenkreuzler — pardon Hakenkreuzler.

Die Kommunisten nennen ihre nicht mehr ganz stubenreinen Freunde von gestern Lumpen und Verräter. Die Nazis um Goebbels aber schimpfen die Nazis um Straßer:

„Ihr habt euch eingefunden in den Reihen der Barmatz, Karelz, Hindenburg usw. Euch Lumpenpack gebührt der Scheiterhaufen.“

So gleichwertig die Kampfmethoden der Kommunisten und Nazis gegenüber ihren eigenen Freunden von gestern sind, so gleichwertig sind auch ihre geistigen Waffen. Die haben sie immer griffbereit in der Hosentasche. Wenn sie sich gegenseitig im Kampf zu überzeugen suchen, dann knallt es. So suchen sie unser armes Volk zu retten und glücklich zu machen. Da sie das immer wieder mit den gleichen Waffen, mit der gleichen Heftigkeit und der gleichen Ausichtslosigkeit versuchen, sei der Vorschlag wiederholt, die beiden Heerhaufen mit einem Sammelnamen zu kennzeichnen, die Kommunazis. Das ist kurz und bündig, klingt gut und läßt keinen Menschen im Zweifel, wer und was damit gemeint ist.

Wir Sozialdemokraten sind immer bestrebt gewesen, an den Verstand der Wähler zu appellieren. Dabei konnten wir uns stützen auf ein wissenschaftlich fundiertes Programm, das klar und deutlich darlegt, was wir wollen, wie wir es wollen und warum wir gerade den Sozialismus auf dem Wege der Demokratie wollen. Mit der Darlegung unserer Ziele haben wir in jahrzehntelangen Kämpfen Millionen treuer Anhänger gewonnen, die uns jetzt die Kommunazis wegfangen wollen. Vergebliches Bemühen. Solange die Sozialdemokratie besteht, sind ihre Gegner bemüht gewesen, den Marxismus zu erledigen und die Klassenbewußte Arbeiterschaft wieder für die „Harmonie zwischen Kapital und Arbeit“ einzufangen. Es ist in diesem Ringen um die Seele des Arbeiters auf bürgerlicher Seite nicht immer mit einwandfreien Mitteln gekämpft worden. Die Aera Eugen Richter und die Aera des Hosenpredigers Stöcker sind noch unvergessen. Was die in ihrem eigenen Schmutz schließlich ersticken antifemistischen Parteigruppen im Kampfe gegen die Sozialdemokratie an Verlogenheit produziert haben, ließ eine Steigerung kaum noch als möglich erscheinen. Diese Annahme wurde aber schließlich doch widerlegt durch den Reichsverband zur Bekämpfung der Sozialdemokratie. In einem Meere von Verleumdung sollte die Sozialdemokratie ersäuft werden. Heute müssen wir gestehen, daß auch die Reichslügenverbändler Stümper gewesen sind, klägliche Stümper, wenn wir die Kommunazis an der Arbeit sehen.

Die Kommunisten wie die Nationalsozialisten suchen ihren Anhang zu gewinnen nicht mit der Darlegung dessen, was sie selbst eigentlich wollen. Sie suchen vielmehr für sich zu werben, indem sie ihre Gegner mit Schmutz bewerfen.

In der übelsten Lage sind freilich die Kommunisten, denn was für Zustände entstehen, wo sie herrschen, zeigt uns Rußland: Ein Ozean voller Blut, graufiger Terrorismus, schlimmer als in der zaristischen Zeit, zahllose Todesstrafen, Ausweisungen nach Sibirien, Brotmangel usw. Mit diesen Errungenschaften können die Kommunisten Propaganda nicht machen.

Aber die Nazis! Ihre Ziele und die Wege, die dorthin führen, zeigen — daß Gott erbarm — zwei Beispiele aus dem Reichstage:

Antrag Dr. Fried Nr. 1741:

„Der den sittlichen Grundsatz der allgemeinen Wehrpflicht in Wort, Schrift, Bild oder in anderer Weise bekämpft oder wer an einer Vereinnahmung oder Verabredung wehrfeindlicher Bestrebungen teilnimmt, wird mit dem Tode bestraft. Wer öffentlich durch Wort, Schrift, Bild und so weiter Deutschlands Wehrschuld oder Wirtsschuld am Weltkrieg behauptet, wird mit dem Tode bestraft. Wer es unternimmt, die natürliche Fruchtbarkeit des deutschen Volkes künstlich zu hemmen oder wer durch Vermischung mit Angehörigen der jüdischen Blutsgemeinschaft zur rassischen Verschlechterung des deutschen Volkes beiträgt oder beizutragen droht, wird mit Zuchthaus bestraft.“

Das zweite Beispiel:

Antrag Fried Nr. 492 verlangte die alsbaldige Haftentlassung der immer noch in den Kerker der Republik schmachtenden echten deutschen Männer, nämlich der Fememörder, die von den Nazis Fememörder genannt werden.

Das Programm der Nazis ist ziemlich einfach. Der Gegner des Krieges ist, verfällt der Todesstrafe. Der Christ, der eine Zübin freit, kommt ins Zuchthaus. Die Fememörder werden auf die Menschheit losgelassen.

Noch eines sei nebenbei festgelegt. Die Kommunazis verben mit großem Eifer unter den Erwerbslosen, die sie für sich gewinnen wollen. Sie suchen die Bedauernswerten, für die wir mit gutem Erfolge gekämpft haben und weiter kämpfen wollen, gegen uns aufzubringen. Wenn es von den Kommunazis abhängig gewesen wäre, so bekämen die Erwerbslosen

Deutschland, Frankreich, Italien

Was unter dem Brüning-Kurs möglich ist

Paris, 19. Aug. (Eig. Drahtber.)

Die „Italia“, das Organ des Verbandes der italienischen Antifaschisten in Frankreich, veröffentlicht eine recht beachtliche anmutende Meldung aus Berlin über die Haltung der deutschen Diplomatie im französisch-italienischen Streit. Die Meldung, die das Blatt aus angeblich gut informierter diplomatischer Quelle bezogen haben will, besagt, daß man sowohl von italienischer wie von französischer Seite aus alle Anstrengungen mache, um Deutschland in den italienisch-französischen Gegensatz hineinzuziehen. Dr. Curtius habe zwar den angeblichen Vorschlag Briands zu einer Konferenz zu Dreien ebenso abgelehnt, wie eine Einladung Mussolinis nach Rom. Es sei damit durchaus nicht gesagt, daß Deutschland nicht mit Mussolini gemeinsames Spiel für die Revision der Friedensverträge machen wolle. Alle Beteuerungen der deutschen Neutralität liefen vielmehr darauf hinaus, für eine etwaige Zuspitzung des italienisch-französischen Konflikts freie Hand zu behalten. Dagegen werde Dr. Curtius bereits im September im Rahmen der Aussprache über das europäische Memorandum

Briands in Genf bedeutende Erklärungen über die Stellungnahme Deutschlands zur italienisch-französischen Auseinandersetzung abgeben.

Soweit die Meldung des antifaschistischen Blattes, an der zunächst richtig zu stellen ist, daß ein offizieller Briandscher Vorschlag für eine Konferenz zu Dreien nicht existiert. Im übrigen mag von französischer und italienischer Seite der Versuch gemacht worden sein, sich über die Haltung Deutschlands bei etwaigen Konflikten zwischen Rom und Paris zu informieren, jedoch haben diese Sondierungsversuche von französischer Seite niemals zu irgendeinem offiziellen Schritt geführt.

Ebenso befremdlich der Kommentar, mit dem das Blatt der italienischen Antifaschisten seine Meldung verleiht. Es muß allerdings auch gesagt werden, daß früher, als es sich Treviranus noch nicht leisten konnte, ungehindert die deutsche Politik im Ausland zu kompromittieren, kein ausländisches Organ, das von linksstehenden Elementen redigiert wird, der Wilhelmstraße ähnliche Winkeltzüge unterstellte.

keinen Pfennig Unterstützung, denn die Kommunisten wie die Nazis haben gegen das Gesetz betreffend die Erwerbslosenversicherung gestimmt. Wir Sozialdemokraten werden wie in der Vergangenheit so auch in der Zukunft nur an den Verstand, an die gesunde Vernunft der Wähler appellieren.

Metallarbeiter-Verbandstag

Zweiter Verhandlungstag

Berlin, 19. Aug. (Drahtmeldung.)

Der zweite Verhandlungstag des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes brachte die Aussprache über den Bericht des Vorstandes. Die Diskussion hielt sich durchaus im Rahmen des Sachlichen. Die nur 8 Delegierte starke Brandler-Gruppe brachte eine Entschließung ein, die in der Forderung einer direkten Aktion des Vorstandes gipfelte. Die Begründung der Resolution basiert auf einer Ueberspizung der gefragten Ausführungen des Sekretärs der Metallarbeiter-Internationale, Konrad Hg. In seiner Rede erklärte Hg., daß die Realisierung der gewerkschaftlichen Ziele nicht nur mit rein gewerkschaftlichen, sondern auch mit politischen Mitteln erreicht werden müsse. Er unterstrich hierbei besonders die Notwendigkeit der Unterstützung der SPD. im bevorstehenden Wahlkampf, ein Hinweis, der von der Opposition vollkommen ignoriert wurde.

Schäfer-Leipzig wandte sich gegen die Ausführungen des Verbandsvorstandes Brandes, der sich für größere Einflüsse des Staates auf die Gestaltung der Arbeitsverhältnisse durch das Schlichtungswesen aussprach. Es zeige sich, so argumentierte Schäfer, daß die Unternehmer selbst immer häufiger den Schlichter anrufen, in der ganz richtigen Annahme, daß unter den obwaltenden Umständen eine für sie günstige Entscheidung erreicht werde. Die Vorgänge in Sachsen, aber auch im rheinisch-westfälischen Industriegebiet (Deynhäuser Schiedsspruch), erhellten den wahren Wert des Schlichtungswesens für die Arbeitnehmer. Die Gewerkschaften hätten keinen Grund, irgendwelche Hoffnungen auf das Schlichtungswesen zu setzen. Die Diskussion wurde gegen 4 Uhr abgebrochen und auf Mittwoch vormittag vertagt.

Die Eiserne Internationale

Man schreibt uns aus der Verbandstagung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes:

Gast unmittelfach nach Abschluß der Versammlungen der 19. Verbandstagung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes tritt in Kopenhagen der Kongreß des Internationalen Metallarbeiter-Bundes zusammen. Das Pflichtgefühl der viertägigen Tagung läßt an Reichhaltigkeit nichts zu wünschen übrig. Außer der Behandlung der dreijährigen Tätigkeit des internationalen Sekretariats und sonstigen organisatorischen Dingen sollen Berichte über die Wirtschaftslage von nicht weniger als sechs Ländern gegeben und schließlich ein Verbandsrat für die Länder mit schwachen Organisationen geschaffen werden.

Zunächst ein paar Zahlen über die Stärke der Internationale. In den drei Jahren 1927 bis 1929, auf die sich der Bericht erstreckt, ist die Mitgliedschaft von 1.617.000 auf 1.841.000 gestiegen. Von dieser Zunahme von 224.000 entfällt der Löwenanteil, nämlich 191.000, auf den Deutschen Metallarbeiter-Verband.

Der Rest verteilt sich zu ungleichen Teilen auf andere Verbände. Die stärkste der 27 Organisationen der Internationale ist der DMV, ihm folgen die britische Abteilung mit 251.000, der österreichische Verband 120.000 und der belgische mit 100.000. Österreichische Verband mit 120.000 und der belgische mit 100.000. Die 27 Organisationen (die britische Abteilung als eine betrachtet) verteilen sich auf 19 Länder, und zwar auf 18 europäische und ein amerikanisches. Daran ist zu erkennen, daß unserer Internationale noch eine gewaltige Werbearbeit bleibt, wenn sie ihren Namen in seiner vollen Bedeutung tragen will.

Der Krankenkassen-Kongreß

Abschluß der Beratungen

Dresden, 19. August. (Eig. Drahtber.)

Die Tagung des Hauptverbandes deutscher Krankenkassen wurde am Dienstag abgeschlossen. Die vom Vorstand vorgelegten Satzungsänderungen wurden angenommen. Danach soll die Beschlußfassung über die Wahl des Vorstandes künftig Sache einer etwa 370 Vertreter zählenden Delegierten-Versammlung sein. Dagegen bleibt der traditionelle Krankenkassentag als Demonstrationstag bestehen. Er wird aber, wenn sein besonderes Bedürfnis vorliegt, nicht wie bisher alljährlich einberufen werden.

In der Frage der Arbeitsgemeinschaftsbildung zur Förderung der Gesundheitsfürsorge nahm der Krankenkassentag eine Entschließung an, in der bedauert wird, daß die von allen beteiligten Körperschaften der öffentlichen und privaten Gesundheitsfürsorge dringend und notwendig anerkannte und auch bereits angebahnte Gemeinschaftsarbeit auf schwerste durch die Drosselung der Einnahmen der Sozialversicherung bedroht wird.

Die angeblichen Sparmaßnahmen würden der Krankenversicherung und damit dem Volksgesundheitsdienst 300 Millionen Mark entziehen. Der Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung würden durch die Herabminderung der Einnahme aus den Zolleinnahmen von 40 auf 20 Mill. Mark jährlich und durch das unerfüllt gebliebene Versprechen auf Zuwendungen aus den Lohnsteuereinnahmen des Reiches bedeutende Mittel entzogen. Der deutsche Krankentag erwartet schließlich von der Reichsregierung geeignete Maßnahmen, damit die für die Gesundheitsfürsorge in der versicherten Bevölkerung vorgesehenen 20 Millionen Mark nicht zur Stärkung der Finanzen der Invalidenversicherung herangezogen, sondern für die Durchführung der Richtlinien für die Gesundheitsfürsorge sicher gestellt werden.

Gescheiterte Verhandlungen

in der Berliner Metallindustrie

Berlin, 19. August. (Eig. Drahtbericht.) Die Verhandlungen zur Beilegung des Konfliktes in der Berliner Metallindustrie, die am Dienstag im Reichsarbeitsministerium stattfanden, sind gescheitert. Die Metallindustriellen zeigten keinerlei Entgegenkommen in der Hauptfrage. Sie waren nicht willens, Garantien dafür zu geben, daß keine neuen Entlassungen erfolgen. Sie erklärten sich lediglich bereit, etwa 75 Prozent der Kündigungen zurückzunehmen, bestanden jedoch noch wie vor auf Gehaltskürzung und unbedingter Bewegungsfreiheit in der Entlassungsfrage.

Wie es in Polen aussieht

Warschau, 19. August. (Drahtmeldung.) Bei der Grundsteinlegung eines Arbeiterheimes hielt der Sejmarschall Daszynski eine Rede, die vom „Robotnik“ veröffentlicht wird. Das Gend, so führte Daszynski aus, hätte Polen gegenwärtig seinen Stempel aufgedrückt. Der Kaufmann bankrottieren, die Fabriken würden geschlossen und die Staatsbeamten hungerten aber zur gleichen Zeit sei der Sejm geschlossen und die Regierung schweige. Ob ein friedlicher Ausweg aus dieser Situation gefunden werden könne, hänge zum großen Teil von Pilsudski ab. Daszynski übte dann eine scharfe Kritik an dem jetzigen Regierungssystem Polens, das Verbrechen und Zuchtlosigkeit zeitige. Polen werde regiert, als ob es ein im Kriege besiegtes Land wäre.

Die Streiklage in Nordfrankreich

W.B. Paris, 19. August. (Drahtmeldung.) Zur Streiklage in Nordfrankreich wird mitgeteilt, daß in den Fabriken in Tourcoing gestern vormittag 3600 Arbeiter und am Nachmittag mehr als 6000 Mann die Arbeit wieder aufgenommen haben. Ernste Zwischenfälle wurden nicht gemeldet, jedoch seien 20 Verhaftungen wegen Behinderung Arbeitswilliger vorgenommen worden. In Roubaix ist die Wiederaufnahme der Arbeit gestern vormittag nur schwach gewesen. Bei Halluin sind 50 Automobile, 500 Radfahrer und ein Zug mit belgischen Arbeitern ohne Zwischenfälle über die Grenze nach Tourcoing gelangt.

W.B. Paris, 19. August. (Drahtmeldung.) Arbeitsminister Laval empfing heute vormittag Abordnungen der sozialistischen und der katholischen Gewerkschaften des Norddepartements und verhandelte am Nachmittag mit Vertretern der Arbeitgeber über die Beilegung des Streiks.

Waffenschiedungen

in der Tschechoslowakei

Prag, 19. August. (Eig. Drahtbericht.) Die tschechische Presse meldet, daß aus dem Bestande der tschechoslowakischen Armeeverwaltung 125.000 Infanteriegewehre und 4000 Maschinengewehre sowie die dazu gehörige Munition nach Ungarn verschoben worden sind.

Die Waffen, die von der tschechischen Armee aus den Beständen der alten österreichischen Armee übernommen worden waren, aber nicht benutzt werden konnten, weil die tschechische Armee mit anderen Gewehrmodellen ausgerüstet ist, sollen mit italienischem Gelde angekauft und bezahlt worden sein. Wer die Waffen verkauft beziehungsweise verschoben hat, ist bisher noch unbekannt.

Die tschechische Presse schlägt über diesen Vorfall riesigen Lärm und fordert von der Militärverwaltung eine resolute Aufklärung.

Im Zusammenhang damit melden mehrere Blätter, daß auch die österreichische Heimwehr aus dem Waffenlager der tschechischen Armee versorgt worden ist.

Gerichtliches

Schöffengericht Gelsenkirchen.

Er konnte Kundenlang die Feuerleiter einschlagen. Es ist bekannt, daß die Menschen in der Alkoholkonsumtion an den lächerlichsten und gefährlichsten Betätigungen Gefallen finden. Einer muß in einer solchen Anwandlung seinem Nächsten das Messer in den Leib rennen, ein anderer verliert sich in der gefährlichen Stimmung Frauen gegenüber. Die Leute, die sich in einem solchen Zustand völlig ruhig und (fast ist es paradox) vernünftig benehmen, sind sicherlich in der Minderheit. Der 24jährige A. St., der am Abend des 23. Mai dieses Jahres mehr getrunken hatte, als er vor sich selbst verantworten konnte, ließ sich bewegen, in kurzer Zeit drei Feuerleiter einzuschlagen, ein Vergehen, das in jedem Falle schärfste Verurteilung verdient, wird doch durch solchen unverständlichen und unsinnigen Unfug oft die Allgemeinheit in größte Gefahr gebracht, da die ohne Grund alarmierte Feuerwehr in dem gleichen Augenblick an einer wirklichen Brandstelle fehlen kann. A. St. kann von großem Glück sagen. Denn die Schöffen ließen ihn mit der für ein solches Verbrechen geringen Geldstrafe von 30 RM. Söffentlich zeigt sich St. in Zukunft dieses Wohlwollens seitens des Gerichtes würdig.

Monte-Carlo am Bulmer Stadtpark.

Viele, besonders junge Burken, sind heute der Meinung, es sei entschieden leichter und angenehmer, das Geld zu verdienen, ohne sich dabei irgendwie anzustrengen. Sie tun sich darum zusammen und suchen Leute für das verbotene Glücksspiel zu interessieren, denen sie auf geschickte Weise bald die Taschen geleert haben. Am 11. Mai 1930 unternahm ein Schupo-Beamter, der durch den Bulmer Stadtpark kam, einmal eine kleine Razzia in dem Unterflurhause. Seine Ahnung betrug ihn nicht. Bei seinem Erscheinen aber gab es, weil 30 bis 40 Menschen sich in dem Räume aufhielten, ein solches Durcheinander, daß er froh sein mußte, einen einzigen mit einem Spiele in der Hand festzunehmen. Der Überführte ließ sich auch herbei, einige andere anzunehmen, um die Situation für sich günstiger zu gestalten. So stehen jetzt die Erwerbslosen S. L., D. R. und E. D. zur Beurteilung. D. widerlegt seine ersten Angaben, nach denen auch A. sich am fraglichen Tage an dem Spiel beteiligt haben soll. A., der mehrmals einschlägig vorbestraft, muß darum aus Mangel an Beweisen freigesprochen werden. S. L. muß eine Geldstrafe von 20 RM zahlen, E. D. wird mit der doppelten Summe, also 40 RM, belegt. Es ist anzunehmen, ob die Wilde des Gerichtes in Bezug auf den Frevel des verbotenen Glücksspiels am Platze ist. Die Erfahrung lehrt, daß diese Leute eher zu als abnimmt. Gerade weil viele Familien, deren Väter in die Spielhöhlen gelockt und dort ausgenommen werden, durch das Schmarotkertum der glückseligen Kaulenker oft in größtes Elend getrieben werden, dürfte bei allen derartigen Fällen strengste Bestrafung geboten sein.

Eingesandt

Bum 1. Tag der Arbeiterkamerader.

Ein herrlicher Tag nach dem ewigen Haß der letzten Wochen leuchtete uns entgegen, und voller Hoffnung auf ein gutes Gelingen hatte uns erfüllt. Morgens um 9.30 Uhr zogen Frauen und Burken durch die Stadt, um ihre Büchsen zu füllen und ihre Blumen zu verkaufen. Die Sache klappte ganz gut. Vor allen Dingen muß man den Kapellen, die sich für unsere gute Sache zur Verfügung gestellt hatten, wohl sagen, daß sie den Hauptteil an dem Gelingen unseres ersten Sammeltages haben. Darum stehen wir ihnen auch gern

zur Verfügung, wo es auch immer ist. Anders die Opposition! Wir gingen zum Volkshaus. Sei, ging dort lustig her, da wurde auf die kommende Weltrevolution ein Glas auf das andere getrunken. Wie ich dann mit meiner Büchse von Tisch zu Tisch ging, da wurde mir immer an den Kopf geworfen, daß sie nur für die Opposition was geben und nicht für Sozialfaschisten, auch das „Reichsammerlappen“ für uns sammelten usw. Wie ich das anerkannte, daß die Reichsbannermusik sich zur Verfügung gestellt hatte, auf Grund unserer Anforderung, während das „Ruhr-Echo“ nicht mal einen kleinen Hinweis für diesen Tag bringen konnte, da platze dann die Bombe mit der gefährlichen Bemerkung: „Ja, die Sozialfaschisten trampeln wir, wo es nur geht.“ Lieber Kommunist, bist du wirklich in dem Glauben, daß du dadurch die Opferfreudigkeit der Kamerader fördest? Denn gerade eure Seite fordert Wache auf Wache, und noch nie wurde „nein“ gesagt. Immer standen wir da und erfüllten unsere Pflicht gern. Aber dieses Anfeuern trägt wirklich nicht dazu bei, unsere Leute zu euch zu schiden, darum möchte ich euch aus Herz legen, nicht den politisch anders eingestellten Menschen, sondern nur den Arbeiterkamerader in uns zu sehen und uns dementsprechend zu behandeln. A.

Rundfunk-Programm

Mittwoch, 20. August.
7.30: Brunnenkonzert aus Bad Pyramont.
8.30: Mutter und Kind.
15.00: Anna Böler: Handarbeitsstunde für junge Mädchen.
16.00: Frauenstunde: Käthe Braun-Prager: Anna Grigorjewna: Dostojewski.
16.25: Rudolf Reuquadt: Begegnung mit Buschmännern.
16.45: Wilhelm Solbach: Jugend in der Tschechoslowakei.
17.10: Dr. Kaden: Sportkubanten.
17.30: Beipersonal.
18.30: Reaktor R. Borowski: Der deutsch-polnische Gegensatz.
19.00: Salzburger Festspiele: „Iphigenie in Aulis“. Oper von Gluck.
22.30: Budapest: Szegezmusik. Szegezmusik Imre Wagnari.

Deutsche Welle (1635).
Deutsche Welle. Gleichbleibendes Werksprogramm. 5.50: Wetter für den Landwirt. 6.30: Morgengymnastik. 6.55: Wetter für den Landwirt. 7.30: Konzert. 10.30, 13.30: Neueste Nachrichten. 12.25: Wetter für den Landwirt. (So. 12.50). 12.30: Schallplatten (außer So.). 12.55: Neuer Zeit. 14: Berlin: Schallplatten. 15.30: Wetter. 19.55: Wetter für den Landwirt.

Deutsche Welle. Mittwoch, 20. August.
9.00: Dr. Walther Koelle: Mit dem Mikrophon in der Grob- kasse eines Hotels.
10.00: Josef Buntl: „Max Adilius“ von Ewald Neuron.
12.00: Schallplatten-Konzert „Banreuth“.
15.00: Jugendbühne: Pechvogel und Glücksvogel, frei nach Volt- mann Weander.
15.45: Frauenstunde: Dr. Käthe Herwarth: Welcher Weg führt unsere Töchter zu einer vollwertigen persönlichen und beruflichen Lebensgestaltung.
16.00: Hamburg: Nachmittagskonzert.
17.30: Dr. Hans Sippel: Der sportliche Wettkampf als Erziehungs- problem.
18.00: Prof. Strub und Frau: Werke für zwei Violinen.
18.30: Prof. Dr. Unger: Musikgeschichte in Selbstzeugnissen.
18.55: Spanisch für Anfänger.
19.25: Polizeioberleutnant Hilkebrandt: Anforderungen an den Po- lizeibeamten und seine berufliche Fortbildung.
20.00: Unterhaltungsmusik. Kapelle Emil Kops.
20.30: Breslau: „Ja, ja, der Sommer!“ Eine heitere Abendunter- haltung von Max Kolpe.
Anschl.: Breslau: Unterhaltungskonzert der Funkkapelle.
22.35: Budapest: Konzert.



GELSENKIRCHEN-BUER

Achtung, Funktionäre und Wahlmitarbeiter der SPD!

Sämtliche Funktionäre und Wahlmitarbeiter nehmen an der Konferenz der freigewerkschaftlichen Funktionäre heute, Mittwoch, 19.30 Uhr, in der Stadthalle, Gelsen- kirchen, und in Buer, Lokal Kampmann, Essener Straße, teil. Parteimitgliedsbuch legitimiert.

SPD, Ortsgruppe Feldmark.

Morgen, Donnerstag, den 21. dieses Monats, 20 Uhr, im Lokal Deb., Vertalstraße: Wichtige Mitteilungsverammlung. Tagesordnung: 1. Bericht vom Unterbezirksparteitag, 2. letzte Vorbereitungen zur Reichstagswahl. Es ist Pflicht aller Parteimitglieder, zu dieser Versammlung zu erscheinen.

Frauengruppen Gelsenkirchen-Buer.

Frauengruppenleiterinnen Buer.

Die Frauengruppenleiterinnen des Stadtbezirks Buer treffen sich heute zu einer äußerst wichtigen Bespre- chung um 19 Uhr beim Kampmann, Essener Straße.

Ortsgruppe Altstadt.

Am Donnerstag, dem 21. dieses Monats, 20 Uhr, bei Brellwitz: Wichtige Versammlung aller Agitations- leiter und Funktionäre.

Geschäftliche Mitteilungen.

Preussisch-Süddeutsche Klassenlotterie.

5. Klasse (Hauptziehung), 8. Ziehungstag.

In die Gelsenkirchener Lotterie-Einnahmen fielen folgende Gewinne zu 150 RM (Einfachgewinn):
34 517 34 524 38 016 63 444 91 226 91 232 112 704 112 730
114 351 114 382 158 637 169 520 171 119 171 137 187 589 188 830
205 616 205 639 205 720 205 765 213 444 240 292 248 280
283 227 290 495 292 495 292 855 292 858 341 827 348 118 348 193
348 198 377 317.

Die höheren Gewinne werden den Spielern sofort durch verschlossenen Brief mitgeteilt. Erfolglose sind, soweit der Vorrat reicht, noch zu haben. Bestellungen auf neue Lose zur 1. Klasse werden schon jetzt entgegengenommen.

Verantwortlich für den gesamten redaktionellen Inhalt: Alfred Zingler; für den Anzeigenteil: Karl Chemnitz, beide in Gelsenkirchen. — Druck und Verlag: „Volkswille“ Rudwiga Leopoldt, GmbH, Gelsenkirchen-Buer. — Manuskripte werden nur zurückgeschickt, wenn dies ausdrücklich verlangt und zu diesem Zweck Rückporto beiliegend wird.

DER MASSENMORD

Ende Mai des Jahres 1924 brachten Berliner Blätter folgende Nachricht:

Ein Förster in Straußberg bei Berlin bemerkte vor einiger Zeit, als er auf dem nächsten Patrouillengang durch den Wald ging, einen Mann, der etwas zu vergraben suchte. Auf die Frage des Försters, was er dort treibe, erklärte er: Ich vergrabe die Frucht meiner Frau. Als diese Frau nun infolge der Anzeige des Försters vor der Kriminalpolizei erschien, sahen die Beamten eine vollständig von Arbeit und Eend ausgegessene Frau vor sich, die ganz ruhig zugab: Jawohl, ich habe es getan. Wir haben bereits 8 Kinder, und es ist eine Unmöglichkeit, diese Familie, die wir heute schon nicht mehr ernähren können, noch weiter zu vermehren.

Auf Grund des Strafgesetzbuches erhält diese Frau nun bis zu 5 Jahren Zuchthaus. Man sollte nun meinen, daß angesichts der Schwere der Strafe das Verbrechen der Abtreibung verhältnismäßig selten begangen wird. Darin irrt man aber. Im Jahre 1920 wurden wegen Überbreitung der Para- graphen 218 und 219 des Strafgesetzbuches in Deutschland 2400 Personen verurteilt. Wenn man aber erfährt, daß nach den Angaben der Ärzte in Deutschland 800 000 Kinder jährlich abgetrieben werden, erscheinen diese Zahlen in einem ganz anderen Lichte. Wir setzen den Anfang eines Aufrufs der Ärzte hierher:

800 000 Kinder jährlich werden in Deutschland im Mutterleib getötet, Hunderttausende von kleinen Neugeborenen gehen mutterverlassen zugrunde. Ungezählte werden langsam hingemordet! — Engel- müdchen und Kinderhändler besorgen dies. — Viele Kinder er- sticken im Wasser, in Gruben. Im September 1919 suchte man im Rhein nach einem Kinde. Innerhalb 24 Stunden wurden den Strom entlang 63 ertrunkene Kinder gemeldet! Wieviel wurden nicht gefunden? Wie- viel Kinderleichen schwimmen die andern deutschen Ströme hinunter?

Es gibt leider keine zuverlässigen Zahlen darüber, wieviel Frauen und Mädchen jährlich an der Abtreibung sterben, wieviel dauerndes schweres Leiden davontragen, wieviel Eheleute erbärmlichen Erpressern opfern müssen, die sie mit Anzeige bedrohen. Wer besorgt denn heute das Massengeschäft der Abtreibung? Viele Eheleute selbst und weiter ein Heer von korpulshenden Männern und Frauen, die meist ohne irgendwelche Kenntnisse des menschlichen Körperbaues, ohne antisepische Maßnahmen draußzuarbeiten. Bei jeder Abtreibung ist die Frau in höchster Lebens- gefahr, die noch dadurch verschärft wird, daß die Beteiligten, weil sie sich der Gesetzwidrigkeit ihrer Handlung bewußt sind, leider einen Arzt überhaupt nicht oder nur in allerhöchster Not zu Hilfe ziehen.

Mütter, junge Mädchen, junge Männer, lest Vorbeugen, nicht abtreiben

Ein Ratgeber für Eheleute und solche, die es werden wollen. Von Luise Otto. Mit vielen Abbildungen. • Preis 80 Pfennig. Versand gegen Nachnahme oder gegen Voreinsendung des Betrages. Zu beziehen bei allen Zeitungsboten oder direkt in der

Volksbuchhandlung Gelsenkirchen, Ringstraße 33 Telefon 258 41

„Warnung“

Frauen, Kampmann's

Original-„Altebach“-Patent-Waschmaschinen, Wassermotoren, Waschmaschinen usw. kommen nur in eigenen Filialen zum Verkauf; deshalb achten Sie auf den Namen Kampmann. Bis 10 Monate Ziel und längere. Selbstlebens erhalten die Ware ent- ohne Anzahlung. Die am Hauptlager befindlichen Ersatzteile werden auch sehr billig abgegeben. Vertreter gesucht. Eingelieferte, älteste, größte und führende Spezial-Filial-Unternehmen der Waschmaschinenbranche, das von alten Fachleuten geführt wird. Die Filiale ist in Gelsenkirchen nur Hordstraße 4 an der Wille dem Gasthof gegenüber; in Buer, Lucia-Walle 7 bei Halbesen.

Gelsenkirchen.

Bestimmung.

Die Schweinepest unter dem Schweine- bestande des
Karl Elberfeld, Buer-Scholben, Bubbelr. 6,
Johann Serra, Buer-Hassel, Im Eichholz 3 d,
Friedr. Altmeyer, Buer-Scholben, Vertelr. 11,
Wlth. Böppinghaus, Buer, Essenerstraße,
Wwe. Stubich, Buer, Vogenstraße 19
ist erloschen und die angeordneten Schutz- maßregeln sind aufgehoben worden.

Gelsenkirchen, den 19. August 1930.

Der Oberbürgermeister.

Schafwolle

Eintausch und Verarbeitung.
Stoffe — Garne
Strickwaren
G. A. Michel
Bahnhofstr. 12

Wörthshofener
Gicht- und
Rheuma-Tee
allein echt
Wörthshofener
Kräuterhaus
Hochstr. 24
Ecke Neustraße

WERBE

DRUCKEREI
VOLKS
WILLE

werden wirkungs-
voll und modern
bei uns hergestellt

BUCHDRUCKEREI
VOLKS
WILLE

Olympia



Olympia · Korrespondenz · Schreibmaschine
Buchungsmaschine mit Rechenwerk »Saldomat«

EUROPA SCHREIBMASCHINEN A.G.

BÜROS:

BERLIN N 21, Friedhofstr. 110-112 (Haus der Technik); BRESLAU: Kaiser-Wilhelm-Str. 88-90; DORTMUND, Schellingstr. 16, 1; DRESDEN, Neustädter Markt 11; DÜSSELDORF, Wilhelm- platz 12; ERFURT, Mainzerhofplatz 13; FRANKFURT a. M., Friedensstraße 2; HAMBURG, Kaiser-Wilhelm-Straße 25-31; HANNOVER, Am Schiffgraben 15; KÖLN, Waisenburgerstr. 78 (Ecke Reichenbergerplatz); LEIPZIG, Nicolaistraße 10, 11; MAGDEBURG, Otto von Guericke-Straße 11 (Roman Mayrhauer); NÜRNBERG, Lorenzer Platz 12, 11; STUTTGART, Tübinger- Straße 33.

DORTMUND

Schmiedingstr. 16

Bürohaus Handelshof

Telefon Nr. 341 87

Verlangen Sie von unserem nächsten Büro Aufgabe des für Sie zuständigen Bezirksvertreters